Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 251 14. OKTOBER 1978
Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 704 352
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt

Kurzes: S. 1: Wyhl-Info erscheint / Ökologie-Sondernummer von „Was wir wollen" / Broschüre über „Europäische Arbeiterpartei" / Material über Zensur gesucht / Heidelberger gegen Wiederaufbereitungsanlage / „Anders Leben und Sanfte Technik" erschienen / Prozeß gegen Kieler Buchladen – S. 2: Stromboykott -Zeit in Köln / Gesundheitsladen in Berlin macht sich

JUGEND UND SCHULE

Schwäb.Gmünd	Das Märchen vom Familienrat (Von der Aktion Jugendzentrum)	2
Hannover	Lehrlingserzieher gefeuert	4
Stuttgart	Die Schülerzeitung YGGDRASILL wurde verboten	5
Berlin	Schülerzeitungs-Zensur vor das Russell-Tribunal	4
Frankfurt	Der Schulkampf geht weiter – Neues vom Abendgymnasium	21

REPRESSION UND WIDERSTAND

Berlin	Russell-Tribunal: Im Januar soll's weitergehn	5
Köln	Strafanzeige zum Tod von Willy Peter Stoll	14
Gießen	Biologen druckten Buback-Nachruf	17
Kaiserslautern	Auch die Studentenzeitung WAMPF druckte den Buback-Nachruf	17
Karlsruhe	Die Stadtzeitung nannte die Polizei „Bullen" und hat jetzt Schwierigkeiten	17
Bochum	Hausdurchsuchung – Bullenwillkür	18
Heidelberg	RADIO JESSICA – GEDULD, GEDULD !	18

Weiter auf der letzten Seite

WHYL-INFO ERSCHEINT

Freiburg,
10.10.78

Einer der bedeutendsten Prozesse der westdeuten Anti-AKW-Bewegung beginnt demnächst: der Whyl-Prozeß in Mannheim. Dazu und zum Stand der Anti-AKW-Bewegung gibt die Freiburger Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen jetzt öfters ein Info raus.

Das Whyl-Info ist für 20 Pfennig zu beziehen bei: Arbeitskreis Whyl, c/o Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg.

Betrag bitte im voraus überweisen an das Postscheckkonto Nr. 141101-757, Karlsruhe, J. Schrempp, Kennwort: Whyl-Info.

„WAS WIR WOLLEN" – SONDERNUMMER ERSCHIENEN

FREIBURG
1.Oktober

Die INITIATIVGRUPPE KKW–NEIN FREIBURG hat eine WAS WIR WOLLEN –Sondernummer zu Ökologieproblemen am Oberrhein herausgegeben. Die 36seitige Sondernummer mit vielen Schaubildern und Übersichtszeichnungen befaßt sich insbesondere mit den ökologischen Auswirkungen des Rheinseitenkanals, der Rheinbegradigung und des Baus der Staustufen am Oberrhein. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Versalzung des Rheinwassers durch die Kaliminen im Elsaß und durch die deutsche Chemie- und Bergbauindustrie. Neben weiteren Themen wird auch auf die Ökonomie und die Ökologie des Kiesabbaus durch einige Kiesbarone im Oberrheintal eingegangen.

Diese WAS WIR WOLLEN - Sondernummer, der ein achtseitiges Beiblatt über den deutschen Atomfilz beigelegt ist, kann für DM 1,-- plus 60 Pfg. Porto bei der WWW-Redaktion, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg bestellt werden.

BETR,: BROSCHÜRE ÜBER DIE EAP

WIESBADEN
1. Oktober

„Tu doch mal was für dein Gehirn! Ich hab hier einen besseren Aufkleber für dich (er zeigt mir einen langen orangenen, auf dem steht „JA ZU KERNENERGIE UND FORTSCHRITT"). US-Präsident Carter steuert dich und das internationale Terroristennetz, für ihn und Rockefellers Banken fanden die faschistischen Angriffe auf Kernkraftwerke statt." Schreiend läuft der EAP-ler so noch 20 Meter hinter mir her – kaum ein Mensch kann an EAP-Ständen vorbeikommen, ohne solches oder ähnliches zu erleben, ohne Sprüche wie „Verschwörung gegen die Kernenergie", „In wenigen Monaten beginnt der 3. Weltkrieg, wenn die EAP nicht an die Macht kommt", „RAF, Maoisten, Anarchisten, Spontis und AKW-Gegner sind von CIA und Rockefeller gesteuert"...

Was verbirgt sich hinter einer Organisation, die sich „Europäische Arbeiterpartei" schimpft und solche Parolen in die Welt setzt? Die beabsichtigt, mit Linken verwechselt zu werden um die Leute zu verunsichern, und als Auffangbecken für manche frustrierte Linke dient...

Wir haben in unserer „Dokumentation über die Machenschaften der EAP" versucht, eine Antwort darauf zu finden. Inhalt: EAP und die Anti-AKW-Bewegung, Wirtschaftstheorien der EAP, Kulturtheorie der EAP (Beethoven!), Erfahrungsberichte mit der EAP, eine Übersetzung einer amerikanischen Dokumentation über die dortige Mutterpartei der EAP, ein ausführlicher Dokumentationsteil. 64 Seiten, A 4. Die vorsichtshalber anonyme Bestelladresse unserer EAP-Arbeitsgruppe ist: **Postlagerkarte 062 032 A, 6200 Wiesbaden.** Legt bitte 2 DM in Briefmarken und 40 Pf. Porto bei, ab 5 Dokus 1,50 und Porto.

MATERIAL ZUM THEMA "ZENSUR" GESUCHT

BOCHUM
4. Oktober

"Liebe Leute vom ID!
Es wäre toll, wenn folgende Kleinigkeit im nächsten ID erscheinen würde:

Die politische Buchhandlung Bochum braucht für die Vorbereitung des Russell-Tribunals Materialien zur Zensur. Wir bitten daher alle Zeitungsprojekte, gegen die wegen irgendeiner Ausgabe ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde sich zu melden und uns a) die entsprechende Nummer der Zeitung zuzuschicken und b) näheren Umstände des Ermittlungsverfahrens mitzuteilen".

Kontakt: Politische Buchhandlung 463 Bochum, Im Westenfeld 22, Postf. 1942, Tel. 702336

HEIDELBERGER GEGEN WIEDER– AUFBEREITUNGSANLAGE

Heidelberg,
10.10.78

Am Mittwoch, dem 18. Oktober um 19 Uhr, wollen sich Heidelberger Atomkraftgegner in der Kneipe „Stadt Straßburg" treffen, um Aktionen gegen die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben zu beraten.

Kontakt: Wohngemeinschaft Neckargemünd, Untere Zwingergasse, 6900 Heidelberg, Tel.: 06223/6724

ANDERS LEBEN & SANFTE TECHNIK

Reitsham, 10. oktober 78

Im März 1979 erscheint im Freien Verlag, A - 5221 Reitsham 2, eine übersetzte und neu bearbeitete Fassung des Ökologie-Standard-Bandes „Radical Technology" mit dem Titel „ANDERS LEBEN & Sanfte Technik" (350 Seiten, 500 Fotos, Zeichnungen und Tabellen). Es ist dort bis zum 28. Februar zum Subskriptionspreis von 20 Mark zu bekommen. Herausgeber Holger Ising sucht noch Leute, die in den Adressenteil des Bandes aufgenommen werden wollen. Redaktionsschluß ist der 31. Dezember. Verlage sind herzlich eingeladen, Bücher zur Besprechung an „Anders Leben" zu schicken.

PROZESS GEGEN BUCHLADEN

Kiel,
11.10.78

Der Prozeß wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft (MEK) gegen Peter Bluhm (vom Buchladen „Hundert Blumen") beginnt demnächst. Bis jetzt handelt es sich um 1.200 Mark Geldstrafe.

Der Grund der Anklage ist eine Fotodokumentation („Deutsche Polizsiten sind die Terroristen" und „Wenn wir nicht töten, provozieren wir MEK") auf einem Plakat über den brutalen MEK-Einsatz bei der letzten großen Brokdorf-Demonstration in Wilster. Wir wollen im Prozeß die Wahrheit des Inhalts des Plakates und der Dokumentation beweisen und gegen die Einschränkung der „Pressefreiheit" angehen.

Das gleichzeitige Verfahren wegen eines Stammheimplakats und der AZ (beides wurde seinerzeit auch beschlagnahmt) ist eingestellt worden.

Kontakt: Hundert Blumen, Buchladen, Schasstr. 25, 2300 Kiel 1

BETR.: STROMZAHLUNGSTEILBOYKOTT

KÖLN
27. September

Zur Veröffentlichung teilen wir euch mit, daß in Köln eine Initiative gegründet worden ist. Die Kontaktadresse, auch für weiteres Material, lautet wie folgt:

Wohngemeinschaft Hansaring, Hansaring 11 (parterre + 1.St.)
5000 Köln 1

GESUNDHEITSLADEN JETZT ‚E.V.' !

WESTBERLIN
1.Oktober

Der nach der von über 1.000Leuten besuchten Veranstaltung ‚Allein machen sie uns ein' im Juli gegründete 'Verein Gesundheitsladen' ist inzwischen ins Vereinsregister eingetragen und hat seine Gemeinnützigkeit beantragt. Das ‚Medizinische Informations- und Kommunikationszentrum Gesundheitsladen Berlin e.V.' hat sein Büro vorläufig in der Kantstraße 146 in Charlottenburg eingerichtet. (Ab 2.Oktober wochentags 17 - 20 Uhr, Tel. 3139348, c/o ‚Schwarzes Café.)

Die Mitarbeiter aus dem ‚Gesundheitsladen' sind Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich, die das gemeinsame Bedürfnis nach einer patientenorientierten medizinischen Versorgung und besseren Arbeitsbedingungen zusammengeführt hat.Sie wenden sich gegen eine Medizin, die ausgerichtet ist an:

– Interessen der Ärzte- & Pharmalobby
– falschem Wirtschaftlichkeitsdenken (mit zunehmender Rationalisierung & Technisierung im Gesundheitswesen)
– festgefügten hierarchischen Strukturen (mit scharf abgegrenzten Aufgabenbereichen der einzelnen Gruppen in der Patientenversorgung)
– mangelhafter Aufklärung der Patienten und unzureichender Gesundheitserziehung.

Dieses Unbehagen an der Medizin erfahren viele im Gesundheitswesen Tätige täglich, bleiben aber bislang in ihrer Unzufriedenheit allein. Gerade in dieser Vereinzelung jedoch ist die Gefahr der Resignation & Anpassung besonders groß. Um diesem zu begegnen, haben wir uns zum Ziel gesetzt, alle diejenigen zusammenzubringen, die praktisch und konkret an Veränderungen & Alternativen mitarbeiten wollen. Wir haben keine Fertigen Lösungen für die Probleme und Mißstände im Gesundheitswesen parat, sondern befinden uns noch in der Phase des Aufbaus, in der wir uns über jeden freuen, der Ideen zur Gestaltung des Gesundheitsladens und zu seiner Sinngebung beitragen kann.

Bisher gibt es Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

–Schering (Hormonpräparate Duogynon/Cumorit; Prostaglandine)
–Nestlé (Politik mit Babynahrung)
–Repression Disziplinierungen und Berufsverbote
–Krankenpflegeausbildung;
–Akupunktur
–Psychiatrie
–‚Psychochirurgie'
–Aufbau einer Informationszentrale von und für Beschäftigte im Gesundheitsbereich, langfristig auch für Patienten
–Organisation von Diskussionsveranstaltungen über sog. alternative Projekte
–Theater

Eigene größere Räume werden noch gesucht!
Gemeinsame Treffen sind jeden zweiten Dienstag ab 19.00 Uhr ‚Schwarzen Café', Kantstraße 146, Berlin 12 (alternierend Berufsgruppentreffen!)
Genauere Termine ab Oktober in ‚Eingriffe', ‚Tip', ‚Zitty' etc.



Das Märchen vom Familienrat
IN SCHWÄBISCH NAZARETH

SCHWÄBISCH GMÜND
28. September

Das folgende Märchen haben Leute von der „aktion jugendzentrum Schwäbisch Gmünd" geschrieben – Schwäbisch Nazareth ist der Spottname für die gut katholische Stadt in Nordwürttemberg:

"Es war einmal – vor gar nicht langer Zeit – in Schwäbisch Nazareth ein Familienvater, der hieß Alois. Seine Frau Christina war gar tatkräftig und stimmgewaltig. Die beiden hatten zwei Söhne, Hans und Franz. Hans war so recht nach dem Willen der Eltern geraten, brav und gefügsam, allem Schönen aufgeschlossen und vor allem begeistert für klassische Musik. Deshalb hatten ihm die Eltern vor einigen Jahren auch einen etwas betagten Plattenspieler geschenkt. Der andere Sohn, Franz, war ganz anders. Er war oft bockig, hatte seine eigenen Ideen und schloß sich hin und wieder in sein Zimmer ein – angeblich, damit ihm die Eltern nicht in alles hineinreden konnten. Er war Rockmusikfan und lag den Eltern schon lange in den Ohren, sie sollten ihm ein Schlagzeug schenken, mit dem er nach eigenem Geschmack Musik machen wollte.

Fürsprecher fand er in Onkel Sozius und Tante Liberalia. Die beiden wurden von den Eltern oft im Scherz "unsere Opposition" genannt und nicht weiter beachtet. Als aber Franz immer neue Sonderangebote von gebrauchten Schlagzeugen unterbreitete, gaben sie eines Tages nach und kauften ihm ein Tambourin. Er war zwar etwas enttäuscht, fing aber trotzdem an zu trommeln. Der Lärm gefiel den Eltern gar nicht, und als Franz durch Achtlosigkeit das Tambourin beschädigt hatte, und einmal gar zu laut war, nahmen sie es ihm wieder weg. Daraufhin trotzte er und schloß sich in sein Zimmer ein, dann beruhigte er sich wieder. Die Eltern aber trauten dem Frieden nicht und beschlossen, etwas für ihre Kinder zu tun.



Sie kamen auch schnell auf eine Idee: sie wollten den Kindern anstelle des Plattenspielers von Hans eine Stereoanlage schenken. Da aber gerade auch der Kauf eines neuen Autos zur Debatte stand (Vater Alois und Mutter Christina wünschten sich dringend einen Mercedes 450, Onkel und Tante meinten hinge-



gen, ein VW wäre auch groß genug), mußte eine solche Ausgabe gut überlegt werden. Deshalb berief Vater Alois den Familienrat ein. Sohn Franz war als Zuhörer zugelassen, Hans hörte inzwischen seine geliebte Musik. Den Verlauf dieser dramatischen Sitzung will ich nun schildern:

Alois: 'Liebe Ratsmitglieder, eigentlich wollte ich heute mit e uch über das neue Auto reden! Da aber noch nicht alle technischen Details geklärt sind, verschieben wir das auf später!'

Christina, Sozius, Liberalia: 'Ist recht!'

Alois: 'Wir haben dann noch über die Stereoanlage zu sprechen. Ich habe euch Unterlagen für die Beratung besorgt. Ich weiß, daß einige von euch jetzt gleich wieder mit dem Schlagzeug anfangen werden, aber darüber reden wir heute nicht!'

Christina: 'Ja und Nein! Ja — aus ganzem Herzen ja, denn ich liebe meine Kinder — ja zur Stereoanlage! Aber damit ist dann für mich das Thema Schlagzeug erledigt! Schließlich kann Franz auf der Stereoanlage auch seine neumodischen Platten hören — so alle 14 Tagen — und im übrigen kann er da lernen, was anständige Musik ist!'

Franz: 'Ha, ha, ha!'

Alois: 'Ruhe, du hast hier nichts mitzureden! Schließlich ist das ein Familienrat!'



Sozius: 'Also ich meine, daß man über die Stereoanlage nicht reden kann, ohne auch über das Schlagzeug zu reden. Kauft halt eine billige Stereoanlage und ein gebrauchtes Schlagzeug!

Liberalia: 'Die Stereoanlage ist schon recht. Aber Franz wünscht sich doch schon so lange ein Schlagzeug! Schenkt ihm doch eines. Schließlich liest man in der Zeitung soviel über jugendliche Verbrecher!'

Christina: 'Was wollt Ihr denn noch alles! Ihr wißt genau, daß wir nicht wissen, wie wir den neuen Mercedes bezahlen sollen. Also: Stereoanlage und damit Schluß!'

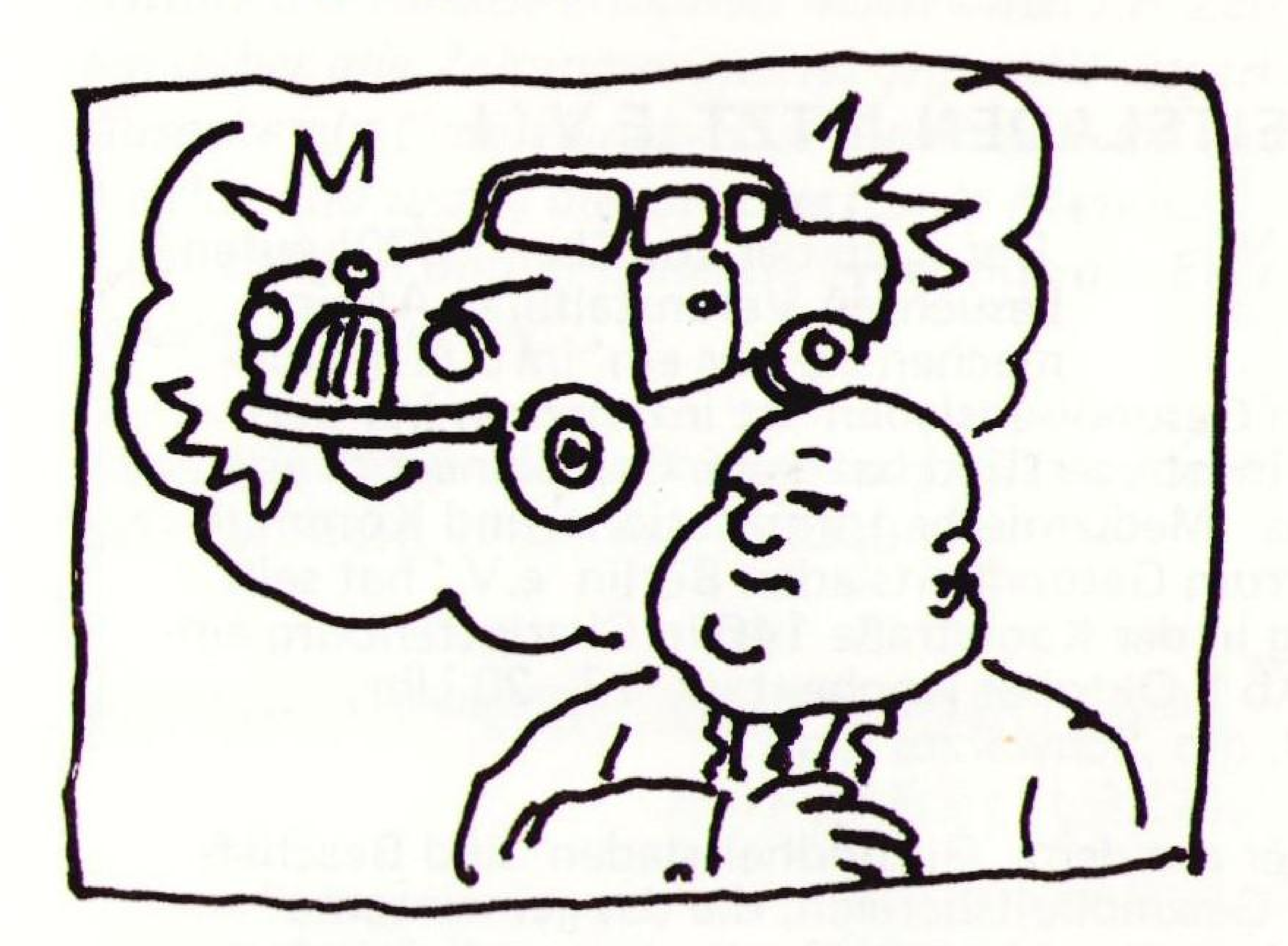
Sozius: 'Aber Franz ist doch schon etwas älter. Soll er denn immer nur mit den Jüngeren spielen dürfen? '

Christina: 'Erstens ist eine Stereoanlage nicht nur für Kinder da. Und zweitens wissen wir ja aus Erfahrung, was Franz mit seinen Sachen anstellt.'

Liberalia: 'Seht das doch ein, daß Franz nun mal nicht immer nur Musik geboten bekommen möchte! Er möchte auch mal ohne Anweisung Musik machen. Und außerdem finde ich das nicht richtig, sich selbst einen Mercedes mit allen Schikanen zu kaufen und bei den Kindern zu knausern!'

Christina: 'Das ist ganz, ganz billige Polemik!'

Alois: 'Ich möchte Euch alle bitten, bei der Sache zu bleiben und die Dinge nicht zu verschieben. Es ist klar, daß eine Familie von unserem Rang ein standesgemäßes Auto braucht. Aber darüber reden wir ja demnächst. Heute geht es einzig und allein um die Stereoanlage! Ich weigere mich, heute über das Schlagzeug zu sprechen!'



Sozius: 'Aber wenn Ihr jetzt die Stereoanlage und dann den Mercedes kauft, habt Ihr doch kein Geld mehr für das Schlagzeug. Deshalb nochmal: Ich sage Stereoanlage und Radio, aber beides billig!'

Christina: 'Wo kämen wir denn da hin, wenn jeder etwas haben will? Da könnten ja auch alle unsere Patenkinder kommen und eine Stereoanlage wollen!'

Franz: 'Ojeh, ojeh!'

Alois: 'Wenn du jetzt nicht ruhig bist, fliegst du raus! Also um es kurz zu machen: sollen wir die Stereoanlage kaufen oder nicht? '

Christina, Sozius, Liberalia: 'Ja!'

Ob Ihr es glaubt oder nicht, Sozius und Liberalia haben nur ganz wenig mit der Stimme gezittert.

Sicher glaubt ihr jetzt, liebe Leser, so etwas gebe es ja Gott sei Dank nur im Märchen. Ich muß Euch leider enttäuschen!
Ersetzt:

- **Stereoanlage durch Erweiterung Jugendhaus**
- **Schlagzeug durch selbstverwaltetes Jugendzentrum**
- **Mercedes durch neue Stadthalle**
- **Vater durch Stadtverwaltung (OB Schoch alias Alois)**
- **Mutter Christina durch CDU**
- **Tante Liberalia durch FDP**
- **Onkel Sozius durch SPD**

(das Tambourin war unser Jugendraum 'Schmalzgrube') und Ihr erhaltet den Verlauf der letzten Gemeinderatssitzung am 21.9.78!

Aber der Franz weiß nun wieder einmal ganz genau , woran er mit seiner schönen Familie ist und daß er von ihr nichts mehr zu erwarten hat. Deshalb versucht er jetzt mit seinen Freunden zusammen, ein brauchbares, billiges Schlagzeug zu finden und auch Geld dafür aufzutreiben. Ein ganzer Verein von etwas vernünftigeren Erwachsenen hilft ihm dabei. (Unser "Trägerverein für ein Gmünder Jugendzentrum e.V.", der sich im Frühjahr konstituiert hat, ne Menge Eltern, Lehrer, Profs, Pfarrer u.ä.)

Und am Samstag, dem 21. Oktober, gibts den ganzen Tag und die ganze Nacht ein grosses TÖRN–FEST, mit viel Musik aller Art (Session Groups, Liedermacher, Straßenmusikanten), einem Theaterstück, prima Sachen zum Essen und Trinken und allem, was sonst noch Spass macht. Also, bis zum 21.10. in der Halle in Großdeinbach (bei Schwäbisch Gmünd, am besten in der Stadt fragen, wo's lang geht!)

Kontakt: aktion jugendzentrum Schwäbisch Gmünd, c/o Ulrike Hasenmaier, Gerhart-Hauptmann-Weg 2, 707 Schwäbisch Gmünd, Tel.: 07171/5128

JUGENDLICHE WURDEN INFORMIERT – FRISTLOSE KUENDIGUNG

HANNOVER 11. Oktober Am 12.6. 78 wurde uns, den Sozialpädagogen Gerlinde Paulus und Rolf Zimmermann – bis dahin im Erziehungsdienst des Lehrlingsheimes Hannover-Kleefeld – vom Vorsteher des Stephansstiftes, Herrn Pastor Dr. Alpers, fristlos und gleichzeitig ersatzweise ordentlich gekündigt. Kündigungsgrund war, daß wir auch Jugendliche unserer Gruppe über eine uns schriftlich angedrohte Kündigung wegen angeblicher "mangelnder Kooperationsbereitschaft gegenüber der Heimleitung" und "Vernachlässigung von Dienstpflichten" informiert hatten "und sie damit zu einer Stellungnahme zu dienstlichen Maßnahmen herausgefordert haben, die nicht ihrer Beurteilung unterliegen" (so Pastor Alpers). Die Jugendlichen hatten mit einem Schreiben an den Vorsteher und die Erzieherkonferenz gegen solche Vorwürfe protestiert. Dieses Schreiben der Jugendlichen nahm das Stephansstift zum Anlaß für unsere fristlose Kündigung!

Der Gütetermin vor dem Arbeitsgericht Hannover blieb in beiden Fällen ergebnislos. (siehe auch ID 236)

KOMMT ZUM PROZESS VON GERLINDE AM 17. OKTOBER UM 12.40 UHR, ARBEITSGERICHT HANNOVER, BÖDEKERSTRASSE 80, RAUM SIEHE AUSHANG!

DER ZWEITE PROZESS – R. Zimmermann gegen Stephansstift – BEGINNT AM 7. NOVEMBER 78 UM 11.30 Uhr, AM GLEICHEN ORT.

Kontakt: Zimmermann/Paulus, 3204 Nordstemmen, Hauptstr.

SCHÜLERZEITUNGSZENSUR VOR DAS RUSSELL–TRIBUNAL

BERLIN 9. Oktober *Von der 'Jungen Presse Berlin', c/o Gelber Laden, Cranachstr. 7, 1000 Berlin 41:*

"Fast täglich werden in der Bundesrepublik und Westberlin Schüler- und Jugendzeitungen zensiert oder verboten. Das ganze Ausmaß dieser Repressionsmaßnahmen ist einer breiten Öffentlichkeit noch weithin unbekannt. Nur wenige spektakuläre Fälle fanden bislang eine Resonanz in den Medien: Die Alltäglichkeit der Zensur gegen Schülerzeitungen, mit der das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit in der Schule anhaltend außer Kraft gesetzt wird, gerät darüber leicht in Vergessenheit.

Von Zensur und Verboten waren bisher schon Zeitungen der unterschiedlichsten Richtung betroffen. Die Maßnahmen gegen die Schülerzeitungen reichen von Vertriebsverbot an der Schule bis zum erzwungenen Schulwechsel oder Ausschluß der Redakteure, von der Einschüchterung durch Schulleitung und Lehrer bis zu polizeilichen Ermittlungen. Kampagnen z.B. in der Lokalpresse oder der Anzeigenboykott durch ansässige Geschäftsleute gegen die Zeitung können folgen.

Einmal abgesehen von im Detail unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern und der bei der Auslegung und Anwendung der Vorschriften herrschenden Willkür, muß heute fast jede Schülerzeitung mit solchen Maßnahmen rechnen.

Schülerzeitungen werden zensiert oder verboten, weil sie

– eine Angabe im Impressum vergessen,
– einen ehemaligen Schüler mitarbeiten lassen,
– einen Lehrerausspruch zitieren,
– Kritik am Lehrer, am Unterricht oder an den Lehrinhalten üben,
– in Beiträgen zum Thema Sexualität über die Darstellung rein biologischer Fakten hinausgehen oder Vulgärausdrücke verwenden,
– ein Gedicht von Erich Fried ohne ausdrückliche Distanzierung abdrucken,
– eine Stellungnahme einer politischen Gruppierung veröffentlichen, oder
– die Möglichkeit des Schwarzfahrens oder eines Schulstreiks erwähnen, was auch dann zu ungesetzlichem Handeln verleiten könne, wenn ausdrücklich von solchem Tun abgeraten wird.

Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es läßt sich jedoch an Hand einer Vielzahl von Beispielen belegen: Kaum ein Schülerzeitungsbeitrag ist vor der Zensur sicher.



Jegliche Form der kritischen Auseinandersetzung, ob mit den Erscheinungen des Schulalltags, mit verklemmter Sexualmoral oder gar mit unserem "freiheitlichen demokratischen" Staatswesen, wird damit schon im Ansatz erschwert, so daß vielfach Resignation bei den Redakteuren die Folge ist und die Mitarbeit an Schülerzeitungen von ihnen aufgegeben wird: viele Schülerzeitungen gehen deshalb ein.
5 exemplarische Fälle stellen wir in einem Informationsblatt dar. Die andauernde Verletzung eines der wichtigsten Menschenrechte in den Bundesdeutschen und Westberliner Schulen wollen wir, betroffene Schüler- und Jugendzeitungen sowie Jugendpresseverbände, nicht länger hinnehmen. Wir halten es deshalb für unbedingt notwendig, dieses Thema verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen.

Das 3. Internationale Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland, das auf seiner zweiten Sitzungsperiode im Frühjahr 1979 unter anderem den Themenkomplex Zensur untersuchen wird, bietet u.E. eine gute Möglichkeit hierzu.

Aus diesem Anlaß planen wir die Zusammenstellung einer umfassenden Dokumentation des Komplexes Schülerpresse-zensur in seiner ganzen Breite zur Vorlage zum Russell-Tribunal.

Wir rufen alle Schüler- und Jugendzeitungen und -verbände auf, sich an diesem Vorhaben zu beteiligen und ihnen vorliegendes Material zur Zensur von Schülerzeitungen hierfür zur Verfügung zu stellen. Einen besonderen Apell möchten wir in diesem Zusammenhang an die Landesverbände der Jungen Presse und ihren bundesweiten Zusammenschluss, die "Deutsche Jugendpresse" richten, im Sinne der Interessenvertretung der Schüler- und Jugendzeitungen diesen Vorschlag zu diskutieren und mitzutragen.

Schülerzeitungszensur

YGGDRASILL 19 AM HEGEL-GYMNASIUM VERBOTEN

STUTTGART 12. Oktober *„Liebe Genossen, unsere Schülerzeitung Yggdrasill für das Hegel-Gymnasium in Stuttgart-Rohr und für das Fanny-Licht-Gymnasium in Stuttgart-Vaihinger wurde am Hegel verboten. Wir bitten euch um die Veröffentlichung des Flugblattes, da die einzige Möglichkeit, uns zu wehren, die Öffentlichkeit ist."*

Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Flugblatt.

Montag, 25.9.78: Direktor Wittig des Hegel-Gymnasiums erhält die Yggdrasill zur Genehmigung vorgelegt. (Der Verkauf jeder Schülerzeitung auf dem Schulgelände muß vom Schulleiter genehmigt werden.)

Mittwoch, 27.9.78: Gespräch über die Zeitung mit Rektor Wittig, einem von Herrn Wittig berufenen Lehrer als Zeuge, Andreas Grunupp und Wolfgang Marquardt (beide Redakteure der Ygg). Der Schülersprecher des Hegel, Olaf Trieschmann, den die Redakteure als Zeuge berufen wollten, wurde von Rektor Wittig ausgeschlossen, weil „dies Sache der Redaktion sei."

Wir erfahren, daß die Ygg. 19 verboten ist. Die mündliche Begründung lautete: „Ich kann es vor den Eltern nicht verantworten, daß in der Zeitung der Artikel 'vom Protest zum Widerstand' von U.Meinhof erscheint. Gerade im Hinblick auf die Vorgänge von letzter Woche." (Anm. d. Red.: Erschießung eines Polizisten bei der Festnahme von Michael Knoll).

Und jetzt kommt's: Nach Rektor Wittigs Worten droht außerdem von Elternseite eine Strafanzeige, wenn ihre Kinder die Ygg. lesen.

Und so sah die schriftliche Begründung aus!!!

An die dem Hegel-Gymnasium
angehörenden Redaktionsmitglieder
der Schülerzeitung Yggrassil.

> Ich kann nicht ausschließen, daß einige Beiträge in Yggrasil 19 vor allem von den Erziehungsberechtigten unserer Schüler als Verstöße gegen § 3, (1) der Schülerzeitschriftenverordnung angesehen werden. Gemäß § 5, (2), (3), und (4) dieser Verordnung gebe ich den Vertrieb dieser Nummer auf dem Schulgelände des Hegel-Gymnasiums nicht frei, bis die in der Schülerzeitschriftenverordnung genannten Organe darüber beraten haben. Nach Abschluß dieser Beratungen werde ich den Redaktionsmitgliedern mitteilen, ob eine Vertriebserlaubnis gegeben werden kann oder nicht.

Wir können diese Begründung nicht akzeptieren, da sie sich in der Hauptsache auf sehr „schwammige" Paragraphen stützt, wie z.B.: eine Schülerzeitung kann verboten werden, wenn eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Aufgaben der Schule zu befürchten ist. Auf diesen und ähnliche Paragraphen hin kann je nach Ermessen des Schulleiters praktisch jede Schulzeitung verboten werden. Deswegen fordern wir eine Änderung des Schulgesetzes, so daß sich die Richtlinien der Pressefreiheit auch auf Schülerzeitungen beziehen.

Auch ist seltsam, daß sich die schriftliche Begründung so total von der mündlichen unterscheidet. So bestand die mündliche noch in der Hauptsache daraus, daß Herr Wittig es vor den Eltern nicht verantworten könne, die Zeitung zu genemigen, in der schriftlichen war davon nicht mehr die Rede, sondern es wurden nur Paragraphen aufgeführt, mit deren Hilfe man, wie gesagt, jede Schülerzeitung verbieten könnte.

Schon allein die Tatsache, daß es möglich ist, eine Schülerzeitung zu verbieten, also zu zensieren, ist ein grober Eingriff in die Pressefreiheit. Die Begründung erscheint uns als an den Haaren herbeigezogen. Mit der Veröffentlichung des Artikels sollte ein Dokument aus der APO-Zeit sein. Er wurde im Zusammenhang mit dem APO-Artikel von Stops abgedruckt. Damals, 1968, war U. Meinhof eine anerkannte kritische Journalistin. Ein Kommentar, bzw. eine Einleitung, die den Zusammenhang deutlich gemacht hätte, konnte aus technischen Gründen nicht mehr abgedruckt werden.

Kontakt: Frank Leher, 7 Stuttgart 80, Eisenauerweg 1

tungsgründungfieber verfallen. Daß wir an der Betroffenen--Berichterstattung festhalten, das heißt für uns: zweiseitige

Widerwillen deutlich, als am Schluß der Eröffnungsveranstaltung eine religiöse Sekte ihre suggestive Verführungskraft zu entfalten versuchte.

RUSSELL–TRIBUNAL – IM JANUAR GEHT'S WEITER

BERLIN
4. Oktober *Von den Russell-Sekretären:*

"Daß Menschenrechte in der Bundesrepublik verletzt werden, hat das Russell-Tribunal bereits im Frühjahr festgestellt. Damals waren die Berufsverbote eine Woche lang das Thema öffentlicher Hearings. Doch leider werden die Freiheitsrechte bei uns nicht allein nur durch diese Praxis gefährdet: Lauschangriffe und Abhöraffairen, Beschlagnahmungen von linken Büchern und Zeitschriften, die Anwendung der Paragraphen 88a und 130 StGB gegen Buchhändler und Drucker, Ehrengerichtsverfahren gegen linke Anwälte, das Kontaktsperregesetz, schwarze Listen beim BGS, Schnüffelaktionen des Verfassungsschutzes an den Schulen, die Absetzung mißliebiger Sendungen in den Rundfunkanstalten lassen berechtigte Zweifel aufkommen, ob sich die "wehrhaften Demokraten" und „Verteidiger der FdGo" bei ihrem Tun und Treiben noch auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.

Die Mitglieder des Russell-Tribunals teilen diese Zweifel. Deshalb sollen auf einer 2. und abschliessenden öffentlichen Sitzungsperiode vom 3. bis 6. 1.1979 in Köln folgende Fragen untersucht werden:

— *Wird in der Bundesrepublik Zensur geübt?*
— *Sind die Methoden des Verfassungsschutzes mit den Menschenrechten vereinbar?*
— *Werden Menschenrechte von Personen, die in ein Strafverfahren involviert sind, verletzt?*

Das Tribunal ist ein unabhängiges internationales Gremium. Seine Arbeit und sein Urteil erzielten bereits Wirkung. Ohne seinen Erfolg überschätzen zu wollen, kann man behaupten, daß es mit dazu beigetragen hat, den Radikalenerlaß seit einigen Monaten wieder zu einem auch in den etablierten Medien kritisch diskutierten Thema gemacht zu haben. Politiker reden davon, die Praxis zu liberalisieren. In Hamburg sind in diesen Wochen vor kurzem erste Taten gefolgt. Trotzdem - die Berufsverbote sind noch keineswegs vom Tisch. Woche für Woche



hört man von empörenden neuen Fällen. Es ist notwendig weiterzuarbeiten, die großen Sprüche der Politiker auf ihren Wahrheitsgehalt abzuklopfen, die Ergebnisse des Tribunals zu nutzen.

Einfluß auf die öffentliche Meinung wird auch die 2. Sitzungsperiode sicher nehmen. Läuft sie erfolgreich ab, wird im Januar und Februar nächsten Jahres sicher und hoffentlich mehr über das Gesetz zum Gemeinschaftsfrieden und andere undemokratische Bestimmungen und Maßnahmen gesprochen und geschrieben werden als heute. Doch bis dahin muß noch viel getan werden: die nächsten Monate sollten zu einer breiten Öffentlichkeitsarbeit über die Themen des Tribunals genutzt werden; umfangreiches Material über Menschenrechtsverletzungen sollte dem Tribunal zugeleitet werden; und last not least, um die Sitzungsperiode durchzuführen, müssen noch 100.000.- Mark gesammelt werden.

Kontakt: Sekretariat des Russell-Tribunals, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/ 2119138

KOMMT ALLE ZUM HERZLICHEN EMPFANG IN DIE GARLSTEDTER HEIDE!

BREMEN 12.Oktober

Am 17.Oktober werden US-Kasernen in der Garlstedter Heide in einem großen Festakt ihrer Bestimmung übergeben. Prominenz aus Bonn und Washington, Kriegsminister Apel und sein Kollege Brown haben sich angemeldet.

Wie ihr alle wißt, geht es um die „größte organisierte Truppenverlegung der Nachkriegszeit" (Weser-Kurier vom 31. 8.78). US-Soldaten mit Panzern und Atomwaffen wollen in einem ehemaligen Erholungsgebiet nahe dem AKW Esensham stationiert werden, wogegen die dortige Bevölkerung seit Jahren Widerstand leistet. Die Bürgeraktion Garstedter Heide lädt alle ein, die ersten Amerikaner am 17.Oktober um 14.30 Uhr vor dem Eingang des Kasernengeländes (Bundesstraße B 6 nahe Garlstadt nördlich von Bremen) zu empfangen.
Am Samstag, 21.Oktober beteiligt sich die Bürgerinitiative am Freimarks-Umzug in Bremen.

Kontakt: **Ernst Busche, An der Gete 40,28 Bremen**

ATOMMÜLL-FÄSSER ROLLEN DURCH DIE STADT

HAMBURG 11.10.1978

Am 28. Oktober, dem Gorleben Aktionstag finden in mehreren Städten Veranstaltungen statt. Wer mitmachen will, kann sich an die örtlichen Gorleben-Freundeskreise wenden.
Die Frankfurter Adresse ist: **Freundeskreis Gorleben (Rhein-Main-Gebiet), c/o Dieter Wesp, Wielandstr. 61, 6 Ffm.**

Die unabhängige Stadtteilgruppe Rotherbaum der BUU Hamburg macht zum Aktionstag folgenden Vorschlag:

„Wir haben beschlossen, uns große, eiserne Fässer zu besorgen (DM 6,50), die wir am Bundesweiten Aktionswochenende am 28. Oktober durch unseren Stadtteil und zu einem zentralen Ziel (HEW-Kundenzentrum) rollen wollen.
Die Fässer sollen vorher bemalt werden, Leute in Atomschutzkleidung sollen bei der Aktion herumlaufen, Flugblätter verteilen, Passanten fragen, ob sie die Fässer in ihrem Vorgarten haben möchten usw... Solange man/frau diese Fässer auf den Gehweg rollt, ist das übrigens völlig legal und da wir alle aus verschiedenen Richtungen zufällig zusammenkommen, braucht man das auch nicht anmelden. Erfahrungen aus Eppendorf und Bremen liegen vor.

Wir schätzen, daß wir drei bis vier Fässer rollen können und möchten alle Gruppen und Atomgegner-Einzelkämpfer bitten, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Wir glauben, daß 50 oder 100 Fässer aus allen Richtungen auf die HEW gerollt die Vorstellung und Gefühle der Menschen besser erreichen als nur Flugblätter ... (Übrigens, in England haben die Umweltschützer 10.000de von Einwegflaschen vor dem Eingang des Schweppes Konzerns abgestellt, daraufhin hat Schweppes die Produktion von Einwegflaschen in England eingestellt.)
Bisher haben sich sechs oder sieben Gruppen bereiterklärt, die Aktion zu unterstützen. Für eine gute Vorbereitung muß jedoch gesorgt werden."

Der erste Vorbereitungstermin war gut besucht, der zweite findet am **24. Oktober um 19 Uhr, Bundesstraße 22A statt.**

Kontakt: Leane Lothar, Tel. 45 29 49

Grohnde – Ein Schweinkram kommt selten allein

ZAHLUNGSBEFEHL GEGEN GROHNDE – ANGEKLAGTE

HAMBURG/HANNOVER 2. Oktober Achtzehn AKW-Gegner, die am 19.3.77 gegen das AKW Grohnde demonstrierten, sollen jetzt noch den Polizeieinsatz bezahlen: Der Regierungspräsident schickte Zahlungsbescheide in einer Gesamthöhe von 233926,09 DM, das macht für jeden einzelnen 12995,89 DM! Dieses Geld soll bis spätestens 20. Oktober 1978 gezahlt werden, sonst würden Zwangsmaßnahmen angeordnet (Pfändung usw.). Die Forderung selbst gilt 30 Jahre lang, erst dann verfällt sie. Mit diesem Geld sollen die Heilbehandlungskosten der verletzten Polizisten, ihre Dienstbezüge (sie haben sich reichlich krankschreiben lassen) und das beschädigte Polizeimaterial bezahlt werden. Das Beispiel der Brokdorf-Zahlungsbefehle (damals 5300,– DM für jeden) macht also Schule, nur werden die Summen immer größer, um die Existenzgrundlage der einzelnen AKW-Gegner zu ruinieren und andere abzuschrecken.

Wie der Regierungspräsident gerade auf diese 18 Leute kommt, ist völlig schleierhaft: Unter den 18 sind Leute, die in Grohnde-Verfahren freigesprochen worden waren und gegen die nicht einmal ein Prozeß lief (eine Frau wurde sogar schon vor der Demo festgenommen, soll aber trotzdem löhnen!). Im Zahlungsbescheid heißt es dazu: Soweit sie sich nicht aktiv an den Gewalttätigkeiten beteiligt haben, „muß ich (der Regierungspräsident) davon ausgehen, daß sie die eingetretenen Personen- und Sachschäden als Mittäter oder Gehilfe zumindest billigend in Kauf genommen haben".

Die Betroffenen werden Widerspruch einlegen. Einer von ihnen, Rüdiger Jörß, hat bereits einen entsprechenden Brief an den Regierungspräsidenten geschrieben:

In Erwartung und Voraussicht

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident.

Eine Schweinerei kommt selten allein – und so trudelte wenige Wochen nach der schriftlichen Urteilsbegründung für mein Grohnde-Urteil (9 Monate auf – sicher zu Ihrem Verdruß – Bewährung) auch noch Ihr Zahlungsbescheid in meinem Briefkasten ein. Nun sind Sie sicher nicht verwundert, wenn ich Ihnen mitteile, daß Sie keinen Pfennig von meinem Anteil an den Gewalttätigkeiten in Grohnde (zwölftausendneunhundertfünfundneunzig Mark und achtundneunzig Pfennig) überwiesen bekommen. In Erwartung und Voraussicht derart hinterhältigen Schweinkrams habe ich rechtzeitig, dem klugen Rat meiner Steuerberater folgend, meine sämtlichen liquiden Vermögen ins Ausland transferiert und meine nichtbeweglichen Güter auf vertrauenswürdige Dritte überschrieben. Derart auf Ihren Coup vorbereitet, gehe ich nunmehr, erfolgreich getarnt als „Maschinenschlosser", seit einem Jahr – und das sehr zu meinem Vergnügen – dem Müßiggang nach: Ich höre den ganzen Tag Schallplatten, träume von den Gewalttätigkeiten in Grohnde, hecke neue aus und konspiriere nachts. Da mein Führungskader meinen allzu geringen Schadensbeitrag in Grohnde kritisierte („13000,– DM sind ein Pappenstiel", stieß er verbissen zwischen den Zähnen hervor), habe ich das große Glück, in wenigen Wochen eine höchst delikate und subversive Ausbildung in der DDR beginnen zu können. Das alles – Gott sei's gedankt – wird mir anerkennend von unserer Versichertengemeinschaft, dem Arbeitsamt, vergütet, dem ich nunmehr erfolgreich seit einem Jahr zur Last falle.

Nun will ich mich aber auch nicht auf immer und kompromißlos Ihrem Anliegen verschließen: Sollten Sie und Ihresgleichen noch in 30 Jahren – nach meiner Zeitrechnung im Jahre 2008 – im Amte sein, fragen Sie doch noch mal an, wie's steht. Sollten sich bis dahin allerdings – wer kann's wissen – die Verhältnisse in unserem Lande geändert haben und zahlreiche heutige Regierungsmitglieder einer sinnvollen und geregelten Tätigkeit in einem Steinbruch nachgehen – nun, in diesem Falle erübrigt sich selbstverständlich eine Anfrage. Bis dahin!"

FREISPRUCH IN EINEM GROHNDE–PROZESS

HAMBURG 28. September *Die achte große Strafkammer des Landgerichts Hannover hat den 22 Jahre alten Christian Matschkus von der Anklage des schweren Landfriedensbruches, des Widerstands gegen Polizeibeamte und der schweren Körperverletzung freigesprochen. Christian Matschkus hatte im März mit gegen das AKW in Grohnde demonstriert. Die Staatsanwaltschaft hätte ihn gern für 18 Monate im Knast gesehen – ohne Bewährung. Wir zitieren hier aus einer Pressemitteilung der Anwälte.*

"Nach unserer Auffassung ist das Ergebnis dieses Prozesses mit darauf zurückzuführen, daß gegen Ende der Verhandlung etwas aufgedeckt werden konnte, was der Vorsitzende in der Urteilsbegründung als die "Ausarbeitung eines Konzeptes" der Polizei bezeichnete, mit dem Einfluß auf das Verhalten der Polizeizeugen vor Gericht ausgeübt werden soll. Ein Polizeibeamter in Zivil und im Zuhörerraum war aufgefallen, der während dieses und anderer Grohndeverfahren den gesamten Verhandlungsablauf mitschrieb. Nachdem er selbst als Zeuge benannt und entsprechend den Vorschriften der Strafprozeßordnung aus dem Saal geschickt worden war, wies er einen von ihm zum Prozeß mitgebrachten Polizeischüler an, das Prozeßgeschehen während seiner eigenen Abwesenheit aufzuschreiben und ihm mitzuteilen. Dies wiederum kam durch die Vernehmung des Polizeischülers heraus.

Der Polizeioffizier sagte aus, er habe inzwischen mehrfach vor mehreren hundert Polizeibeamten Vorträge über das Verhalten von Polizeibeamten vor Gericht unter Zuhilfenahme des "Anschauungsmaterials Grohnde-Prozesse" gehalten. So habe er über die einzelnen Aussagen von Polizisten und das sich daran anschließende Verhalten von Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung berichtet. Er habe Ratschläge gegeben, die – wenn er über sie erzählen würde – ca. 5 Stunden beanspruchen würden. Berichtet hat er aber lediglich über seinen konkreten Ratschlag, die Polizeibeamten sollten in Zukunft von jedem ihrer Berichte und Vernehmungsprotokolle sofort eine Durchschrift erhalten. Gerechtfertigt hat der Polizeioffizier Fischer diesen Tip mit Hinweis auf den "schlechten Eindruck, den die Zeugen vor Gericht gemacht haben". Gemeint hat er die Widersprüche, die in den Aussagen der Zeugen untereinander und in verschiedenen Aussagen eines Zeugen offenbar wurden.

Ein Beispiel: Der Beamte Lorke beschuldigte Matschkus am 19.3.1977, "mit einer armdicken Holzplatte auf uns unentwegt eingeschlagen" zu haben. Zum selben Vorgang sagte der Beamte im Mai 1977: „Matschkus drohte der Polizeikette mehrfach mit seiner Holzlatte". In der Hauptverhandlung erklärte Lorke seine erste Aussage damit, daß er annehme, "am Abend des 19.3.1977 das Drohen mit der Latte als Schlagen bezeich-

net zu haben". Nach der Vorstellung des Zeugenbetreuers Fischer wäre der "schlechte Eindruck" nicht entstanden, wenn Lorke im Mai 1977 gewußt hätte, was er im März 1977 Chr. Matschkus zu Unrecht vorgeworden hatte und bei seiner ersten falschen Darstellung geblieben wäre.

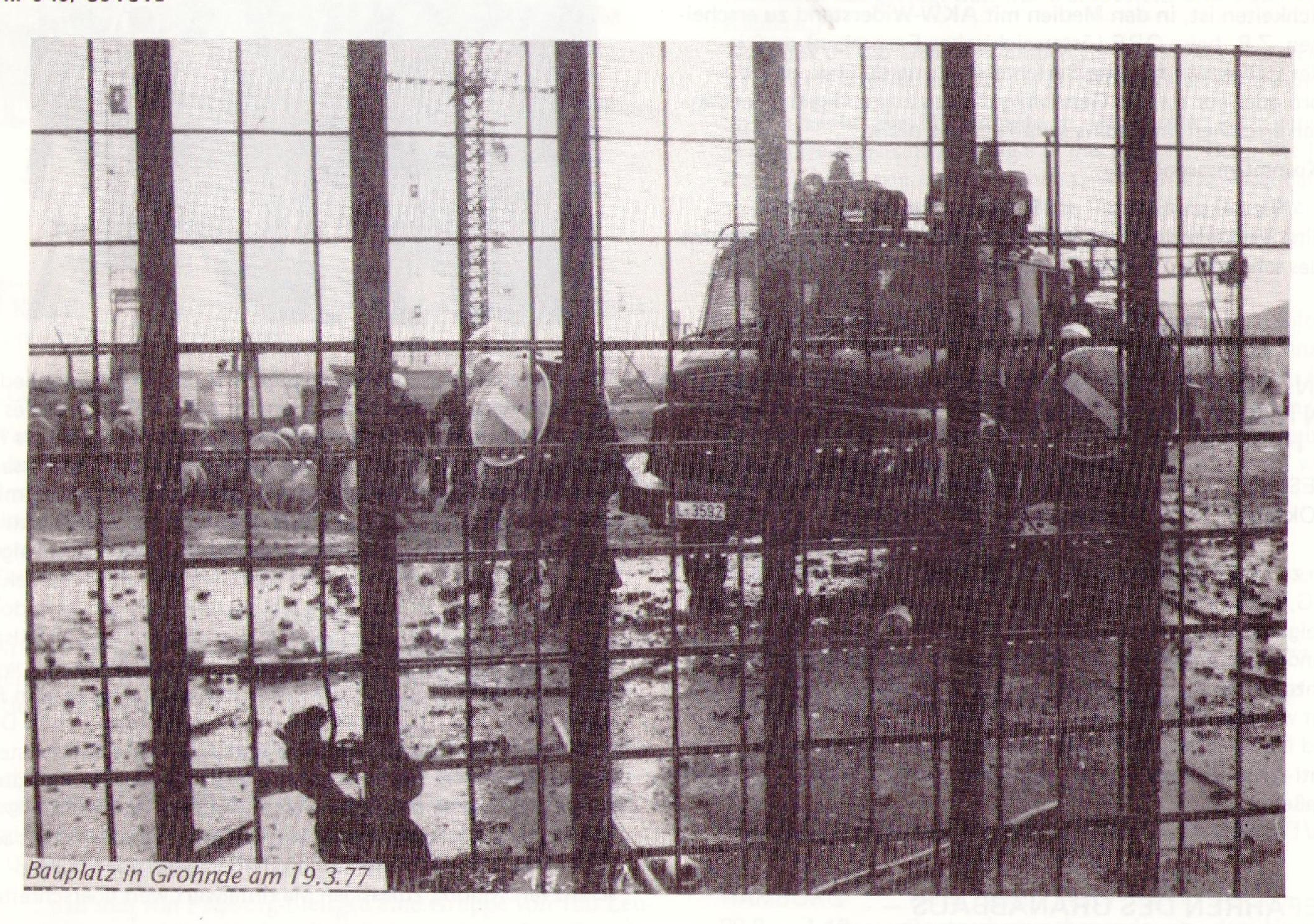
Der Vorsitzende wertete in der Urteilsbegründung die polizeiliche Konzeption zur Vermeidung von Widersprüchen in Strafprozessen so:
Wenn hier gesagt worden ist, daß ein Konzept ausgearbeitet wird, um zu vermeiden, daß Zeugen einen schlechten Eindruck machen, dann ist das unglaublich; nicht daß sie präpariert werden, soweit gehe ich gar nicht, sondern daß sie dressiert werden; daß diese Widersprüche nicht auftreten sollen; daß der Polizeibeamte davor geschützt werden soll, daß ihm ein Verfahren angehängt wird. Das Schlimmste ist, wovor ich nur warnen kann, nämlich zu versuchen, hier einen guten Eindruck zu machen".

Kontakt: Rechtsanwaltbüro Maeffert, 2000 Hamburg, Tel.: 040/ 391615

Ob bei diesem Termin eine Aufhebung des Baustoppes herauskommt, das hängt möglicherweise davon ab, ob Lohmann sich kaufen läßt oder nicht. Wenn er Geld nähme, um sich anderswo eine größere und modernere Fabrik zu bauen, hätten wir im Weserbergland nicht nur ca. 200 Arbeitslose mehr, sondern damit würde auch die einzige zugelassene Baustoppklage gegen das AKW-Grohnde entfallen.

Wenn das AKW in Betrieb ginge, würden im Normalbetrieb aber nicht nur die Arzneimittel der Fa. Lohmann verseucht, sondern auch das Wasser, das wir trinken und die Luft, die wir atmen. Die radioaktiven Schadstoffe würden sich anreichern: im Getreide, Gemüse, Obst, Fleisch, Fisch, Milch und Zucker, die hier angebaut oder produziert werden. In den Körpern der Menschen, die hier leben, reichern sich die Schadstoffe noch weiter an. Die Folgen sind alle Arten von Krebs und Erbschäden.

Entscheidend für die Frage, ob weitergebaut werden kann oder nicht, ist unser Verhalten. Gegen viele Atomkraftwerke werden Klagen geführt, doch Baustopp gibt es nur in Whyl,



Bauplatz in Grohnde am 19.3.77

DER BAUSTOPP VOR GERICHT

HAMELN
28. September

Von der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke aus Hameln veröffentlichen wir ein Flugblatt.

"Seit einem Jahr besteht Baustopp für das Atomkraftwerk Grohnde. Am 14.6.1977 hatte das Verwaltungsgericht in Hannover der Klage der Arzneimittelfabrik Lohmann stattgegeben. Lohmann hatte glaubhaft machen können, daß er seine Fabrik schließen müßte, wenn das AKW in Betrieb ginge, denn die Arzneimittel würden radioaktiv verseucht werden. Am 9. 10.1978 wird in Lüneburg vor dem Oberverwaltungsgericht ein Erörterungstermin stattfinden, an dem die Fa. Lohmann und die AKW–Betreiber teilnehmen. Die Öffentlichkeit ist nicht zugelassen.

Brockdorf und Grohnde — an den Plätzen, wo wir aktiv versucht haben den Bau zu verhindern. Darum ist es gerade jetzt wichtig möglichst unüberhörbar unsere Meinung kund zu tun und soweit wie möglich unsere Interessen auch praktisch durchzusetzen".

Doch Prozesstermin

Im November soll vor einer Kammer des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg ein erster Prozesstag stattfinden. Anscheinend hat also die Firma Lohmann sich vorläufig nicht einkaufen lassen. Wann genau der Prozess stattfindet und ob er öffentlich zugänglich ist, ist bisher noch unklar

EINLADUNG ZUR HOCHZEIT FÜR ALLE ID-LESER

Zwentendorf,
10.10.78

HOCHZEIT DES JAHRES

Brigitte Zagler und Herbert Loitsch heiraten am 27. Oktober 1978 um 14 Uhr im Gemeindeamt Zwentendorf/Österreich. Alle ID-Leser sind zu der Hochzeit eingeladen. Im Anschluß an die Zeremonie findet im herrlich gelegenen „Donauhof" vor der wunderschönen und imposanten Kulisse des Atomkraftwerkes Zwentendorf das Festbanquette statt. Interessenten richten sich an die Wiener Telefonnummer 0043222/8378643 (vormittags). Der musikalische Leiter bittet um zahlreiches Erscheinen von Musikanten.

„Unsere Hochzeit findet deswegen in Zwentendorf statt, weil es zur Zeit eine der wenigen uns noch verbliebenen Möglichkeiten ist, in den Medien mit AKW-Widerstand zu erscheinen. Z.B. beim ORF (österreichisches Fernsehen) muß jeder Redakteur für eine Berichterstattung darüber, egal ob pro oder contra, die Genehmigung des zuständigen Intendanten erreichen - meistens schafft er das nicht."

Kommt massenhaft!

Wie bekannt ist am 5. November (siehe ID 247) eine Volksabstimmung in Österreich über die Inbetriebnahme des sehr großen AKWs Zwentendorf.

EINLADUNG ZUR REGIONALKONFERENZ ALLER ANTI-AKW- UND UMWELTSCHUTZGRUPPEN IN HESSEN

GIESSEN
1. Oktober

Die Anti-AKW-Gruppe Gießen läd auf Initiative der nordhessischen BI's (Regional-Konferenz am 9.9.78 in Borken) alle Bürgerinitiativen in Hessen zu einem Treffen am 21.10.78 um 11 Uhr in das Haus der ESG, Henselstr. 7 in Gießen ein. Dies ist wegen der drohenden Ereignisse in Borken, Biblis und auch Gorleben dringend notwendig. Da dieses das erste gemiensame Treffen ist, sollen die Einzelheiten der Tagesordnung erst in Gießen endgültig festgelegt werden. Wer zu diesen Problemen Diskussionsvorschläge und Material hat, sollte diese bis zum 4.10. schicken an:
Anti-AKW-Gruppe Gießen, c/o Uschi Roos, Bleichstr. 24, 6300 Gießen.

GEFAHREN DES URANABBAUS — GEFAHREN BEI DER BEOBACHTUNG!

FREIBURG
9. Oktober

Am 24.8. wurden zwei Mitglieder des Freiburger Arbeitskreis Strahlenschutz (AKS) nach eine Großfahdung in Baden-Baden verhaftet: Edgar Klementz und Joachim Schnorr. (Siehe ID 246) Sie hatten die Stollen der uranschürfenden "Saarberg-Interplan (SIP)" fotografiert und sind dabei von einem Arbeiter mit dem Pickel bedroht worden. Bei der folgenden Flucht mit dem Auto sollen sie den Arbeiter lebensgefährlich bedroht haben indem sie versuchten, ihn zu überfahren. Der Haftrichter ließ die beiden allerdings anderntags wieder frei, da er die Vorwürfe für unbegründet hielt. Der Staatsanwalt von Baden-Baden, Sörgel, legte Beschwerde ein und das Landgericht setzte daraufhin den Haftbefehl am 5.9. wieder in Kraft. Seit dieser Zeit sitzt Joachim Schnorr in Untersuchungshaft in Baden-Baden.

Ein Haftprüfungstermin am 8.9. führte wiederum zur Aufhebung des Haftbefehls, Staatsanwalt und Landgericht setzten ihn aber noch am selben Tag wieder durch. Eine Beschwerde des Freiburger Rechtsanwalts des Arbeitskreis Strahlenschutz wurde vom Oberlandesgericht Karlsruhe als unbegründet zurückgewiesen. Seit dem 3. Oktober ist die Anklage erhoben: Mordversuch in Tateinheit mit einem gefährlichen Eingriff in die Strassenverkehrsordnung. Es soll nun sehr schnell zur Verhandlung kommen, da Unterschriftenlisten, Erklärungen, Anfragen, Artikel und Fernsehsendungen den Fall einigermaßen bekannt gemacht haben.

Der Arbeitskreis Strahlenschutz hat inzwischen einen "Offenen Brief" an die Landtagsfraktionen im baden-württembergischen Landtag gerichtet:



"Mit diesem Offenen Brief wenden wir uns an alle Mitglieder des Landtages. Zum einen wollen wir auf die Gefahren des Uranabbaus und der Weiterverarbeitung von Uran, das als Rohstoff für Kernkraftwerke größte Bedeutung hat, aufmerksam machen. Der Uranabbau steht in engem Zusammenhang mit dem Energieprogramm der Regierung, die mit aller Gewalt den Ausbau des Kernenergiesektors vorantreiben will. Die Folgen des Uranabbaus bestehen in der Gefährdung durch radioaktive Strahlung und in der Verseuchung von Luft durch Radon und Wasser durch Radium; beides sind sogenannte Zerfallsprodukte von Uran. Zum anderen wollen wir aufzeigen, mit welchen Methoden gegen Kritiker des Uranabbaus (in diesem Fall den Arbeitskreis Strahlenschutz AKS) vorgegangen wird. Der AKS hat in Menzenschwand, wo sich die qualitativ reichste Urananlagerstätte Europas befindet, Strahlenmessungen durchgeführt. Es wurde auf Parkplätzen und Wegen, die mit angeblich taubem Abraummaterial aufgeschüttet werden, eine radioaktive Strahlung gemessen, die z.T. den nach der Strahlenschutzverordnung zulässigen Maximalwert weit überschreitet.

Offizielle Behörden (das Landesamt für Umweltschutz in Karlsruhe und das Landesbergamt in Freiburg) mußten unsere Meßwerte als richtig bestätigen. Die mögliche gesundheitliche Gefährdung durch radioaktive Strahlung wird von den Behörden geleugnet, wobei die medizinischen Forschungen außer Acht gelassen werden, die nachweisen, daß sie selbst bei niedrigsten Strahlenmengen auftreten kann. Die Reaktion der Behörden in Baden-Württemberg bestand in einer Kampagne der Kriminalisierung des AKS (Vorwurf des Diebstahls von radioaktivem Material, Hausdurchsuchung, und Beschlagnahmung der wichtigsten Arbeitsunterlagen, Telefonüberwachung, Großfahndung und Festnahme von 2 AKS-Mitgliedern, die den Uranstollen der Saarberg-Interplan bei Baden-Baden fotografiert hatten).

Joachim Schnorr wird, nachdem er von Saarberg-Arbeitern bedroht worden ist, seit dem 5.9.78 in U-Haft gehalten aufgrund eines konstruierten Vorwurfs des versuchten Totschalgs am einem Angehörigen der Saarberg-Interplan.

In Rheinland-Pfalz, wo der AKS an der Uranaufbereitungsanlage Ellweiler bei Birkenfeld ebenfalls die radioaktive Strahlung gemessen und einen vielfach überhöhten Wert festgestellt hat, hat das Sozialministerium nach anfänglichen Dementis der Gewerkschaft Brunhilde (Betreiberin der Anlage) inzwischen Auflagen gemacht: Erneuerung und Erhöhung der Erdwälle um das Gelände, Abdeckung der Schlammhalden, Änderungen im betrieblichen Ablauf und sofortige Räumung der am Betriebseingang gelegenen Wohnung. Der AKS erklärt an dieser Stelle, daß er ohne Erlaubnis die verschiedenen Gelände betreten hat. Er weist als Parallele auf die Entleihung des Katastrophenplans für Fessenheim hin, die zwar illegal im Sinne des bürgerlichen Rechts, aber legitim im Sinne der Aufklärung der Bevölkerung war. Desgleichen hält der AKS seine Aktionen im Sinne des Strahlenschutzes für legitim; denn aufgrund der mangelnden Aufklärung durch die Behörden über die Gefahren beim Uran-Abbau und sogar die Verharmlosung und Leugnung dieser Gefährdung betrachten wir es als unser Recht und unsere Pflicht im Sinne von Notwehr, uns diese Informationen vor Ort selbst zu beschaffen. Der AKS hat bei der Staatsanwaltschaft Waldshut mehrere Anzeigen wegen Gefährdung von Umwelt und Öffentlichkeit erstattet, für deren Bearbeitung bisher keine Anzeichen vorliegen."

Kontakt: AKS, c/o Schnorr, Fehrenbachallee 38, 7800 Freiburg

WIR WERDEN UNS NOCH WUNDERN, WENN WIR ERST MERKEN, WER WIR SIND !

5 KÖLN
Mainzer Str. 27

Ein offener Brief vom Straßenmusiker Klaus der Geiger:

„Liebe Freunde!

Was würdet ihr sagen, wenn ihr eines schönen Tages in der Zeitung lesen würdet, daß sich eine Handvoll Leute in Passau auf den Weg gemacht haben, d.h. zu Fuß, und zwar in Richtung Bonn, um damit gegen die Verödung unseres Lebens durch unsere Zivilisation und für die Freiheit von der Herrschaft des Geldes zu demonstrieren ?

... wenn ihr dann 14 Tage später erfahren würdet, daß diese Gruppe ihr Lager ganz in der Nähe von Rosenheim aufgeschlagen hätte und dann, 100 Mann stärker, weitergezogen wäre Richtung München ...

... wo ein Lagerplatz sowie Essen und Trinken von Freunden schon bereitgestellt worden wäre, und wo wieder ein großartiges tagelanges Verbrüderungsfest stattgefunden habe, und daß mittlerweile 400 Menschen, jung und alt, von 6 Monate bis 60 Jahre, zusammen Richtung Nordosten ziehen würden ...

... daß sich von Freiburg-Breisgau eine Gruppe von 100 Leuten aufgemacht hätte, in derselben Art, aus demselben Grund, rheinabwärts, stetig an Zahl anwachsend ...

... daß von Flensburg die Nachricht kommt, auch von dort hätten sich Leute aufgemacht, über Kiel, Lübeck, Hamburg, Bremen, im Gepäck Brokdorf, im Gepäck den Ekel vor Elb-, Weser-, Nord- und Ostsee-Jauche, im Gepäck den Horror über die Trostlosigkeit der Asphalt- und Beton-Wüsten, im Gepäck die Wut über die Mächtigen und Machthungrigen ...

... und aus Kassel, Göttingen, Braunschweig, Hannover, Bielefeld, im Gepäck Gorleben, im Gepäck Oettgers Pudding-Zinnober, Richtung Westen, und es werden immer mehr, über die Tage, über die Wochen, über die Monate ...

... daß wir uns schließlich in Bonn treffen und dieser perversen Bande von Volksverrätern und Seelenverkäufern zeigen, daß sie nicht machen können mit uns, was sie wollen,

daß sie uns z.B. nicht die Tatsache vorenthalten können, daß wir Brüder und Schwestern sind, daß wir 1000 Dinge gemeinsam haben und gemeinsam tun können, und daß wir dadurch das ganze Scheißsystem dieser Geld- und Machtgeier auf die Müllkippe werfen können, wo es hingehört.

Was würdet ihr dazu sagen, wenn ihr überhaupt noch was dazu sagen würdet, wenn ihr nicht schon längst eingestiegen wärt ...

Ja, hat mir einer dazu gesagt, wenn wir in Portugal wärn, oder in Frankreich, England, Spanien ! ABER DER DEUTSCHE ! Du glaubst doch wohl nicht im Ernst, daß du den von seiner Harten Mark und seinem neuen Compact-Auto weglocken kannst !

„Der Deutsche"! Ich bin auch einer, und die Tausende, die in Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Gorleben waren.
Wenn wir da nicht hingegangen wärn, hätten wir die Dinger für Zeit und Ewigkeit am Hals.

Ja, und das Geld ?

(Der mich das gefragt hat, war wohlbestellt und Vater von zwei Kindern.)
Wo willst du das Geld hernehmen für so ein Riesenprojekt ?
Ich ? Von meinen Einkünften als Straßenmusiker natürlich !

Spaß beiseite: Das Riesenhafte an dem Projekt ist ja gerade, daß es eine Demonstration g e g e n das Geld ist. D.h.: Wir lassen uns z.B. nicht von einem reichen Onkel zum Essen einladen, sondern: jeder gibt 'ne Mark dazu, dann sind es, na sagen wir mal: 1000 Mark, und davon kochen wir 'ne fantastische Suppe für 10 000 Leute !

Denn wir haben eine Sache, wodurch der Wert des Geldes, so wie er heutzutage im Kurs steht, als Betrug und Firlefanz entlarvt wird: Fantasie und Freude am Leben. Wir können fantastische Sachen machen, wenn wir dem uns aufgezwängten Geldgeier in uns und den Geldgeiern um uns den Laufpaß geben! Wir sind wer! Da werden wir uns noch wundern, wenn wir erst mal merken dann, wer wir sind !!!

Freunde, was meint ihr dazu ?

Äußert euch dazu, dafür ist ja auch der ID oder die neue Tageszeitung da!
Es grüßt euch herzlich."

Kontakt: Klaus der Geiger, 5 Köln 1, Mainzer Straße 27

(Da juckt's der Tipperin schon beim Tippen) *(den Layouter auch !)*

GROSSER RATSCHLAG ÜBER ALTERNATIVE ÖKONOMIE

HAMBURG
29.9. – 1.10.

Rund 2000 Leute trafen sich am letzten Septemberwochenende in der Hamburger Markthalle zu einem Kongreß über die Alternativbewegung. Eingeladen dazu hatte die Gruppe „Alter Öko" aus dem Sozialistischen Büro in Hamburg. Im Vordergrund des Treffens stand weniger eine Art Strategiediskussion, als vielmehr die Auseinandersetzung entlang der von einzelnen Projekten vorgegebenen Erfahrungsschilderungen.

So begann denn der „Große Ratschlag" auch am ersten Abend mit der Selbstdarstellung eines guten Dutzend alternativer Projekte. Von der Arbeiterselbsthilfe (ASH Bonames, Selbsthilfe arbeitsloser Jugendlicher) angefangen über die Landkommune und das Anwaltskollektiv bis hin zur linken Tageszeitung wurde ein wenn auch nicht repräsentiver, so doch sehr vielschichtiger Querschnitt aus dem breiten Spektrum selbstorganisierter Modellversuche vermittelt. Ob es die beiden jungen Frauen von der Schafzuchtfarm Finkhof bei Isny im Allgäu, die ihrer Arbeits- und Perspektivlosigkeit selber ein

Ende bereitet haben, der schon etwas graumelierte Techniker der britischen Firma Lucas Aerospace, der anstatt Rüstungsteile nun künstliche Nieren produziert (die Arbeiter dieses Betriebs waren im Laufe eines Streiks und einer Betriebsbesetzung dazu gekommen, sich für diese Produktionsänderung zu entscheiden) oder ein Schumacher-Mitarbeiter war, der für verschiedene 3.Welt-Länder eine auf Kleintechnologie basierende Eierkartonmaschine entwickelt hat — überraschend war an den äußerst instruktiven Berichten allemal der völlig heterogene Charakter der einzelnen Initiativen. Ohne eine Verbindung untereinander zu haben, tun sich anscheinend an den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Orten Leute zusammen, die eine andere Arbeit und ein neues Leben zu organisieren versuchen. Jugendliche und Pensionsreife, Provinzler und Metropolitaner, Intellektuelle und Lehrlinge, Leute aus den oberen Mittelschichten, ebenso wie aus den Randbezirken, die man als aubproletarisch bezeichnen könnte — es war einfach kein gemeinsames Erklärungsmuster prarat, das das Mosaik der Projekte unter einen gemeinsamen Hut hätte bringen können.

Überraschend war dabei der Mut und das Selbstbewußtsein der meisten, ihre Erfahrungen öffentlich darzustellen, ohne ein zwingendes gesellschaftsveränderndes Konzept in der Tasche zu haben. Das Publikum quittierte das mit einem Applaus, der wohl vor allem das Staunen darüber ausdrückte, was mit wenigen Mitteln in fast aussichtloser Lage und schon über einen kurzen Zeitraum hinweg alles möglich sein muß, wenn es die Betroffenen nur mit Entschlossenheit und Überlegung anpakken. Dennoch erlagen die Zuhörer keineswegs der stillen Faszination des „Ganz-Konkreten", sondern machten auch ihren Widerwillen deutlich, als am Schluß der Eröffnungsveranstaltung eine religiöse Sekte ihre suggestive Verführungskraft zu entfalten versuchte.

Am nächsten Tag traf man sich in 15 verschiedenen Arbeitsgruppen, die über die ganze Innenstadt verstreut in den unterschiedlichsten Räumlichkeiten stattfanden. Daß dies funktionierte, lag am technich-organisatorischen Geschick des Veranstalterkollektivs, das es mit einigen Kniffen, aber ohne strapaziöse Abstimmungszeremonien schaffte, eine große Menge von Leuten in die einzelnen Gruppen aufzuteilen. Was schon am Vorabend beim Publikum aufgefallen war, das erwies sich nun auch in den einzelnen Diskussionen: Bis auf wenige Ausnahmen gab es eine überraschend große Bereitschaft, sich aufeinander zu beziehen, die politischen und emanzipatorischen Differenzen anstatt zum wechselseitigen Vorwurf zu machen, zur ansatzweisen produktiven Diskussion sich entwickeln zu lassen. Von ungeheurem Vorteil erwies sich dabei, daß man immer wieder auf die plastischen Erfahrungsberichte der Projekte zurückgreifen konnte und damit eine Möglichkeit der Selbstkorrektur besaß, die jedem einleuchtend zu machen war.

So ergab sich, als am frühen Abend die ersten Gruppen in der großen Markthalle mit der Darstellung ihrer Diskussionsergebnisse begannen, schnell ein umfangreiches Bild von einem Verarbeitungsprozeß, in dem die Zusammenhänge und Hintergründe, die Schwierigkeiten und Hoffnungen der Alternativbewegung deutlicher wurden. Das Problem der ökonomischen Selbstausbeutung, die Rolle des Geldes, Beziehungsstrukturen und Geschlechterrollen, das Verhältnis von Ökologie und Technologie — schlaglichtartig wurde einiges aus dem Problemkatalog der Arbeitsgruppen zur Debatte gestellt.

Der danach folgende Auftritt der „Tennessee-Farm-Band", der Rock-Gruppe der größten amerikanischen Landkommune, hätte dann allerdings beinahe noch zum Eklat geführt. Nicht etwa, weil die Formation einen nur sehr durchschnittlichen, fast schon ritualisierten Hard-Rock gespielt hat; sondern vor allem an zwei Phänomenen entzündete sich der Unmut des Publikums: Stephen Gaskin, Gründer und Guru der Großkommune saß ganz offensichtlich nicht wegen seiner rhythmischen



Fähigkeiten als zweiter Schlagzeuger in der Gruppe; zudem hockte er auf einem kleinen Podest, um seine Mitspieler um Haupteslänge überragen zu können. Jedoch war nicht nur ein Mann, sondern anscheinend eine Frau auf der Bühne überflüssig; denn eine der Farm-Kommunardinnen fungierte ganz offensichtlich als eine Art Go-Go-Girl. Besonders erbost hat dabei die anfangs hartnäckige Weigerung der Rock-Gruppe, sich zu dem immer lauter werdenden Zorn des Auditoriums überhaupt zu äußern: stattdessen hämmerte sie den Unmut immer wieder mit der technischen Übermacht der Phonstärken nieder.

Zum Erstaunen der meisten, die sich am Sonntag zur abschließenden Podiums- und Plenumsdiskussion in der Markthalle wieder trafen, lag schon eine Extra-Zeitung (Auflage 2000) vor, in der die Protokolle der einzelnen Arbeitsgruppen vom Vortag veröffentlicht worden waren. So konnte sich jeder Diskussionsteilnehmer noch einen genauen Überblick verschaffen über das, was sich in den Gruppen abgespielt hatte, in denen er selber nicht hatte sein können. **Die nachfolgende vierstündige Diskussion durfte wohl zu den seltenen Augenblicken zählen, in denen nicht nur traditionelle Sozialisten und linke Subkultur, sondern auch ein Teil der sogenannten ersten mit der zweiten Kultur offen miteinander diskutierte. Für einen kurzen Moment standen nicht mehr die im Alltag vorherrschenden gegenseitigen Verdächtigungen, Vorwürfe, Normen und Barrieren im Vordergrund, sondern das Interesse, voneinander zu erfahren, wie ein sinnvolles Arbeiten und ein anderes Leben wieder möglich werden könnten.**

Z.B.: Ein Hamburger Arbeiter zu einer Frau von einer niederbayrischen Landkommune (sinngemäß): Das hört sich ja alles ganz schön an — gleicher Lohn für alle, rotierende Arbeitsfelder, Einheit von Arbeits- und Lebenszusammenhang usw. — aber was soll ich machen? Ich bin verheiratet, hab zwei Kinder, muß schaffen gehen. . .

Antwort: Mensch, führ doch deine Familie nicht als Entschuldigung an. Wenn du wissen willst, wies aussieht, dann komm doch mal für vierzehn Tage zu uns runter.

Die Atmosphäre in der Markthalle war so offen und wenig repressiv, daß sich selbst die Kinder, die in einem Raum die

ganze Zeit über gespielt und herumgetollt hatten, trauten, zwischendurch zwei Sketche, die sie von alleine eingeübt hatten, zur großen Überraschung der Moderatoren vorzuführen.

Ohne ein Resümee ziehen zu wollen, sollten doch einige bemerkenswerte Punkte festgehalten werden:

1. Im Unterschied zu manchen Treffen der undogmatischen Linken, das so groß angekündigt wird, daß es dann gar nicht mehr stattfindet, fehlten auf dem „Großen Ratschlag" in Hamburg sicherlich die großen Namen. Dafür aber fanden Kommunikations- und Gruppenprozesse statt, die einige der Schranken, Blöcke und Lager durchbrachen, die unsere verdinglichte politische Situation schon seit Jahren so sehr charaktiersieren. Vielleicht war Hamburg ein erster Schritt zu einer neuen Vermischung von subkultureller und sozialistischer Linker, ein erster Tupfer einer „unreinen" Politik.

2. Der eher traditionalistische Teil der Linken, der seine Ratlosigkeit gegenüber den entstehenden Problemen von Ökologie und Technologie nur noch mühsam mit dem Klischee von der „zähen Kleinarbeit" zu kaschieren versucht, kann nicht länger mehr darüber hinwegsehen, daß selbst Lehrlinge und Techniker zuweilen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und mit einer anderen Arbeit beginnen, ohne erst auf die große neue Strategie zu warten. Die Marginalisierung der alternativen Projekte zu einem bloßen „Subkulturproblem" dürfte nach Hamburg noch schwieriger geworden sein.

3. Von entscheidender Bedeutung war dabei sicher die Konzeption des Veranstalterkollektivs, zwar die Bedingungen für ein solches Forum zu erstellen, nicht aber damit auch eine theoretische oder strategische Entscheidung für den politischen oder subkulturellen Pol der Kontroverse herbeiführen zu wollen. Überhaupt: Selten dürfte eine Gruppe so viel gemacht haben und dabei so wenig in Erscheinung getreten sein.

4.Die Hamburger haben ein Exempel statuiert, das zeigt, daß die Alternativbewegung bzw. die undogmatische Linke ihre Differenzen nicht zu Denunzierungen oder gar Fraktionierungen aufblähen muß, sondern diese in eine produktive Diskussion einbringen kann. Gerade die Situation der Ratlosigkeit in der großen strategischen Politik scheint wieder kleinere und mittlere Diskussionsprozesse möglich werden zu lassen. Insofern war der „Große Ratschlag" ein kleines Beispiel für die Integrations- und Lernfähigkeit der antiautoritären Linken dieses Landes.

Wer sich für die „Nachlese" des Ratschlags interessiert, der kann an **Alter Öko im Sozialistischen Büro Hamburg, Altonaer Str. 28, 2 Hamburg 6** schreiben. Gegen Zusendung von 1 DM (in Briefmarken) erhält er dann die Broschüre mit dem Rückblick des Kongresses.

MEDIZINISCHE BEHANDLUNG FÜR WERNER HOPPE !

Appell der Angehörigen der politischen Gefangenen

FRANKFURT 10. Oktober *Den folgenden Brief haben im Namen der Angehörigen der politischen Gefangenen der BRD unterzeichnet: Annelie Becker, Omega Becker, Ruth Becker, Wolfgang Becker, Rita Wisniewski, Inge Schulz, Susanne Wisniewski, Christa Cullen, Beate Taufer, Hilde Pohl, R. Schwarzwälder, Walter Taufer, Gertrud Taufer. Der Brief wurde auf einem Treffen der Angehörigen aufgesetzt und all jenen Angehörigen, die nicht beim Treffen sein konnten mit der Bitte zugeschickt, ihn unterzeichnet an die angegebenen drei Adressen zu senden:*

An den Bundesinnenminister, Postfach, 5300 Bonn
An den Justizsenator von Hamburg, Drehbahn 36, 2000 Hamburg 36
An das Hamburger Strafvollzugsamt, z. Hdn. von Herrn Halvensleben, Drehbahn 36, 200 Hamburg 36.

Mit äußerster Besorgnis haben wir vom lebensgefährlichen Gesundheitszustand Werner Hoppes erfahren. Seit etwa drei Monaten kann er weder flüssige noch feste Nahrung zu sich nehmen und hat Blutstühle. Er ist bis auf die Hälfte seines früheren Körpergewichts abgemagert.

Die Untersuchungen durch die Fachärzte Nachtwey und Welk haben ergeben, daß keinerlei organische Ursachen für diesen verheerenden körperlichen Zustand verantwortlich sind. Nach schriftlicher Bestätigung von Dr. Welk ist er auch nicht die Folge des 5-wöchigen Hungerstreiks vom März/April 1978 oder der vorhergehenden Hungerstreiks.

Diese und ähnliche Krankheitssymptome traten nach jahrelanger Isolationshaft auch bei Eberhard Dreher und bei Wolfgang Grundmann auf. Uns ist klar, daß die wirkliche Ursache dieser Krankheit die brutale und unmenschliche 7-jährige Langzeitisolation ist, die Werner Hoppe langsam aber sicher an den Rand des Todes gebracht hat.

Die politischen Gefangenen der BRD sind generell nun schon seit vielen Jahren solchen vernichtenden Sondermaßnahmen ausgesetzt, deren gesundheitszerstörende Folgen schon seit 1973 in ärztlichen Gutachten bestätigt wurden. (Vgl. die Gutachten von Prof. Dr. Wilfried Rasch, Mende,Müller, Schröder vom September '75, von den Ärzten Drews, Naeve und Stövsand von 1976, von den Anstaltsärzten Sauer und Hummelhoff vom November '74, von Prof. Teuns von 1973 und den Aufsatz von Rasch in der Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Heft 2/3 1976.)

Das Beispiel Werner Hoppes zeigt erneut in eklatanter Weise, was letztlich die Konsequenz dieser grausamen Haftbedingungen ist: dauerhafte Zerstörung der psychischen und physischen Gesundheit bis zur lebensgefährlichen Krankheit, bis zur akuten Todesgefahr. — Ist das die Todesstrafe auf Raten? ?

Nur wenn die Ursachen der lebensbedrohlichen Erkrankung von Werner Hoppe ein für alle Mal beseitigt werden, kann eine medizinische Behandlung vielleicht noch von Erfolg sein. **Wir fordern deshalb sofortige Haftentlassung für Werner Hoppe!!! Wir fordern gleichermaßen die Beendigung der vernichtenden Isolationshaft für alle politischen Gefangenen !!!**

Kontakt: Beate Taufer, Postfach 6301, 7500 Karlsruhe

OFFENER BRIEF AN DIE BEHANDELNDEN ÄRZTE VON WERNER HOPPE

HAMBURG September 1978 *Werner Hoppe ist am 4.September wegen seines lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes in die Intensivstation des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Altona verlegt worden. Er kann seit Mitte Juni kaum noch Nahrung zu sich nehmen. Er wiegt, bei einer Körpergröße von 1,76 m weniger als 50 kg.*
Aus diesem Grund haben Ärzte einen offenen Brief an die Ärzte geschrieben, die Werner Hoppe jetzt dort behandeln.

„Sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege,

Wir unterzeichnenden Ärzte machen uns die größte Sorge um den Gesundheitszustand von Werner Hoppe. Zugleich sind wir erschüttert darüber , daß eine medizinische Betreuung, so wie sie jetzt erfolgt, nicht früher eingeleitet wurde. Einige von uns beschäftigen sich bereits seit

zwei Jahren mit dem Problem medizinischer Versorgung von Gefangenen in den Haftanstalten und sind mehrfach als externe Ärzte zu Rate gezogen worden. Da wir um die Folgen der Haft auf den Gesundheitszustand der Gefangenen wissen und insbesondere in Übereinstimmung mit zahlreichen Gutachtern (Prof. Rasch, Schröder, Müller, Mende, Naeve, Drs. Stövsand, Schmidt-Voigt u.a) die gesundheitszerstörende Bedeutung der Isolationshaft kennen, wenden wir uns jetzt an Sie.

Nach unserer Kenntnis kann W. Hoppe kaum Nahrung zu sich nehmen, er leidet an häufigem Erbrechen und ist bis zur Kachexie abgemagert. Eine organische Ursache konnte hierfür nicht gefunden werden. Auch sein Hungerstreik im Frühjahr 1978 - darin stimmen wir mit Herrn Welk überein - kann nicht Ursache seiner jetzigen lebensgefährlichen Situation sein, da er sich danach relativ gut erholt hatte. Also handelt es sich um einen psychosomatischen Reizzustand des Magen-Darm-Trakts.

Wesentlich bei der Entstehung psychosomatischer Erkrankungen sind nach allgemein anerkannter wissenschaftlicher Auffassung Störungen im sozialen Umfeld. Unserer Meinung nach ist es die langdauernde Haft, insbesondere die langdauernde Einzelhaft, die W. Hoppe krank gemacht hat. Auch bei zahlreichen anderen Gefangenen , die sich in langjähriger Isolation befinden, sind in letzter Zeit ähnliche Symptome bekannt geworden. Alle diese Gefangenen werden seit Jahren daran gehindert, echte zwischenmenschliche Kontakte innerhalb der Gefängnisse oder nach außen zu entwickeln. Jede Aufnahme von vertrauensvollen Beziehungen wird verstümmelt durch scharfe Bewachung während der wenigen Besuchszeiten, durch Trennscheiben, durch zeitweise Sprechverbot mit anderen Gefangenen, durch teils über Monate dauernde totale Isolierung. Ihre Zellen sind häufig schalldicht abgeschlossen, sodaß sie nur Geräusche des Gefängnispersonals wahrnehmen können. Auch die optischen Reize sind auf ein Minimum eingeschränkt, teilweise sind sie in ihren Zellen über Monate Dauerbeleuchtung ausgesetzt. Bücher und Zeitungen, die sie lesen möchten, werden ihnen vorenthalten.

Daß soche unmenschlichen Lebensbedingungen krank machen, ist Ihnen und uns auch aus anderen Bereichen bekannt. Die oben genannten Gutachter haben dies für den Haftbereich konkret nachgewiesen.

Wenn W. Hoppe an seiner Haft krank geworden ist, dann scheint es uns umso schwerwiegender, daß durch die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen auch im Krankenhaus - soweit wir davon wissen- ein lebendiger Kontakt mit der Umwelt verhindert wird. Die ständige Drohung: Gesundwerden = Rückverlegung in Isolationshaft sowie die ständig merkbare Gegenwart von Polizeikräften auf der Intensivstation des AK Altona dürften den Erfolg Ihrer Bemühungen erheblich einschränken, denn der Kranke erlebt in jedem Augenblick die Fortdauer seiner Haftsituation.

Wir als Ärzte müssen uns dafür einsetzen , daß nichts den Gesundungsprozeß unserer Patienten behindert. Wenn als ätiologischer Faktor die Isolationshaft in Betracht kommt, dann darf die Versorgung des Kranken W. Hoppe nicht von Sicherheitsbedürfnissen abhängig gemacht werden. Deshalb möchten wir Sie höflich bitten, weiterhin das medizinisch notwendige für W. Hoppe zu tun und sich für die Beseitigung der Ursachen seiner Erkrankung auch am Behandlungsort einzusetzen, d.h. für den Abzug der Polizei aus dem AK Altona.

Für seinen weiteren Gesundungsprozeß heißt ursächliche Behandlung aber auch , daß die Isolationshaft aufgehoben werden muß. Allerdings ist W. Hoppe unseres Erachtens bei der Schwere seiner Krankheit auch nicht haftfähig. Aus diesen Gründen halten wir es für erforderlich, soweit Sie gutachterlich tätig sind, diesen Aspekt zu berücksichtigen und für seine Haftentlassung einzutreten.

Wir sind uns bewußt, daß wir mit unserem Brief Stellung nehmen in einer Situation, in der es viele vorziehen zu schweigen. Wir halten es jedoch für unsere ärztliche Pflicht, zu verhindern, daß Gefangene in letzter Konsequenz zu Tode bewacht werden.

KONTAKT: Uwe Maeffert, Hartmut Scharmer, Bahrenfelderstr. 93, 2 Hamburg 50



Werner Hoppe mit Heinrich Hannover 1972

DORIT BRÜCHER SEIT 5 MONATEN IN U–HAFT

FRANKFURT 10.Oktober *Von dem Rechtsanwalt Tschacksch bekamen wir diesen Bericht zur Situation von Dorit Brücher in Stuttgart-Stammheim:*

Die gegen sie erhobenen Vorwürfe sind:
Unterstützung, Werbung und Kuriertätigkeit für die RAF. Zum Erlaß eines Haftbefehls im Mai 1978 reichten aus:

1. Ihr Wohnsitz (im gleichen Haus wie die gerade in letzter Zeit als beliebtes Ausflugsziel des BKA bekanntgewordene Fantasia-Druckerei.)
2. Die Tatsache, daß im Jahre 1977 ein Brief an die italienische Sektion des IVK geschickt wurde, der u.a. von Dorit unterschrieben war (und der übrigens bereits 1977 beschlagnahmt worden war). (IVK ist gleich Internationales Verteidigerkomitee)
3. Die Erwähnung ihres Namens in einem Brief an Gisela Pohl. Was soll's? Nun, seit Erlaß des Haftbefehls gegen Dorit und spätestens seit Propagierung der im Haftbefehl stehenden Version in den regionalen und überregionalen Blättern (Tageszeitungen und Spiegel) sollten wir ,wissen', daß es sich bei Gisela Pohl um eine Schlüsselfigur des internationalen Netzes aller tätigen Kuriere handelt. Und wer in einem an sie adressierten Brief erwähnt wird, bei dem wird schon irgendwas zu holen sein. Schließlich soll der Brief ja auch noch in einem Werbeprospekt versteckt gewesen sein...

Zusammengenommen scheinen die Vorwürfe nicht besonders schwerwiegend zu sein, sollte man meinen; der Punkt ist nun, daß sie der Bundesanwaltschaft ausreichen, um Dorit seit dem Mai 1978 in Stammheim zu halten, natürlich auch unter Stammheim-gemäßen Haftbedingungen.

Spätestens seit dem Ergebnis der mündlichen Haftprüfung Mitte September scheint klar zu sein, wohin der Hase läuft. Die Devise lautet: Dorit muß weiterhin sitzen. Eine – juristisch haltbare – Begründung kann kaum gegeben werden, also wird locker Behauptung an Behauptung gereiht, nach dem Motto, der dringende Tatverdacht besteht weiterhin, weil sie dringend verdächtigt ist.

Darauf einzugehen, wieso sie verdächtig ist, kann man sich unter Hinweis auf die o.gen. drei Vorwürfe natürlich sparen. Schließlich soll auch das richterliche Vorverständnis nicht zu kurz kommen: Demnach besteht „hohe Fluchtgefahr", weil Dorit in den letzten Jahren „fast ausschließlich in Kommunen gelebt hat und, verschärfend, mit dem „terroristischen Bankräuber Tauras" verlobt ist.
Was in dem Verfahren gegen Jürgen Tauras n i c h t möglich war, ihn nämlich explizit als Terroristen zu verurteilen, kann der Ermittlungsrichter in Stuttgart zur Aufrechterhaltung der U-Haft mal schnell nachholen!
Die Argumentation schreitet voran: Stammheim ist notwendig, weil sie sich auch noch vom Elternhaus gelöst hat. Was das heißen soll und mit welcher Berechtigung das behauptet werden kann, interessiert nicht. Es ist eben so. Man könnte z.B. dagegen anführen, daß zwischen Dorit und ihrer Mutter ein intensiver Brief- und Besuchskontakt aufrechterhalten wird, daß ihre Mutter jede nur mögliche Chance wahrnimmt, und hierbei auch durchaus den ermittlungsführenden Stellen ganz schönen Druck macht, um auch ja nur den schnellstmöglichen Termin für den nächsten Besuch zu erhalten etc. etc.

Über die Gründe, warum Dorit weiterhin in Stammheim in Isolationshaft gehalten wird, kann man spekulieren. Zum einen kann die Aufrechterhaltung der Inhaftierung sicherlich als Erfolg gegen den internationalen Terrorismus im allgemeinen und das schwer zu durchschauende „Umfeld" im besonderen propagiert werden. Zum anderen, und das kommt der Sache wahrscheinlich etwas näher, dürfte es sich um einen Versuch handeln, Dorit durch gezielte Verhörmethoden zu Aussagen zum Aufbau und Inhalt der Fantasia-Druckerei zu bringen. Diese können zwar nicht sie selbst belasten, da sie zu keiner Zeit zu dem Fantasia-Druckkollektiv gehörte, doch sollen sie dazu dienen, die bisher offensichtlich nicht ausreichenden Beweismittel für eine endgültige Zerschlagung der Druckerei anzureichern. Denn wenn die Bundesanwaltschaft trotz monatelanger und pausenloser Observierung der Druckerei nicht zu ihrem Ziel gelangt, müssen eben wirksamere Wege beschritten werden. Ob diese Annahme stimmt, wird sich sicherlich in der nächsten Zeit erweisen, z.B. an der Zahl der unternommenen Verhörversuche.

Dorit Brücher, JVA Stuttgart-Stammheim

**Kontakt: Rechtsanwalt Tschacksch,Offenbacher Str. 80
605 Offenbach**

STRAFANZEIGE ZUM TOD VON WILLY PETER STOLL

KÖLN
10. Oktober 78 *Die Kölner Rechtsanwälte Odendahl, Reichelt und Scheube haben Strafantrag und Strafanzeige gegen Unbekannt im Auftrag von Brigitte und Gudrun Stoll gestellt. Sie schreiben weiter:*

„Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf führt unter dem obengenannten Aktenzeichen (5 AR 9/78) eine Todessache Willy Peter Stoll. Auf unser Akteneinsichtsgesuch vom 8.9.1978 teilt die Staatsanwaltschaft mit Schreiben vom 13.9., eingegangen am 21.9.78, mit, daß sich in diesem Vorgang im Wesentlichen nur das Obduktionsprotokoll befinde. Zudem wird die Sache nur als AR-Sache geführt. *(Was „nur eine AR-Sache" ist, weiß hier bei uns niemand – doch: eine Amtshilfe-Sache)*

Dies können wir nur so verstehen, daß die Staatsanwaltschaft keinerlei Ermittlungen betreibt, die geeignet wären, die Frage des Todes von Willy Peter Stoll in Bezug auf Verursachung und Verschulden zu klären.
Nach den uns vorliegenden Informationen gibt es keinen Anlaß, von diesen Ermittlungen abzusehen. Insbesondere würden wir es als pflichtwidrig erachten, wenn die Tatzeugen nicht im Rahmen der Todesermittlungen vernommen würden.

Nach den aus der Presse bekanntgewordenen widersprüchlichen Darstellungen sind die Ermittlungen insbesondere auf die folgenden Hauptfragen zu richten:

1. Trifft es zu, daß Willy Peter Stoll zu einer Waffe gegriffen hat, bevor er erschossen wurde, und konnte er das überhaupt noch ?
2. War es zur Abwehr eines eventuellen Angriffs von Willy Peter Stoll notwendig, auf ihn zu schießen, insbesondere in der Weise wie geschehen ?
3. Haben diejenigen, die geschossen haben, unverzüglich alle Schritte eingeleitet, um den Eintritt des Todes zu verhindern ?

Für den Fall eines Strafverfahrens erklären die Antragsteller den Beitritt als Nebenkläger.

Unser Akteneinsichtsgesuch sehen wir nicht als erledigt an, es wird wiederholt."

Weiter wurde Strafanzeige gegen Lothar Dombrowski gestellt:

„Herr Dombrowski ist Moderator der Fernsehsendung 'Mittwoch in Düsseldorf' des WDR (Aufnahmeort Düsseldorf). Am 6.9.78 äußerte er nach der Mitteilung über den Tod des Herrn Stoll im Fernsehen: 'Ich kann mir eine klammheimliche Freude nicht verkneifen.'

Der Strafantrag bezieht sich unter allen rechtlichen Gesichtspunkten auf das so umschriebene Ereignis."

Kontakt: Hanswerner Odendahl, Horst Reichelt, Rainer Reichelt, Rainer M. Scheube, Rechtsanwälte, Bonnerstr. 45, 5000 Köln 1, Tel.: 38 32 64 (0221)



„Splitter kontra Balken"

DIE NEUE VARIANTE DES RECHTSSTAATES

FRANKFURT
11.Oktober

Bericht über die Verhandlung wegen des Vorwurfs der Körperverletzung gegen Stefan Wisniewski am 26.9.78:

Der erste Eindruck: Waffenstrotzende Festung, die Straße vor dem Landgericht abgeriegelt, die entstandene Zone von Polizei begrenzt, die Beamten bewaffnet mit MP's, Pistolen und Schäferhunden. In diesem Vakuum zwischen Schaulustigen und Bullenketten ein Kameramann, der die Prozeßbesucher filmt. Diese Szenerie erweckt in mir das Gefühl von Spießrutenlaufen. Drinnen langes Warten, einzelner Einlaß zur Ausweiskontrolle, Überprüfung von Ausweisen, Eintragung in eine Besucherliste, Abgabe sämtlicher Gegenstände und körperliche Untersuchung.

Der Prozeß begann, als noch 10 Leute auf Einlaß warteten. Der Saal war schon fast ausgefüllt mit ca. 25 uniformierten, bewaffneten Bullen und ca. 10 Zivilen (Bundeskriminalamt). Der Antrag der Verteidigung auf Entfernung dieser Beamten war der erste Antrag, der gleich abgelehnt wurde. Die Fesselung der Hände Stefans wurde nur im Gerichtssaal gelöst. Sein Stuhl war mit Winkeleisen am Fußboden befestigt. Diese Maßnahme war von dem Vorsitzenden angeordnet, weshalb ein Befangenheitsantrag der Verteidigung (Frohmann und Tilgner) gestellt wurde. Dieser wurde mit der Begründung abgelehnt, Stefan oder ein Anwesender im Saal könnte den Stuhl als Waffe benutzen. Auch die folgenden Anträge wurden abgelehnt. Lediglich der geforderte Tisch wurde genehmigt.

Abgelehnt wurden folgende Anträge:
Einstellung des Verfahrens, weil
a) Stefan in Frankreich gekidnapped und ohne Auslieferungsantrag in die BRD geschleppt wurde
b) die vorgeschriebene Ladungsfrist der Wahlverteidiger nicht eingehalten wurde.
2. Antrag auf Entpflichtung des Zwangsverteidigers, da er gegen Stefans Willen ein psychiatrisches Gutachten beantragt hatte.
3. Verlegung des Verfahrens von der Großen Strafkammer des Landgerichts zum Amtsgericht, da die Anklage nur wegen Körperverletzung, Beamtenbeleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt lautete.

Stefan versuchte die politischen Hintergründe der Verhandlung darzustellen.

Zuerst erklärte er, daß dieser Prozeß auf eine Doppelverurteilung hinausliefe, da in bisherigen Verfahren gegen die Guerilla (§ 129 a) solche Lapalien wie Körperverletzung usw. in das Strafmaß der Hauptverhandlung einbezogen wurden. Er wies als Beispiel der neuen Taktik auf das Schnellverfahren des Genossen Alluoni (Rote Brigade) in Italien hin (12 1/2 Jahre wegen unerlaubten Waffenbesitz). Er ging weiter auf die Rolle der psychologischen Kriegsführung ein (Salewksi = bestellter Psychologe für die Schulung der GSG 9 in der Bundesrepublik Deutschland und anderswo), die den Widerstand der Guerilla vereinzeln, individualisieren und spalten soll, um sie menschlich und politisch zu liquidieren.
Stefan Wisniewski versuchte die Rolle der Justiz dabei darzustellen. Daß die Justiz die ideologische Umkehrung und Reduzierung des antiimperialistischen Kampfes versucht - nämlich so, wie sie selber strukturiert ist: Auftrag und Bezahlung; des Killens und der Volksfeindlichkeit. Mit einer Präzision, die nicht nur in den Hirnen eines Herold oder Mossad-Agenten (Kleinartikel im Spiegel) entsteht.

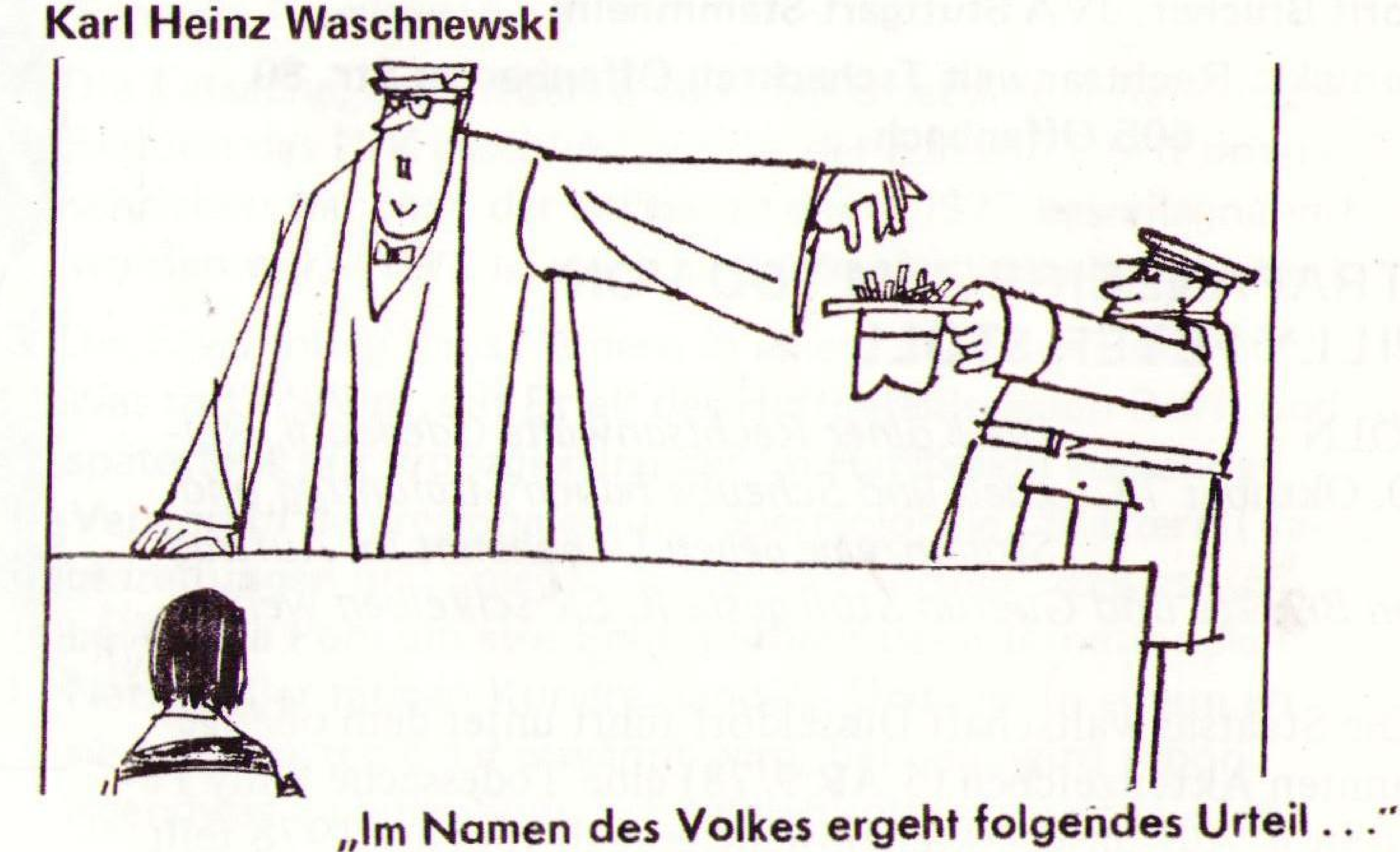
Seine Ausführungen wurden unterbrochen und die Große Kammer beriet darüber. Erst auf massiven Antrag der Verteidigung konnte er anschließend über seine Verhaftung und die derzeitigen Haftbedingungen berichten: Unmenschliche Behandlung bei der Verhaftung in Paris, stundenlange Fesselung nackt auf einem Stuhl, Ausreißen der Schamhaare und Schlagen auf die Zunge, um Aussagen zu erzwingen; lange Zeit keine Behandlung einer blutenden Wunde ; dann nähen der Wunde ohne Betäubung. Außerdem keine Reaktion auf einen Asylantrag. Zu den derzeitigen Haftbedingungen führte er aus: Totale Isolation durch Nichtbelegung der benachbarten Zellen, totaler Verschluß der Zellenfenster beim Hofgang anderer Häftlinge, Behinderung der Bewegungsmöglichkeit durch Eisenstäbe im Hof.

Als er dann wieder auf die allgemeinen politischen Hintergründe zu sprechen kam, wurde die Verhandlung erneut unterbrochen. Stefan las weiter und wurde mit Gewalt aus dem Gerichtssaal entfernt. Die dauerhafte Fesselung während der der Sitzung wurde vom Gericht angedroht, falls Stefan sich der Ordnung nicht unterwerfe. Stefan ließ sich dadurch nicht einschüchtern und die Fesselung wurde ‚rechtlich' angeordnet, sodaß die Verteidigung sich außerstande sah, den Prozeß unter diesen Umständen fortzuführen. Eine ordentliche Verteidigung war nicht mehr gewährleistet und die Verteidiger verließen den Raum, da
1. Ablehnung sämtlicher Anträge
2. Verodnung massiver Freiheitsstrafen von über 1 Monat als Ordnungsstrafen
3. Unmöglichkeit seiner eigenen Stellungnahme als Verteidigung
4. Fesselung während der Verhandlung und der Verteidigergespräche

Auch Stefan wollte diesen Schauprozeß durch seine Anwesenheit nicht länger unterstützen.

Am 2. Verhandlungstag waren die Plätze der Wahlverteidiger leer, als Stefan hereingeführt wurde. Er erklärte sofort, er werde an diesem Geisterprozeß ebenfalls nicht mehr teilnehmen und der Richter solle „dem Herold noch tiefer in den Arsch kriechen". Das brachte ihm wieder eine Woche Ordnungsstrafe ein. Stefan ließ sich jedoch nicht unterbrechen, worauf der Staatsanwalt Antrag auf Ausschluß stellte, der von dem Zwangsverteidiger unterstützt wurde. Die Verhandlung wurde für eine halbe Stunde unterbrochen.
Stefan wurde wieder hereingeführt, ging auf seinen Stuhl zu und sprang plötzlich auf den Tisch. Er hob die gefesselten Hände und rief ins Publikum: „Es leben die ETA,IRA,RAF, Brigade rosse und alle anderen antiimperialistischen Kämpfer!" Die Beamten zerrten ihn vom Tisch und zwangen ihn, den Ausführungen des Richters zuzuhören. Dann wurde er gewaltsam abgeführt. Dabei forderte er die Genossen auf, den Saal ebenfalls zu verlassen. Vermutlich lief dann der Prozeß nach den Wünschen der Staatsanwaltschaft, der Richter und des Zwangsverteidigers wie geplant ab.

Zur Unterstützung von Stefan Spendenkonto:
Postscheckkonto Köln BLZ 370 100 50
Nr. 979 39 - 504
Karl Heinz Waschnewski



„Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil . . ."

„49 STUNDEN IM KELLERLOCH"

ESSEN
26. SEPTEMBER

Die Anwältin Gisela Frederking schreibt über ihren Besuch bei Karl-Heinz Dellwo, der zu zweimal lebenslänglich verurteilt ist und in der JVA Ossendorf sitzt.

Karl-Heinz Dellwo befindet sich seit dem 21. 9. 1978 im Hunger- und Durststreik.

Am Donnerstag morgen, 21. 9. 78 hatte man ihm ohne Angaben von Gründen mitgeteilt, er werde vom Haus fünf nach Haus sechs verlegt. Nach der Freistunde, die Karl-Heinz Dellwo bis dahin mit anderen Gefangenen verbringen konnte, verlangte er seine sofortige Zurückverlegung. Dies wurde jedoch abgelehnt. Daraufhin begann Karl-Heinz Dellwo mit einem Hunger- und Durststreik.

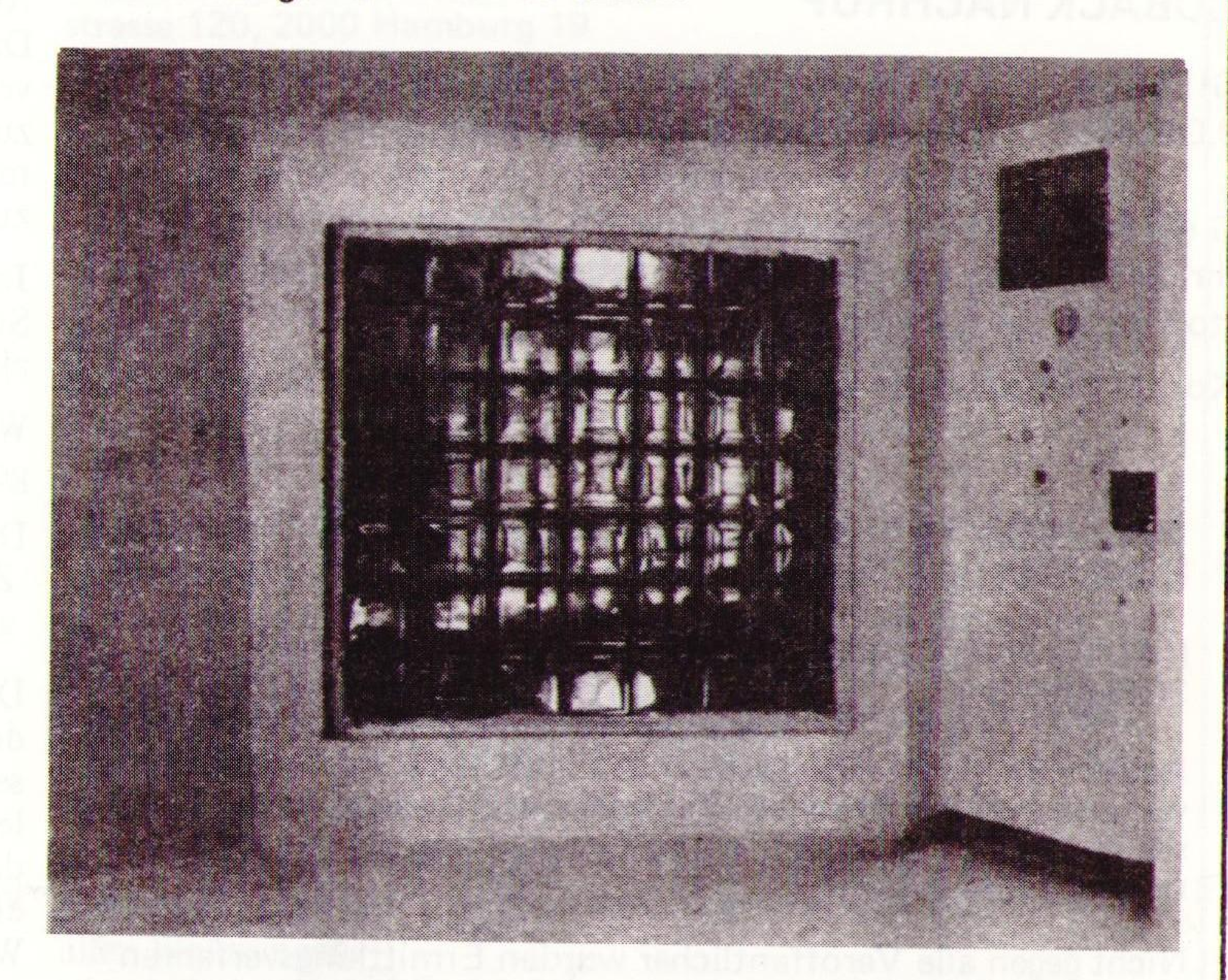
Am Freitag, 22. 9. 1978 wurde Karl-Heinz Dellwo mitgeteilt, der Hofgang finde nicht wie üblich mit anderen Gefangenen sondern einzeln statt. Auf seine Forderung, im diese Anordnung schriftlich vorzulegen, antworteten die Beamten sinngemäß mit der Bemerkung, er sei jetzt im Vollzug, da brauche man keine schriftlichen Verfügungen mehr. Karl-Heinz Dellwo wurde nun aufgefordert, sich für den Einzelhofgang umzuziehen (wohlgemerkt für den Einzelhofgang!). Als er dies verweigerte, weil er den Sinn dieser „Maßnahme" nicht einsah, wurde ihm mitgeteilt, der Hofgang finde nicht statt. Circa eine halbe Stunde später kamen erneut Beamte und forderten ihn auf, sich zur Zellenkontrolle umzuziehen. Karl-Heinz Dellwo weigerte sich erneut. Daraufhin wurde er von mehreren Beamten getreten und geschlagen, ihm wurden die Kleider vom Leib gerissen und man schleppte ihn in eine Nachbarzelle. Am Samstag, 23. 9. 1978, wurde er bereits gegen 6.00 Uhr morgens gefragt, ob er die Einzelfreistunde antreten wolle. Karl-Heinz Dellwo lehnte dies erneut ab. Um ca. 8.00 Uhr wurde dann erneut eine Zellenkontrolle angeordnet. Karl-Heinz Dellwo lehnte es auch hier ab, sich zum Zwecke der Kontrolle umzuziehen. Daraufhin wurde er von mehreren Beamten bis auf Unterhemd und Unterhose ausgezogen und in den sogenannten Bunker geschleppt. Hierbei handelt es sich um eine besondere Zelle. die sich im Keller der Anstalt befindet. Der Keller hat keine Fenster, wird mit einer Fernsehkamera bewacht; Karl-Heinz Dellwo wurde dann auf eine auf dem Betonboden liegende Matte gelegt und mit den Händen an zwei in dem Boden verankerte Eisenringe gefesselt. Einer der Beamten tat sich bei dieser entwürdigenden Prozedur noch besonders hervor, indem er sich mit seinen Knien auf den Kopf und die Schultern von Karl-Heinz Dellwo fallen ließ.

In dieser Lage mußte Dellwo bis 9.00 morgens am 25. 9. 1978 – also insgesamt 49 Stunden – verbringen. Obwohl Karl-Heinz Dellwo sich ja im Hunger- und Durststreik befand und befindet, war lediglich am Sonntagmittag ein Arzt in die Zelle gekommen, um seinen Puls zu fühlen. Der Arzt stellt Karl-Heinz Dellwo keinerlei Fragen zu seinem Gesundheitszustand. Als Dellwo am 25. 9. 1978 gegen 9.00 Uhr aus der Zelle herausgeholt wurde, bekam er kaum noch Luft. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Zelle kaum entlüftet wird und Karl-Heinz Dellwo während der 49 Stunden gezwungen war, dreimal Wasser zu lassen, d. h. zu pinkeln. Auch das war ihm nur möglich, indem er sich, soweit es ging, auf die Seite drehte, um nicht in seinem eigenen Urin liegenzubleiben. Als man Karl-Heinz Dellwo nach 49 Stunden schließlich aus der Zelle herausholte, stank die ganze Zelle nach Urin und sein Kopf war bereits blaurot angelaufen.

Ebenfalls seit dem 25. 9. wird Karl-Heinz Dellwo der Zwangsernährung unterzogen.

Dies ist nicht das erste Mal, daß Karl-Heinz Dellwo in den Bunker gebracht wurde. Bereits am 15.3. 1978 hatte Dellwo es abgelehnt, sich der sinnlosen Prozedur des Umziehens zum Einzelhofgang zu unterwerfen. Auch damals wurde er von mehreren Beamten gewaltsam entkleidet und dann für etwa 20 Stunden in den Bunker gebracht.

Die jetzige Verlegung von Karl-Heinz Dellwo nach Haus 6 hat für ihn zur Folge, daß die gerade geknüpften menschlichen Kontakte zu anderen Mitgefangenen erneut abgebrochen sind. Offensichtlich soll die Integration des Gefangenen Karl-Heinz Dellwo in den Vollzug verhindert werden. Mit „Maßnahmen" diser Art soll offensichtlich der Wille des Gefangenen gebrochen werden, sich gegen sinnlose Anordnungen und schikanöse Behandlungen zur Wehr zu setzen.



Tradition: Die Hamburger Beruhigungszelle "Glocke" aus dem SPIEGEL schon 1967

In diesem Zusammenhang steht auch der Versuch, den Briefwechsel mit anderen Gefangenen, Freunden und Bekannten zu unterbinden, indem Briefe mit der Begründung nicht weitergeleitet werden, ihr Inhalt gefährde das Vollzugsziel. Ebenso wird beim Besuch von Bekannten und Freunden verfahren (Karl-Heinz Dellwo kann pro Monat eine halbe Stunde Besuch haben.) Der Besuch, der in Gegenwart mehrerer Beamter stattfindet, wird sofort abgebrochen, wenn z. B. und das ist nur ein Beispiel, das Thema Haftbedingungen angesprochen wird. Dies bedeutet praktisch, daß Karl-Heinz Dellwo verboten ist, in Briefen und gegenüber Besuchern sich und seine Haftsituation darzustellen.

Kontakt: Gisela Frederking, Christophstr. 1, Essen und ID

NORBERT FLESCHMANN IM HUNGERSTREIK

Bochum, 10.10.78

Von der Knastgruppe Ossendorf:

„Norbert Fleschmann ist seit dem 2. Oktober im Hungerstreik. Grund ist das Kontaktverbot zum Politischen Buchladen Bochum durch den Anstaltsleiter der JVA Bochum. Norbert erhebt folgende Forderungen:

Aufhebung des Kontaktverbotes, Aufhebung der Restriktionen, Herausnahme aus diesem Vollzug, Aushändigung der arretierten Bücher und Zeitschriften, Freigabe des Eigengeldes (dieses war mit dem Vermerk ‚zweckgebunden' geschickt worden und wurde zur Rücklage gebucht!).

Bitte unterstützt Norbert, der keine Kontakte nach draußen hat, schreibt an den Präsidenten des Vollzugsamtes, Merkerstr. 46, 4700 Hamm, und an Norbert Fleschmann, Krümmede 3, 4630 Bochum.

Kontakt: Knastgruppe Ossendorf, c/o Der andere Buchladen, Zülpicherstr. 197, 5000 Köln 41.

BUBACK NACHRUF

GIESSEN 9.Oktober

Weil in der Fachschaftzeitung für Biologie der Buback-Nachruf nachgedruck wurde, wird am 31.Oktober um 8.30 Uhr gegen die Studentin G ein Prozeß im Amtsgericht zelebriert. Vorgeworfen wird ihr die Billigung von Straftaten, Staatsverleumdung und Verstoß gegen das Pressegesetz.

Kontakt: **Allgemeiner Studentenausschuß**

PROZESS UM BUBACK–NACHRUF IN KAISERSLAUTERN

KAISERSLAUTERN 30.September

Am 16.Oktober findet endlich der schon einmal auf den 19.Juni festgelegte Prozeß gegen die vier Redakteure der Kaiserslauterer Studentenzeitung WAMPF vor dem Landgericht statt. Sie stehen vor Gericht, weil sie im Mai 77 den Göttinger Artikel „Buback- ein Nachruf" nachgedruckt haben.

Nicht gegen alle Veröffentlicher wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die K'lauterer Staatsanwaltschaft jedoch schaltete sich ein und hat voll hingelangt:
Bei der Durchsuchung der Redaktionsräume wurden einige Demonstranten zusammengeknüppelt, die demnächst wegen Landfriedensbruch u.a. vor Gericht stehen werden.
Wie unsinnig diese Durchsuchung - drei Wochen nach Erscheinen der Zeitung - war, zeigt die Beute von 4 (!) beschlagnahmten Exemplaren.

Anklage (Gerüchten und Presseberichten zufolge):
Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht, Verstoß gegen das Pressegesetz. Denkbar ist aber auch: §140 (Billigung von Straftaten), §130 (Volksverhetzung), § 90a (Verunglimpfung der BRD).

Zu den Geschehnissen bei uns sind eine Dokumentation (DM 1,50 in Briefmarken) und ein Info zu haben bei: WAMPF - Redaktion c/o AStA der Uni, Postfach 3049, 6750 Kaiserslautern.

Spenden nehmen wir auch: Konto Nr. 116 006 420 Stadtsparkasse Kaiserslautern.

Prozess: am 16. + 17. Oktober um 9 Uhr im Gebäude des Amtsgerichts, Lauterstr. 2, Kaiserslautern

Am 16.Oktober soll abends eine Veranstaltung mit den Anwälten , einem Göttinger Veröffentlicher und dem einen oder anderen Prof aus Berlin oder sonstwo stattfinden. An Gesang und Gesöff soll es auch nicht fehlen. Das Ganze läuft an der Uni irgendwo (keine Angst, is nich roß).

Wer „Bulle" sagt, muß aufpassen

PROZESS GEGEN DIE KARLSRUHER STADT–ZEITUNG

KARLSRUHE 12. Oktober 78

Weil in einem Artikel der Karlsruher Stadtzeitung das Wort „Bulle" verwendet wurde, hat der ehemals verantwortliche Redakteur der Zeitung nun ein Verfahren am Hals. Wir veröffentlichen hier ein Flugblatt der Stadtzeitungsredaktion und erinnern in diesem Zusammenhang an eine Abmachung der Alternativpresse, die lautet: ÜBER VERFAHREN GEGEN DIE ALTERNATIVPRESSE BERICHTEN WAS DAS ZEUG HÄLT. Entweder den inkriminierten Artikel nachdrucken, oder aber so ausführlich als möglich informieren, oder beides.

des flics - d'schmier - the cops - i bullotti - die bullen - los bullos

WIE DER STAAT DEM VOLK AUFS MAUL SCHAUT UND DANN DRAUFHAUT ! !

Die Karlsruher Stadtzeitung hat einen Prozeß (bekommen).

Die Karlsruher Stadtzeitung soll kaputt gemacht werden.

In der Nummer 5 der Karlsruher Stadtzeitung (KSZ) war ein Artikel über eine Razzia in der Kneipe „Krokodil" abgedruckt. Dabei kam's zu ner Prügelei und ein paar Leute wurden auch verhaftet. Ein getroffener brachte dann seine „Impressionen" zu Papier. Wir wußten zunächst auch nicht so recht, wen er da meinte, auf jeden Fall beharrte er darauf, daß er es mit Bullen zu tun gehabt habe.

Jetzt bekam der damals presserechtlich Verantwortliche einen Strafbefehl über 600 Mark (40 Tagessätze, weil die an der Razzia beteiligten Polizisten sich deswegen beleidigt fühlen).

Wir meinen: Hier gehts nicht um Beleidigung, das ist nur vorgeschoben.

Die haben gesehen: In Karlsruhe tut sich was, da gibts eine Zeitung, die Gegenöffentlichkeit herstellen will, offiziell Totgeschwiegenes bekanntmacht.

Die haben überlegt: Denen würgen wir mal eine rein, dann werden wir schon sehen, was dahintersteckt. Ob das nur fünf Hanseln sind, die sich wieder verkriechen, wenn sie 600 Mark zahlen müssen – oder ob die KSZ eine Basis hat, die zu ihr steht, dann ist sie umso gefährlicher. (An dieser Stelle wollen wir energisch dementieren, daß es sich dabei um einen Werbegag der KSZ handelt.) Also fühlten sich die eingangs Erwähnten beleidigt und der Staatsanwalt konnte zur Tat schreiten!

Wir meinen: soll er kommen. Nicht weil wir die Illusion haben, daß ein unabhängiger Richter uns „Recht" gibt und die an der Razzia beteiligten „Gottstehunsbei" wegen repressiven Verhaltens gegens Volk verdonnert, wahrscheinlich wird er nicht mal mit dem Strafmaß heruntergehen.

Wir denken: Diese Anzeige ist erst der Anfang – wir wollen diese günstige Gelegenheit benutzen, um klarzumachen:

– wie soll Gegenöffentlichkeit kaputtgemacht werden und wie wehren wir uns dagegen.
– erstmal wie bei uns versuchen sie Projekte von Gegenmacht, Gegeninformation finanziell zu treffen, um das Erscheinen der Zeitung unmöglich zu machen. Wenn das nicht klappt, gehen sie weiter: In Berlin saßen die Drucker des Info-Bug ein Jahr im Knast, in Stuttgart wurden bei der Fantasia Druckerei die Druckmaschinen beschlagnahmt. Daraus schließen wir: OFFENSIVE HEISST DIE DEVISE
– welche Funktion kommt dabei der Justiz zu: die KSZ wird nicht mehr wie im Dritten Reich wegen kommunistischer Umtriebe verboten, sondern die drehen uns was „Formaljuristisches" rein – das heißt: die politischen Inhalte raushalten.

Kommt alle zum Prozeß am **24.10.78 um 8.30 im Amtsgericht Karlsruhe, Waldstraße.** Abends wollen wir das Urteil mit Veranstaltung und Fest in der Werkstatt 68, Fliederplatz, gebührend feiern. Checkpoint Charlie spielt. Die Kohlen sind für die Prozeßkosten.

Schickt uns massenhaft Material (Ernsthaftes, Comics, Grundsatzurteile...) zum Thema „Bullen" und Angriff auf Gegenprojekte.

Druckt das Flugblatt ab und setzt euch mit uns in den Prozeß rein.

Kontaktadresse: Karlsruher Stadtzeitung, 75 Karlsruhe, Postfach 3644 (achtung: neue Postfachnummer)

RADIO JESSICA – GEDULD ! GEDULD !

HEIDELBERG
11. Oktober 78

Nachdem Ihr am 10. und 17. September unsere Nullsendung vernahmt, trat die große Funkstille ein. Zwei Sonntage wühlten wir in den Dioden und Transistoren, jetzt am 8.10. sollte es wieder losgehen. Aber so ist das mit der 'alternativen' Technik: wenn du denkst, jetzt funkt's, dann knallt's und dir stinkt's!

O.K.! Vorläufige Sendepause bis erneute Ankündigung erfolgt. Solange könnt ihr, die direkten Hörer im Raum Heidelberg, mal überlegen, was ihr fürs Programm tun könnt, z.B. fertigbespielte Bänder an **Carlo Sponti, Ladenburgstr. 82, 69 Heidelberg** schicken. – Übrigens, im neuesten Carlo ist ein Interfief mit uns drinn.

RADIO JESSICA – UKW 102

Terroristen mit Geheimsender

ur. **Heidelberg,** 23. Sept.

Die Polizei rechnet damit, daß Terroristen von morgen an über einen fahrbaren Schwarzsender (UKW) verschlüsselte Nachrichten und Aufrufe senden werden. Die fahrbare Station wird im Großraum Heidelberg vermutet.

„DER KAMPF BEGINNT, ROTFRONT VERRECKE !"

HAMBURG
1. Oktober

Pressemitteilung der Rechtsanwälte Groenewold, Köncke und Rogge:

"Am Freitag, den 29. September 1978, erhielt unser Mandant Thomas Koch eine schriftliche Morddrohung der "NSDAP AO". Thomas Koch ist einer der 8 Angeklagten im Hamburger Antifaschistenprozess, der zur Zeit vor der Großen Strafkammer 14 des Landgerichts Hamburg verhandelt wird. Den 8 Angeklagten wird schwerer Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt etc. vorgeworfen, weil sie im August 1976 gegen den von der NPD organisierten "Kongreß der nationalen Kräfte Europas" demonstriert hatten. In dem mit Hakenkreuzen dekorierten und mit "HEIL HITLER! SA Gau Hamburg" unterschriebenen Brief an Thomas Koch heißt es u.a.:

"Falls die roten Schweine vor Gericht freigesprochen werden, greifen unsere SA-Kameraden eben zur Selbsthilfe wie 1933! Denkt bloß nicht, wir Nationalsozialisten seien unvorbereitet, schon heute stehen hunderte ausgebildeter Parteigenossen Gewehr bei Fuß!

Der Brief endet:

"Der Kampf beginnt, Rotfront verrecke!
Es wird Tote geben!
Als erster bist du dran, Thomas Koch!"

Im Auftrag von Thomas Koch haben wir bei der Staatsanwaltschaft Hamburg Strafanzeige wegen Bedrohung mit einem Verbrechen (§ 241 StGB) erstattet.
Angeklagte und Verteidiger werden außerdem am nächsten Verhandlungstag (3. Oktober, 9 Uhr) zu der Morddrohung gegen die Angeklagten Stellung nehmen.
Der zitierte Brief sowie der Überfall der Faschisten auf einen Informationsstand der BUU am letzten Wochenende, bei dem mehrere Personen verletzt wurden, zeigt erneut, wie berechtigt das Anliegen der Angeklagten war, bereits 1976 gegen die Neuorganisation faschistischer Kräfte zu demonstrieren. Ebenso wird dadurch die Absurdität des laufenden Prozesses deutlich, in dem die Angeklagten gerade wegen ihres berechtigten Widerstandes verfolgt und der Gefahr der Bestrafung ausgesetzt werden.

Kontakt: Rechtsanwälte Groenewolt/Köncke/Rogge, Osterstrasse 120, 2000 Hamburg 19

HAUSDURCHSUCHUNG IN BOCHUM

BOCHUM
10. Oktober 78

Von der Mieterversammlung des Hauses Girondelle 6 erreichte uns diese Presseerklärung:

„Am Donnerstag, dem 28. September, betraten vier Herren, zwei in zivil, zwei in Uniform mit Maschinenpistolen, das Haus Girondelle 6. Da ein Schlüssel in der Wohnungstür der ersten Wohnung steckte – es wurden dort Freunde erwartet –, gelangten die Polizisten unaufgefordert in die Wohnung, fragten einen der Bewohner nach dem Hausmeister und ließen sich den Personalausweis zeigen. Dann gingen sie zur nächsten Wohnung, schellten dort und warfen den Bewohnern vor: „Sie sind nicht polizeilich gemeldet". In ähnlicher Weise verfuhren sie in fast allen Wohnungen.
Wir als Betroffene meinen:

1. Die Polizeiaktion war nicht rechtmäßig. Für eine allgemeine Überprüfung des Wohnblocks reicht eine solch fadenscheinige Begründung, wie sie die Polizisten vorbrachten (Überprüfung der polizeilichen Meldung), nicht aus.
2. Die Überprüfung der Meldung läßt sich, insbesondere bei einem Zweitwohnsitz, nicht unbedingt an Hand eines Passes oder Personalausweises überprüfen. Nach Meldebescheinigungen wurde überhaupt nicht gefragt. Zudem ist die Erfragung der Anmeldung mit vorgehaltener Maschinenpistole unverhältnismäßig in der Wahl der Mittel, und obendrein gefährlich für uns Bewohner.

Wir sind über solche Aktionen erschreckt und empört ! Unter solchen Vorwänden wird die Terrorismusbekämpfung auf ganze Wohnblocks ausgedehnt, um so auf diese Weise ein Klima der Verunsicherung unter den Bewohnern des Hauses und der Nachbarschaft zu erzeugen. Wir lassen uns dorch solche Praktiken nicht einschüchtern! Wir halten es für nötig, auf solche Methoden hinzuweisen und Ausmaß und Zweck der „Terroristenbekämpfung" aufzuzeigen.

Kontakt: Mieterversammlung Girondelle 6, Volker Huft, Almuth Riedel, Girondelle 6, 4630 Bochum."

BESETZTES HAUS IN HANNOVER GERÄUMT

HANNOVER
28.September

Anfang September hat die „Initiative zur Rettung und Erhaltung von billigem Wohnraum und alten Häusern" (Iniret) in Hannover-Linden in der Stärkestraße 20 ein Haus besetzt, um es vor dem Abriß zu bewahren. Am 27.September hat die Initiative ihre Besetzung abgebrochen. In einem Flugblatt erklärt sie warum:

„Gestern wurden wir von der Stadt vor die Wahl gestellt, entweder das Haus freiwillig zu verlassen oder uns mit Polizeigewalt räumen zu lassen. Wir beschlossen freiwillig zu gehen, weil wir Angst vor der Polizei hatten. Angst deshalb, da vergangenen Sonntag in Dortmund ein Polizist erschossen und einer schwer verletzt wurde. Und die Polizei zur Zeit mit einem wahnsinnigen Haß auf alles, was kritisch dem Zeitgeschehen gegenübersteht, durch die Gegend fährt. So bestand für uns die konkrete Gefahr, daß wir brutal geräumt würden und auf dem Revier, unter Ausschluß der öffentlichkeit, zusammengeschlagen worden wären. Dies ist ja auch bei der Hausbesetzung in Hamburg am 1.Mai geschehen. Dort wurden Leute, egal ob Mann oder Frau, die waffenlos mit erhobenen Händen dastanden, brutal von der Polizei zusammengeschlagen und einige Besetzer, darunter eine Frau, aus dem ersten Stock aus dem Fenster gestürzt. So verließen wir also freiwillig das Haus, nicht ohne es vorher vollkommen zu verbarrikadieren und an der Hausflurwand zu schreiben: „Herzlich Willkommen, liebe Polizisten! Leider machen wir Betriebsferien. Bis bald." und: „Mach doch auch mal Urlaub!"
Nach den wenigen Informationen, die wir haben, wurde heute morgen gegen 6 Uhr das Haus von Bereitschaftspolizei gestürmt. (Die müssen ja ganz schön blöd aus der Wäsche geschaut haben...)
Na ja, wir kämpfen weiter gegen die Vernichtung von billigem Wohnraum und den Abriß von alten Häusern.
Bis bald, Initiative zur Rettung und Erhaltung von billigem Wohnraum und alten Häusern

----Iniret - Hannover ----

Hier noch ein Brief aus Hannover mit ein paar Details:

„Liebe Freunde!

Zur Aktion Stärkestr. 20: Wir sind rausgegangen und haben die Polizisten total verarscht. Sämtliche Zugänge im Erdgeschoß wurden von uns total verbarrikadiert. Auf die Treppe im 1. Stock legten wir alle zwei Stufen ein herrliches Nagelbrett. Die oberen Stufen wurden mit Tapetenkleister eingeseift. Über die Treppe wurde ne Tür gelegt, die an einer Ecke abkippen konnte, gestützt durch einen dünnen Stock (war ne sehr wackelige Angelegenheit). Auf die Tür kamen große Schüsseln und Eimer mit Wasser...

An der Hauswand stand: ‚Wir bleiben drin!' An die Fenster im ersten Stock stellten wir Eisengitter. Alles sah so aus, als würden wir es auf eine Belagerung ankommen lassen. Naja, die Polizisten stürmten das Haus, kriegten ne schöne Dusche ab (der ganze Hausflur und die Treppen waren überschwemmt) und machten nur noch ganz blöde Gesichter, fühlten sich wohl total verulkt (hi,hi)..."

Noch was zur Heisenstr. 31 in Hannover:

Das Haus Heisenstr. 31 war ebenfalls besetzt und wurde am 5. September 78 geräumt. Die Hinterhäuser waren zum Abriß freigegeben, während die Fassade des Vorderhauses unter Denkmalsschutz steht und das Haus deshalb nicht abgerissen werden darf (siehe ID 246 und 247).

EIN BRIEF VON EINEM DER HANNOVERANER HAUSBESETZER

HANNOVER
2. Oktober

Der folgende Brief von einem Hannoveraner Hausbesetzer ging an das ‚Bremer Info Unauffindbarer Gruppen' und ist dort auch in der Nummer 27 abgedruckt. Trotz einiger Versuche war von uns nicht rauszukriegen, was das für ein ‚Erfahrungsbericht vom 7.9.78' ist, auf den sich der Brief oder zumindest der Anfang bezieht. Übrigens ist INIRET der Name, den sich die Gruppe in Hannover gegeben hat und heißt: Initiative zur Rettung und Erhaltung von billigem Wohnraum und alten Häusern.

Liebe Freunde! Betrifft unseren Erfahrungsbericht vom 7. September 78. Ihr schreibt da:„Bevor ich androhe, einen Mollie in die Scene zu schmeissen, würde ich mich erst mal fragen, ob ich schon mal einen auf die Gegenseite geworfen habe. Solange das nämlich nicht läuft, sind die Artikelschreiber für mich ebenso Sprücheklopfer." Also erstmal; Du schreibst von 'ner Drohung. Das stimmt aber nicht. Es ist lediglich ein langsam heranwachsender Wunsch, der aus dem Haß heraufkeimt. (Ist auch sooo wörtlich nicht zu nehmen!) Es ist unheimlich dufte, daß ihr diesen betreffenden Artikel abgedruckt habt. Als einzige Zeitung! Läßt auf vieles schließen. Der Brief wurde von uns in der ersten Wut geschrieben.

Dieser Haß ist ganz langsam entstanden. Aus unseren Erfahrungen als Gruppe und als einzelne Personen. (Wir schreiben jetzt in unserer Eigenschaft als die letzten Überlebenden der Iniret). Mensch fährt mit Klampfe und Schlafsack, durch die Lande. Mensch kommt in eine neue Stadt, wo mensch keinen kennt. Nun was tun, wo finde ich'n Poofplatz, wo lern ich Leute kennen, die ungefähr die gleichen Ideen haben wie ich? Mensch geht also in 'ne Sponti-Pinte. Und da fängt's schon an: Mensch ist fremd hier und bleibt es. Setzt dich hin und süffelst 'n Bierchen. Wenn 'de nicht von dir aus auf die Leute zugehst, bleibste allein. Nimmst also Kontakt auf und fragst die Leute nach 'nem Poofplatz. Als Antwort kriegste von den Anarcho-Sternträgern zu hören: Äh, ja, drucks, hm, wir haben leider keine Matratze mehr frei! u.ä. Und das dann tausendmal am Abend egal ob München, Berlin, Hamburg, Frankfurt oder Saarbrücken; s' sind überall die gleichen die dich belügen und betrügen.

Also, wir ham das schon tausendmal erlebt und mitgemacht gerade in der Sponti-Linken. Die meisten von denen kieken uns eh von oben herab an. Und das nur weil wir (als herumschweifende Stadtindianer) bunt,ausgeflippt, dreckig, zerissen, herabgekommen etc. aussehen. Oder: Du malst dich bunt an, AKW-nee-Sonne oder anders, bist gut drauf, willst'n bißchen action bringen, gehst dann in 'ne Sponti-Kneipe und bringst da 'n bißchen Stimmung rein. Die Leute starren dich dann wegen deiner (Kriegs-) Bemalungen ganz entsetzt an, als kämste vom Mars. Wirst dann noch von denen ganz blöd angemacht. (Das ist uns schon unheimlich oft passiert!) Wir haben uns dann oft auch ganz ruhig in so ne Pinte reingesetzt und beobachtet. Die Leute erzählen sich unheimlich viel von Solidarität (was wohl die wenigsten wissen was das ist) gemeinsamer Kampf, gleiche Interessen, Unterdrückung usw.,da werden wahnsinnig viele Mollies gebaut, Bullen erschossen, Bonzen entführt, alles verbal natürlich! Nebenbei wird unheimlich viel gesoffen, aber jeder für sich allein oder in 2er oder 3er Grüppchen. Große Gruppen entstehen ganz selten, die dann zusammen reden, trinken, singen...

Viele Leute, die von sich aus nicht in der Lage sind, fremde Leute anzusprechen, stehen den ganzen Abend allein an der Theke. Cliquen sind zu, da kommste unheimlich schwer rein. Also kurz gesagt, hier herrscht der totale Konsum (wie vielerorts). Alleinsein, Angst vor den anderen usw. OK, ist unheimlich schwer das alles abzubauen. Aber diese verdammten Sprücheklopfereien dabei, die total hochgeschraubten Ansprüche und Selbstverständnisse etc. Die wenigsten LEBEN das was sie sagen. Das kotzt einen wahnsinnig an. Wir waren 'n halbes Jahr jetzt auf der Achse, quer durch die BRD und überall das Gleiche, Scheisse, wo wir waren, wir wollten irgendwie was machen, letzten Endes standen wir dann immer alleine da, Keiner ließ sich antörnen, keiner machte mit, aber alles blieb bei den Verbalwichsereien. Es geht aber noch weiter: da ist 'ne AKW-NEE-Demo, Tausende stehn am Bauzaun und schaun zu, wie einige wenige (konsequente) zusammengeprügelt werden (Malville, Brokdorf, Grohnde). Alles unter dem Motto: Solidarität, gemeinsamer Kampf, wichs, wichs, wichs . . .
Oder: als wir (Iniret) an dem einen Samstag das Haus in der Stärkestr. 20 besetzen wollten, sagten wir vorher, so gegen 17.00 in der Kornstr. bescheid. Wir kriegten da zu hören von Leuten, die 'nen schwarzen Stern trugen „Was Hausbesetzung? interessiert uns nicht, heute ist fete, heute wird gesoffen und gefeiert!" Von denen ließ sich dann auch die ganze Zeit der Besetzung keiner sehen. (OK, Flugblätter konnten wir bei denen drucken, Papier und Matrizen brachten wir selber mit). Überhaupt ließen sich nur unheimlich wenige Leute sehen. Wir kriegten kaum aktive Unterstützung und die hätten wir sehr, sehr notwendig gehabt!
Und das passiert einem dann überall. Aus dieser Situation ist dann der Brief vom 7. 9. 78 entstanden. Scheiß Passivität in der scene.
Jetzt ist wieder Ruhe im Häuserkampf in Hannover, die Gruppe ist auseinander und wir sind die letzten Überlebenden von Iniret, Iniret lebt aber weiter in Hannover und Dortmund. Wir machen weiter und lassen auch wieder von uns hören!
Ihr seid übrigens die einzige Zeitung, die den Erfahrungsbericht gebracht haben, vom ID und Pflasterstrand und anderen ist er unter den Teppich gekehrt worden. Ein dicker Kuß also an euch. Wir bringen demnächst noch die gesammelten Erfahrungen von der Heisenstr. 31 und die Stärkestr. 21 (warum beide kaputtgegangen sind usw.)
Bis dahin mit vielen kämpferischen Grüßen an alle, die sich von dem ganzen Kompromisseschließen noch nicht impotent gemacht haben und in der Verbaltheoriescheiße steckengeblieben sind.

Iniret Hannover, die beiden letzten Überlebenden.
Heute ham sie den Peter erschossen, morgen sind wir dran, wehren wir uns — aber gemeinsam!

Kontakt: Arbeiterbuchladen, Rehbockstr. 3, 3 Hannover 1

DIE BILDZEITUNG WURDE BESCHLAGNAHMT

LÖRRACH 10. Oktober „Liebe Genossen, wir bitten um Veröffentlichung Des ewigen Lamentierens gegen die Bild-Zeitung müde, entschlossen wir uns zur direkten Aktion. So wurde vergangenen Samstag die gesamte Auflage der Bild-Zeitung für die Stadt Lörrach von uns beschlagnahmt. Selbstverständlich erheben wir keine Urheberrechte für unsere Aktion, so daß an vielen verschiedenen Orten die Bild-Zeitung verschwinden kann... Nie wieder Bild!"

Dieser Brief kam zusammen mit einer Zeitungscollage bei uns in der Redaktion an. Hier der Text der Collage. Die Collage selbst können wir wegen der schlechten Reproduktion (Fotokopie) nicht im Original wiedergeben.

TERROR UND JUBELN IN DEUTSCHLAND
Bild: Erst abgelehnt, jetzt ausgeliehen
Von Klaus Walter
Lörrachs Bürger riefen Worte wie diese:
FREUEN SIE SICH UND MACHEN SIE MIT!
nachdem sie gehört hatten, daß die Samstagsausgabe der Bild-Zeitung in Lörrach entliehen worden war.
„Dem Schrott, den Bild täglich verzapft, ist nun endlich einmal etwas entgegengesetzt worden. So sauer reagierten Lörracher Bürger auf das immer noch tägliche Erscheinen der Bild-Zeitung. Auch berühmte Persönlichkeiten wollten nichts Gutes an Bild finden. Ein unsinniger Vorwurf, der Bild und seinen großen Führer Springer niemals gemacht werden kann.
Denn wir von Bild machen geistige und praktische Terroristen vom Schlage eines Bölls fix und fertig. Oder nehmen wir uns die Terroristin Poensgen vor. Ohne Bild wür- das Terrormädchen heute noch in Ruhe leben. Ein Skandal!!! BILD kämpft für die Freiheit von uns allen. Helfen Sie mit, den linken Sumpf auszurotten. Freiheit für BILD!

P.S. Selbstverständlich wird am Montag Ihr BILD wieder erscheinen. Die Lörracher Polizei hat ihre schußkräftige Mitarbeit angekündigt.

Herzlicnst Ihr Klaus Walter

Eine der regionalen Zeitungen meldete:

Lörrach. In den frühen Morgenstunden des vergangenen Samstags wurden bei 25 Geschäften in der ganzen Stadt Lörrach die 3000 angelieferten „Bild"-Zeitungen gestohlen. Der Schaden beträgt 1000 Mark. An den jeweiligen Geschäften hinterließen die Beseitiger der Bildzeitungen Flugblätter, in denen die „Bild"-Zeitung angegriffen wird. Die Kriminalpolizei hat noch keinen konkreten Tatverdacht.



Der K(r)ampf geht weiter

Neues vom Frankfurter Abendgymnasium

FRANKFURT, 11. Oktober 1978

Nach der Einführung in die politische Problematik am Abendgymnasium Frankfurt (die Schule ist mittlerweile dreigeteilt und neuerdings geschlossen) im ID 249/50 jetzt der Fortsetzungsbericht der Abendgymnasiasten:

„Wie schon berichtet, sollten die von uns mit Hausverbot belegten Lehrer Preißler und Blömker unter Polizeischutz ihren Unterricht am 28.9.78 abhalten . Noch vor Ankunft der beiden Lehrer (16 Uhr) fanden sich bereits um 14 Uhr einige Reporter von Frankfurter Zeitungen in der Schule ein. Auf Befragen teilten sie uns mit, sie seien von der Stadt informiert worden, daß es heute ‚Putz' am AG gäbe. Aus der geplanten Konfrontation wurde leider nichts, stattdessen wurden Preißler und Blömker, sie kamen in Begleitung von ca. 20 Herren der Polizei in Freizeitkleidung, mit großem Hallo und viel Konfetti empfangen. Am gleichen Nachmittag verteilte die Schulleitung Flugblätter, in denen sie aufforderte, ‚von rechtswidrigen Aktionen Abstand zu nehmen', ansonsten müsse ‚mit einer Schließung des Unterrichts am Abendgymnasium I... gerechnet werden.'

Aussperrung!

Am Freitag beschlossen wir durch Urabstimmung für unsere Forderungen, die der Griesheimer und der Vorkurse zu streiken (unter anderem: eine gemeinsame Schule für alle Abendgymnasiasten, Polizei raus aus der Schule...).

Als am Montag (2.10.) Schüler und Lehrer gegen 14 Uhr zum regulären Unterricht erschienen, standen sie bei der Elisabethen- und Fürstenbergerschule vor verschlossenen Toren. Auf abgezogenen DIN A 4 Blättern wurde an den Türen lapidar und ohne Begründung mitgeteilt, daß das AG bis auf weiteres geschlossen sei. Die Tagesschüler mußten schon um 12 Uhr ihren Unterricht verlassen, die Nachmittagskurse wurden ersatzlos gestrichen. Stattdessen besetzten Uniformierte mit drei Mannschaftswagen den Schulhof. Beamte in Zivil, ausgerüstet mit Video-Kamera und Fotoapperaten, postierten sich inner- und außerhalb des Schulgebäudes. Nachdem sie ihren ersten Schock überwunden hatten, zogen sich die Lehrer zur Beratung zurück, die Schüler trafen sich zu einer Vollversammlung im Uni-KOZ. Nach längerer Diskussion bildeten sich Arbeitsgruppen zur Vorbereitung von Demo, Flugblättern, Unterricht in der B-Ebene (Einkaufszone in der Innenstadt) und anderem. Seit diesem Zeitpunkt finden täglich Treffen der Aktionsgruppen im Uni-KOZ statt. (KOZ = Kommunikationszentrum)

Spaltung a la Mihm (Mihm ist Schuldezernent in Frankfurt)

Am Dienstag (3.10.) wird eine Vollversammlung am AG II (Nebenstelle Griesheim) durchgeführt. Hier zeigt sich zum ersten Mal ein Erfolg der Mihm'schen Spaltungstaktik. Durch fehlende Integration ins AG I, sowie unter dem Eindruck der durch Polizeieinsatz verhinderten Vorkursbetreuung, gelingt es nicht, alle Schüler zur Diskussion und Abstimmung (natürlich nur AG IIler stimmberechtigt) zu bewegen. Von den vier Klassen weigern sich 2 komplett die Vollversammlung zu besuchen und fordern den Unterricht. Ein Unterricht wohlbemerkt, der von Lehrern ohne Erfahrung in Erwachsenenbildung durchgeführt wird; getreu nach dem Zuschnitt für Tagesgymnasien. Aus diesem Grunde konnte über einen eventuellen Streik ohnehin nicht entschieden werden. Mihm konnte also vor der Presse mit Genugtuung behaupten: „Der geregelte Unterricht am AG II ist wieder hergestellt."

Demonstration — Fest — Demonstration

Am Samstag, dem 7.Oktober war in der Frankfurter Innenstadt eine Abendgymnasium-Demonstration, an der sich nicht nur Frankfurter AGler beteiligten, sondern auch Leute



Demonstration am 7.10. in Frankfurt



Nachdem sie die Abendgymnasiasten ausgesperrt haben, spielen die Polizisten auf dem Schulhof.......

aus Isenburg, Darmstadt, Kassel und Wiesbaden. Wo der Rest der ca. 2000 Leute herkamen, weiß ich nicht. Bemerkenswert ist noch, daß auf der ganzen Demonstration kaum Polizisten zu sehen waren. Kurz vor der Elisabethen-Schule schossen sie wie Pilze aus dem Boden, schützten uns vor unserer Schule.
Am gleichen Abend trafen wir uns zu einem Fest in der Nordweststadt. Die Stimmung schwankte zwischen Freude darüber, daß wir alle zusammen waren und Trauer über das Ende unserer Schule: am Schluß wagte sich keiner nach Hause — „Wer jetzt geht, beerdigt die Schule."

Nachdem wir uns am Dienstag, den 11.10. wie üblich um 14.00 Uhr vor (in) der Schule trafen und wieder unter Androhung eines Polizeieinsatzes rausgeekelt wurden, zogen wir spontan zum Römer

Frisch geklagt ist halb verschoben

Nach immer noch ausstehender Begründung der Schulschließung reichten am Mittwoch, den 4.Oktober über 100 Schüler des AG I eine Klage auf Anordnung zur Öffnung der Schule ein. Bevor sich Richter Stammler (CDU) für befangen erklärte, wurde dem Kultusminister Krollmann eine viertägige Frist zur Stellungnahme eingeräumt. Beim erneuten Gerichtstermin am 9.10. lag noch keine Stellungnahme vor. Nach richterlicher Rücksprache mit dem Kultusministerium wurde die Frist letztmalig um einen Tag verlängert. Inzwischen ist die Frist wiederum verschoben worden: Erst am Montag, den 16.10. wird das Gericht über die Anordnung entscheiden.

Hier wird erneut der Zeitdruck deutlich, unter dem das staatliche Schulamt und das Kultusministerium stehen, denen es bis heute noch nicht gelungen ist, den angekündigten Ersatzunterricht anzubieten. Nach dem wahlkampftaktischen Kraftakt der Schulschließung bestehen nun augenscheinlich Schwierigkeiten, die gesamte Aktion auf juristisch haltbare Füße zu stellen. Es wird rechtlich nicht genügen, zu versuchen, wie getan, uns in altbekannter Art und Weise in eine Gruppe von lernwilligen und nichtlernwilligen Schülern zu spalten.
Es wird Mihm und Krollmann nicht gelingen, die Studierenden des 2.Bildungsweges zu einer kritiklosen Herde von Ja-Sagern umzuerziehen.

Unter dem Eindruck der Verschleppungstaktik der staatlichen Stellen und der größtenteils unrecherchierten negativen Berichterstattung über das Abendgymnasium Frankfurt, seine Schüler und Lehrer in der Presse, haben wir uns entschlossen, einen Notunterricht in öffentlichen Gebäuden (Senckenberg-Museum, FAZ, Kirchen etc.) durchzuführen. So dürfte auch der Vorwurf der Lehr- und Lernunwilligkeit (Mihm: leistungsscheues Gesindel — wo haben wir denn das schon mal gehört?) ad absurdum geführt sein. Den unwahren Behauptungen von der Unmöglichkeit der Durchführung des Unterrichts am AG dürfte somit der Boden entzogen sein.
Wir wollen nicht versäumen, in diesem Zusammenhang auf die hervorragende Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) hinzuweisen, die am Abendgymnasium gar die Keimzellen des Terrorismus ortete.

BOCHUMER OBDACHLOSENARBEIT DURCH HAUSVERBOT BEHINDERT

BOCHUM
September 78

Von Gero Beust, der seit 5 Jahren in den Obdachlosensiedlungen Bochums arbeitet und Mitglied des Vereins 'Elterninitiative Bochum Nord' (einer Selbsthilfeorganisation von Obdachlosen) ist, kommen folgende Informationen, teilweise sind sie auch Flugblättern entnommen.

Wußten Sie schon, daß ...

offziell ca. 2000 Bochumer ohne Mietvertrag in sog. Wohnunterkünften leben müssen, weil für Kinderreiche in Bochum zu wenig preisgünstige Wohnungen zur Verfügung stehen;

Familien z.B. über 20 Jahren als sog. Obdachlose leben;

viele Bewohner Vorurteilen ausgesetzt sind und sie nur deshalb keine Arbeit oder Wohnung bekommen;

die Stadt Bochum diesen Personenkreis mit einer Benutzungsordnung vom Jahre 1960 diskriminiert, in der u.a. untersagt wird: Besuch länger als bis 22 Uhr zu haben, Haustiere zu halten, ein Gewerbe auszuüben. Bei Verstoß gegen die Benutzungsordnung kann die Stadt Bewohner in eine "primitive Unterkunft umsetzen";

jeder Person nur eine qm-Wohnfläche von 8 in Worten acht zur Verfügung gestellt werden braucht, weil sich in unserer Verfassung ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen nicht befindet;

die seit 1975 existierende Selbsthilfeorganisation 'Elterninitiative Bochum Nord' sich bisher vergeblich — trotz Presseberichten und Monitor-Sendung — um Gemeinschaftsräume in den beiden Unterkünften Zillertalstraße (über 700 Menschen) und Herzogstr. bemüht hat, weil das Ordnungsamt diese Forderung seit Jahren "für übertrieben" hält;

die jahrelange Sozialberatung dadurch behindert wird und dem Mitbegründer der Elternselbsthilfe-Initiative Gero Beust jetzt sogar ein Hausverbotsprozeß der Stadt Bochum droht.

Das Hausverbot gegen den ehemaligen Vorsitzenden des Vereins Elterninitative Nord wurde 1973 ausgesprochen; unter Berufung auf das Hausrecht der Stadt. Mehrere Veranstaltungen, die unter Mitwirkung von Gero Beust seitdem stattfanden, erachtet die Stadt anscheinend als nicht prozeßwürdig. Zur Begründung des Anfang September '78 eröffneten Prozesses wird Gero Beust vorgeworfen: zwei selbständige Handlungen begangen zu haben; d.h. an 2 Tagen im Januar 78 trotz Hausverbot die Unterkunft 'Zillertal' betreten zu haben. Die erste Verhandlung endete mit einem Freispruch, gegen den die Stadt Mitte September in die Berufung gegangen ist.

Elterninitiative Bochum Nord, Wibbelstr. 26, 4630 Bochum, Tel. 02327/13569

DER TOD DES GEFANGENEN GÜNTHER BRAUN UND DIE FOLGEN

NÜRNBERG
10. Oktober 1978

In Nürnberg versucht eine Aktionseinheit aufzuklären, unter welchen Umständen der Gefangene Günther Braun am 10. Februar 1978 im Untersuchungsgefängnis Nürnberg gestorben ist. Wie massiv die Behörden der Aktionseinheit in die Arbeit pfuschen, darüber geben die folgenden Dokumente Aufschluß.
Unter dem von der Aktionseinheit zusammengestellten Material befindet sich auch ein beschlagnahmtes Flugblatt. Dazu folgender Hinweis (nochmal): innerhalb der Alternativpresse gab es mal einen Beschluß, daß bedingungslos abgedruckt wird, was irgendwo der Zensur zum Opfer gefallen ist. Meines Wissens gilt er noch heute!

Ein Brief der Aktionseinheit „Günther Braun" (Humboldtstr. 85 Nürnberg):

„Liebe Freunde,

mit diesem Brief wollen wir Euch über die letzten Ereignisse im Zusammenhang mit der Aufklärung um den Tod des Gefangenen Günther Braun informieren.
Dabei berichten wir zuerst über die Unterdrückungsmaßnahmen seitens staatlicher Institutionen gegenüber Mitgliedern der Aktionseinheit. Andererseits berichten wir über Ergebnisse, die die Aufklärungstätigkeit der Aktionseinheit unseres Erachtens gehabt hat.

Wie Euch bekannt ist, richten sich bereits seit langem die Repressionen der Staatsanwaltschaft besonders gegen die Gefangenengruppe Nürnberg (Beschlagnahmung von Flugblättern und Bürodurchsuchung).
Am 7.9. wurde das Büro erneut durchsucht. Unter dem Vorwand, es würde wegen Parolensprühens ermittelt, wurden sämtliche Unterlagen über die Gefangenenarbeit, darunter auch alle Beweisstücke über Günther Braun „sichergestellt". Gleichzeitig wurden alle Anwesenden vorläufig festgenommen. Drei sitzen jetzt in U-Haft. Als Vorwand für diese Inhaftierung wird auf das beschlagnahmte Material zurückgegriffen. Gegen die gesamte Gefangenengruppe wird mit § 129a wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt. Wir sehen darin den Versuch staatlicher Institutionen – die beschlagnahmten Materialien liegen derzeit beim Landeskriminalamt (LKA) – , die weitere Aufklärung des Todes von Günther Braun zu unterdrücken.

Auf derselben Linie liegt auch die Beschlagnahmung eines Flugblatts der Aktionseinheit am 22.9.1978. In einer nachgereichten Beschlagnahmeverfügung wird dies so begründet, daß ein angeblicher Sinnzusammenhang mit vorsätzlichen Körperverletzungen durch Justizbeamte, die zum Tode geführt haben, behauptet würde. Wie aus den beigefügten Unterlagen klar hervorgeht, soll jede öffentliche Äußerung, die den Tod Günther Brauns in Zusammenhang stellt mit Verletzungen, die er im Gefängnis erhalten hat, als Verleumdung kriminalisiert werden. Gegen die Beschlagnahme wurde Beschwerde eingelegt.

Am 23.7. fand im Kommunikationszentrum eine Informationsveranstaltung der Aktionseinheit statt. Die Veranstaltung wurde von 100 Interessierten besucht, obwohl bis zuletzt die Stadt versucht hatte, die Räume zu verweigern. Zwei Tage vor der Veranstaltung war das Ermittlungsverfahren in der Sache Günther Braun von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Jetzt ist bekannt, daß doch gegen Ärzte wegen unterlassener Hilfeleistung weiter ermittelt wird. Außerdem sollen in den Aussagen der Justizvollzugsbeamten erhebliche Widersprüche zutage gekommen sein. Ein Ergebnis der Informationsarbeit ist auch das Zugeständnis der Staatsanwalt, einen Gutachter nach Wahl der Angehörigen Günther Brauns zusätzlich einzuschalten. Das medizinische Gutachten des Westberliner Gerichtsmediziners Grauland liegt dem Gericht vor.

Wenn Ihr Euch an den Mannheimer Gefängnisskandal erinnert, besonders an den Mord an dem Gefangenen Vast, so sind die Ähnlichkeiten unverkennbar. Nur durch die kontinuierliche Aufklärungsarbeit des Mannheimer Gefangenenrats, der sich durch keine Verfolgungsmaßnahme in seiner Tätigkeit einschüchtern ließ, konnte eineinhalb Jahre später der Mord an diesem Gefangenen nachgewiesen werden. Auch damals hatte Gericht und Staatsanwaltschaft die Ermittlungen schon eingestellt.

Wir sind der Meinung: Auch die Wahrheit über den Tod Günther Brauns wird Schritt für Schritt an Tageslicht kommen.

Das nächste Treffen der Aktionseinheit „Günther Braun" findet am 16. Oktober 1978 im „Sozialistischen Zentrum", Dallingerstr. 16, in Nürnberg statt.

Mit solidarischen Grüßen."

Das folgende Flugblatt wurde beschlagnahmt:

DER TOD GÜNTHER BRAUN'S MUSS AUFGEKLÄRT WERDEN !

Am 31.1.78 wurde Günther Braun vollkommen gesund in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Am 7.2. besuchte ihn seine Mutter und traf ihn dort mit lebensgefährlichen Verletzungen an. Am 10.2. verstarb Günther Braun laut Obduktionsbefund an einer „nicht feststellbaren Krankheit", die Symptome: ausgeschlagene Zähne, blaue Flecken am ganzen Körper und blutverschmiert. Am 14.2.78 wurde Günther Braun ohne Totenschein beerdigt. Bei der Beerdigung waren Kripobeamte anwesend.

Über den Tod Günther Brauns wurde am 23.8.78 in der Sendung „Bayernreport" berichtet. Anstaltsleiter Egner sowie Anstaltsarzt Dr. Bausewein sprachen von einem Haftkoller, Stuper (zweiter bis dritter von vieren der Bewußtlosigkeit) etc.. Daß selbst der Moderator dieser Sendung nach deren Aussagen daraus schloß, daß G. Braun an seiner „eigenen Boshaftigkeit gestorben sein müßte", gibt zu denken.

Daß er an der Boshaftigkeit der Bediensteten gestorben sein könnte, würde man wohl kaum wagen anzunehmen. Dr. Bausewein gibt an: „... er hätte zur fraglichen Zeit versucht, Günther Braun in der Intensivstation unterzubringen". Die damalig dort diensttuende Ärztin Frau Dr. Röhrig distanziert sich von der ganzen Angelegenheit.

Mittlerweile ist das Ermittlungsverfahren wegen Mordes eingestellt, stattdessen wird ein Ermittlungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung weitergeführt.

Dies ist kein Einzelfall: Tägliche Praxis in den Gefängnissen ist die Verweigerung ärztlicher Hilfe, Schikane gegen Gefangene und Quälereien.

Wir haben Zeugen für die Folterungen in Nürnberg.
Wir haben Zeugen für die Verletzung ärztlicher Pflichten.
Wir haben Zeugen für all die Schikanen, die das Nürnberger Zuchthaus in der letzten Zeit unter den Gefangenen berüchtigt und gefürchtet gemacht haben.

Am 7.9.78 wurden bei einer Hausdurchsuchung im Büro der Gefangenengruppe neben anderen Gegenständen und Unterlagen sämtliches Material zur Aufklärung des Todes Günther Brauns beschlagnahmt.

Die Aufklärung des Todes Günther Brauns soll damit durch die Justiz und ihre Helfer verhindert werden!

Wir fordern die sofortige Herausgabe aller Arbeitsunterlagen der Gefangenengruppe Nürnberg !!

Unterstützt unsere Forderungen zur Aufklärung des Todes Günther Brauns !!!

Freiheit für Monika Rudel und Karl-Heinz Kuhn !!!

Rote Hilfe, Antirepressionsarbeitskreis, KPD, KBW, Gefangenengruppe Schweinfurt, Gefangenengruppe Nürnberg.

V.i.S.d.P.: J. Kiermayr, Hornstr. 5, 85 Nürnberg.

Die Aktionseinheit veröffentlichte daraufhin folgende Pressemitteilung:

Ungeachtet politischer Differenzen erklärt die Aktionseinheit zur Aufklärung der Todesumstände Günther Brauns, zu der Verhaftung von Karl-Heinz Kuhn und Monika Rudel, zweier Mitglieder der Gefangenengruppe Nürnberg, folgendes:

a) Karl-Heinz Kuhn wurde nach offizieller Darstellung wegen des „Schmierens wirrer politischer Parolen" (Nürnberger Nachrichten vom 9.9.78) verhaftet. Eine wesentliche Parole, die ihm zur Last gelegt wird, ist: „Günther Braun im Zuchthaus Nürnberg ermordet". Wir halten daran fest, daß Günther Braun keines natürlichen Todes gestorben ist. Wir haben nicht die Absicht, wie die Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Nürnberg, durch die Einstellung von Ermittlungen die Aufklärung der wahren Todesumstände des Strafgefangenen Günther Braun zu verhindern, im Gegenteil: Wir werden mit allen Kräften an der Aufklärung arbeiten und uns weder durch Verhaftungen daran hindern, noch durch Zeitungsartikel und offizielle Verlautbarungen als „Menschen mit wirren politischen Vorstellungen" diffamieren lassen.

b) Das Vorgehen der Ermittlungsorgane gegen Karl-Heinz Kuhn und Monika Rudel (die für ihre Verhaftung angegebenen Gründe sind uns noch nicht bekannt) beweist, daß es eigentlich nicht um „Parolensprüherei" geht, sondern darum, die Aufklärungsarbeit zum Tode Günther Brauns zu unterbinden, sowie die Gefangenengruppe Nürnberg insgesamt zu kriminalisieren. Es wurden in den Räumen der Gefangenengruppe u.a. beschlagnahmt:

- sämtliche Unterlagen zum „Fall" Günther Braun
- sämtlicher Briefwechsel von und an Gefangene

Wir fordern:

- bedingungslose Aufklärung der Todesumstände von Günther Braun !
- Freilassung von Karl-Heinz Kuhn und Monika Rudel !
- Keine weitere Behinderung der politischen Arbeit der Gefangenengruppe Nürnberg !
- Herausgabe sämtlicher Unterlagen zum „Fall" Günther Braun!

Und das ist die Beschlagnahmeverfügung, die vom Ermittlungsrichter Hoffmann, Richter am Amtsgericht Nürnberg, nachgereicht wurde.

Beschluß

Die Beschlagnahme der Flugblätter „Der Tod Günther Brauns"

Die Beschlagnahme der Flugblätter „Der Tod Günther Braun's muß aufgeklärt werden" und der zwei handgeschriebenen Plakate mit der Überschrift „Der mysteriöse Tod des Gefangenen Günther Braun" wird bestätigt.

Gründe

Es liegen dringende Gründe für die Annahme vor, daß die Flugblätter und die handgeschriebenen Plakate eingezogen werden (§§ 74 d Abs. 1 S. 1, 11 Abs. 3 StGB). Auch die Plakate stellen eine Schrift im Sinne dieser Vorschriften dar (Dreher 37. Aufl., § 11 Rdnr. 41).

Sowohl die Flugblätter, herausgegeben vom Beschuldigten Kiermayr, als auch die Plakate, welche von den Beschuldigten Petter und Grehl verteilt bzw. öffentlich aufgestellt wurden, verstoßen wegen ihres Inhalts gegen §§ 185, 187 StGB.

Es soll in beiden Schriften nach dem Sinnzusammenhang zum Ausdruck gebracht werden, daß Günther Braun auf Grund vorsätzlicher körperlicher Mißhandlungen von Bediensteten der JVAen Nürnberg zu Tode gekommen ist, was nicht den Tatsachen entspricht. Außerdem wird in dem Flugblatt behauptet, die Justiz und ihre Helfer (Polizei) hätten sich zum Ziel gesetzt, die Aufklärung des Todes Günther Braun's zu verhindern, indem das diesbezügliche Aufklärungsmaterial der „Gefangenengruppe Nürnberg" beschlagnahmt worden sei.

Angewendete Vorschriften: §§ 16 Abs. 2 PressG, 111 b, e, m, n StPO, 74 d StGB.

Stempel und Unterschrift



DIE IG–METALL HAT VERLOREN

(ein bißchen, ziemlich viel, nicht genug...)

STUTTGART
3. Oktober 1978

Am 29. September wurde bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim zum zweiten Mal in diesem Jahr der Betriebsrat gewählt, nachdem die Fälschung der ersten Wahlen (1.300 Stimmen für die IG-Metall) mit viel Tam-Tam aufgeflogen war.

Die IG-Metall, noch kurz vor den Wahlen in ihrer Zeitung „Metall" äußerst zuversichtlich und böse gegen die oppositionelle Hoss/Mühleisen-Gruppe („Die IGM-Mannschaft wird sich beweisen"), hat die Wahl verloren. Zwar hält sie mit 15 Sitzen bei den Arbeitern und 9 bei den Angestellten noch immer die Mehrheit, aber sie hatte offensichtlich doch Schwierigkeiten, den Wahlbetrug zu verkaufen. (Siehe ID's 227, 229, 239 und 245) Das Ergebnis sieht so aus:

Wahl 1978 I (April)

IG Metall......... 7.649 Stimmen / 64,5 Prozent / 19 Sitze

Hoss/Mühleisen.... 3.204 Stimmen / 27,3 Prozent / 8 Sitze

Christl. Metallarbeiterverein (CMV) .... 2 Sitze

Bei den Angestellten:

IG-Metall.........	**2.872 Stimmen / 48,1 Prozent / 10 Sitze**
DAG..........	**1.019 Stimmen / 17,1 Prozent / 3 Sitze**
CDA........	**815 Stimmen / 13,6 Prozent / 2 Sitze**
Unabhängige Ang.Gruppe.....	**- - -**



Gewerkschaftsfreie... 1.265 Stimmen / 21,1 Prozent / 3 Sitze

Wahl 1978 II (September)

Arbeiter:

IG-Metall.........	**6.601 Stimmen / 52,3 Prozent / 15 Sitze**
Hoss/Mühleisen...	**4.952 Stimmen / 39,2 Prozent / 12 Sitze**
CMV...........	**1.070 Stimmen / 8,5 Prozent / 2 Sitze**

Und die Angestellten:

IG-Metall........	**3.282 Stimmen / 44,3 Prozent / 9 Sitze**
DAG.............	**1.376 Stimmen / 18,6 Prozent / 3 Sitze**
CDA.............	**1.042 Stimmen / 14,1 Prozent / 2 Sitze**
Unabh.Ang.Gruppe...	**842 Stimmen / 11,4 Prozent / 2 Sitze**
Gewerkschaftsfreie.....	**861 Stimmen / 11,6 Prozent / 2 Sitze**

Eine Broschüre mit dem Titel: „Was der Betriebsrat anders machen kann", in der die Hoss/Mühleisen-Gruppe erklärt, was sie machen will, gibt es für zwei Mark (inklusive Porto) bei: **plakat, Neckarstraße 178, 7000 Stuttgart 1.**

Der Rüstungsfilz

FRANKFURT 10. Oktober 1978 *Die „Filze" nehmen zu. (So nennt mensch heute Betriebsräte und Gewerkschafter, die mit ihren Konzernen an einem Strang ziehen. Früher nannte mensch solche Leute „gelbe" Gewerkschafter.) Daß viele Betriebsräte und Gewerkschaftsfürsten mit den Atomenergie-Konzernen an einem Strang ziehen, ist seit der Rede von Heinz Brandt in Itzehoe als Atomfilz bekannt.*

Kürzlich haben sich hohe Funktionäre der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten für gesteigerten Bierkonsum ausgesprochen — zwecks Erhaltung der Arbeitsplätze. Nichts gegen Bier — aber es kann alles mögliche sein. Zum Beispiel gibt es fast solange wie den Atomfilz auch den Rüstungsfilz.

Anfang September hat der „Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen" (AAwU) eine Stellungnahme zur „Verteidigungs"wirtschaft herausgebracht. Wir bringen hier Auszüge aus diesem Dokument. Wer es liest, sollte nicht nur auf den beispiellosen Zynismus achten — was könnte zum Beispiel „kontinuierliche Auslastung" in der Waffenproduktion mit einer Abrüstungspolitik zu tun haben? Achtet vor allem auch auf die politischen Konsequenzen, die in sehr zurückhaltender, staatsmännischer Manier angegeben sind: den Waffenexport erleichtern, auch in Spannungsgebiete und Nicht-Nato-Länder. Das heißt vor allem: Waffen in die Länder der Dritten Welt. Das dient dem schönen Ziel, Arbeitsplätze in Westdeutschland zu erhalten: „Changing the color of the corpses" — Leichen weißer Hautfarbe soll es in modernen Kriegen nicht mehr geben; das ist das Ziel der westlichen Militärs seit dem Ende des amerikanischen Vietnamkrieges.

Stellungnahme des „Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen" zu aktuellen Fragen der Verteidigungswirtschaft mit dem Ziel die Probleme der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland darzustellen und Vorschläge für eine kontinuierliche Auslastung zu machen.

Der AAwU wurde 1975 gegründet. Er setzt sich aus den Arbeitnehmervertretern zusammen, die überwiegend im wehrtechnischen Bereich tätig sind ...

Der Arbeitskreis repräsentiert unmittelbar 15.000 Arbeitnehmer, von denen seine Mitglieder als Arbeitnehmervertreter zur Wahrnehmung ihrer Interessen im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt worden sind. Er fühlt sich darüber hinaus mittelbar für rund 200.000 Arbeitnehmer diverser deutscher Unternehmen verantwortlich, die Zulieferer wehrtechnischer Betriebe sind...

Die vom Arbeitskreis vertretenen Arbeitnehmer haben, individuell betrachtet, keine Sorge um ihre Beschäftigung. Es handelt sich um Arbeitnehmer mit hoher Qualifikation. Keine andere Branche weist einen so überdurchschnittlich hohen Prozentsatz an Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen, Fachhochschulen und Meisterlehrgängen auf. Allesamt haben sie langjährige Erfahrungen im Umgang mit hochentwickelter Präzisionstechnik...

Zwar nicht unmittelbar, wohl aber mittelbar ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß die Berufsausübung nicht nur Gelderwerb zum Lebensunterhalt bedeutet, sondern auch innere Motivation... In der Tat ist zu beklagen, daß den Arbeitnehmern der Verteidigungswirtschaft von bestimmten politischen Kräften eine nur psychologisch deutbare, emotionale Feindschaft entgegengebracht wird, allein der vergleichbar, die der Polizei der Bundesrepublik Deutschland in ihrer anfänglichen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus zuteil wurde. Es wird unterstellt, daß Waffenproduktion der Vorwand für Agressionslust sei.

Die Selbstbeschränkung, die sich die Bundesrepublik Deutschland bei Beginn ihrer Bewaffnung verständlicherweise auferlegt hat, ist selbst bei erheblich gewandelter politischer Umwelt noch so strikt, daß sie als außergewöhnlich betrachtet werden muß: Mit Ausnahme von zwei neutralen Staaten erhält kein Nichtmitglied der NATO, von Ausnahmen und minimalen Quantitäten abgesehen, deutsche Waffen, auch wenn sein Verteidigungsziel mit dem der NATO übereinstimmt. Und es erhält kein Staat deutsche Waffen, der ähnliche schutzwürdige Ziele wie die Bundesrepublik Deutschland hat, die indessen von außen angezweifelt werden. Hier ist eine Revision im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft durchaus angebracht...

Es trifft sicher zu, daß in den Bereichen Flugzeug- und Panzerbau Aufträge garantiert sind. Ebenso trifft es aber zu, daß die Herstellung in den Bereichen Munition und Zünder rückläu-

fig ist. Und selbst wenn der Flugzeug- und Panzerbau, generell betrachtet, derzeit ohne gravierende Probleme ist, so ist damit nicht gesagt, daß auch die Zulieferindustrie ausgelastet ist, oder daß bei Losauslauf von Serien damit feststünde, was morgen produziert werden könnte.

Um die Existenz der deutschen Verteidigungswirtschaft langfristig zu sichern, was bedeutet: einerseits die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zu garantieren, andererseits die Vollbeschäftigung in diesem Industriezweig zu ermöglichen, regen wir an:

Die Bundesregierung möge ...

— Die Verkaufsbemühungen der Wirtschaft beim Waffenexport nachhaltig unterstützen;
— Die Restriktionen beim Export von Waffensystemen an



Nicht-Nato-Mitglieder überdenken, soweit es sich um Staaten handelt, die mit der Bundesrepublik befreundet sind.

Um politisch-böslicher Ausnutzung vorzubeugen: Mit seiner Stellungnahme setzt sich der Arbeitskreis nicht für eine Expansion der Verteidigungswirtschaft ein, sondern lediglich für die Bewahrung der vorhandenen Kapazitäten...

Die Enthaltsamkeit unserer Bundesregierung im Exportgeschäft für Waffen, Munition und sonstige Geräte, haben unsere NATO-Freunde gerne bejaht und dabei ihr Geschäft gemacht...

Der Begriff ‚Spannungsgebiete' (in die z.Zt. offiziell keine Waffen exportiert werden dürfen — ID) muß überlegt und aufgelockert werden.

Der Export sollte nicht reglementiert werden, sondern auf eine vernünftige politische und wirtschaftliche Basis — unter Berücksichtigung von Forschung und Entwicklung — gestellt werden.

AAwU-Sprecher:
Thyssen-Henschel-Kassel: Kurt Fischer (verantwortlich); Karl Weber.
Diehl (Wehrtechnik, Raketen, Flugkörper, Munition)-Nürnberg: Georg Buckley (verantwortlich)
Diehl, Mariahütte, Saar: Roland Roth.
Rheinmetall, Düsseldorf: Kurt Flohr (verantwortlich); Willi Heß.
Rheinmetall, Unterlüß: Friedhelm Behn.
MAK (gehört zu Krupp-Essen, Dieselmotor), Kiel: Paul Rodewald, Georg Lott.
IWKA (Faustfeuerwaffen), Karlsruhe: Hermann Pfeil.
Krauss-Maffei, München: Hubert Kolenda.
Wegmann (Waffenausrüstung für Panzer, Raketenwerfer), Kassel: Georg Deiselmann, Horst Peschges.

Weitere Informationen über: ID, Stichwort BETRIEB.

WILDWEST GEGEN DEN BETRIEBSRAT BEIM toom-MARKT — jetzt vor Gericht

FRANKFURT
12. Oktober

Der toom-Markt (Lebensmittel-Supermarkt) in Taunusstein wollte den unbequemen Betriebsrat Walter Zaschke loswerden. Übereifrige Direktionsangestellte beauftragten (so der Verdacht) einen Detektiv mit dem Fall. Der ließ sich was Besonderes einfallen. In einem Schließfach im Frankfurter Hauptbahnhof fanden sich merkwürdigerweise die folgenden Gegenstände zusammen: ein geladener Trommelrevolver, Morphium, Spritzen, und ein Zettel mit Walters Adresse ...

Der ID hat darüber ausführlich berichtet (Nr. 167 vom 5. März 1977). Der Prozeß gegen die Direktionsangestellten, die inzwischen entlassen sind, findet nun endlich statt. Termine sind am 17., 24., 26., 31. Oktober und am 2. November jeweils um 9.15 Uhr vor dem Landgericht Frankfurt, Gerichtsstr. 2, Gebäude B, 1. Stock, Raum 110.
Leute, die im Betrieb arbeiten oder einfach mitkriegen wollen, was im Großkonzern Rewe/Leibbrand alles möglich ist, sollten versuchen, zu den Prozeßterminen zu kommen. Vor allem am 24. und 26. Oktober, wenn die 16 Zeugen vernommen werden.

Kontakt: über ID, Stichwort BETRIEB.

MOGADISCHU UND DIE SICHERHEIT IN DER WIRTSCHAFT

FRANKFURT
9. Oktober

Die 'Vereinigung für die Sicherheit in der Wirtschaft e.V.' hat zu einem Seminar über die 'Rolle der Psychologie bei der Planung, Einführung und Anwendung von betrieblichen Sicherheitskonzeptionen' geladen. Wir zitieren hier aus der Einladung:

"Sehr geehrte Damen und Herren,
In der letzten Zeit haben die Gewalttätigkeiten ständig zugenommen. Dabei gehen die Meinungen auseinander, ob man ihnen mit Gewalt begegnen oder versuchen sollte, sie — vor allem im Betrieb — durch angepaßte Verhaltensweisen zu überwinden. Die Möglichkeiten und Grenzen wird unser Referent aufzeigen, der aus der Befreiung in Mogadischu bekannt und ständiger beratender Psychologe des Bundeskriminalamtes und der Deutschen Lufthansa ist.
Referent: Dipl.-Psychologe Wolfgang D. Salewski, Institut für Konfliktforschung und Krisenberatung, München.

Die Vereinigung ist in der Friedrich Naumannstr. 8 in 6500 Mainz unter der Telefonnummer 06131/89163 zu erreichen.

IRISCHER WIDERSTAND

FRANKFURT
28. September 1978

„Ihr Lieben, nachdem in diesem Sommer wieder eine wachsende Zahl von Genossen einen Irland-Aufenthalt genossen hat und einige namhafte ehemalige Frankfurter Militante an der Westküste seßhaft wurden, um dort eine winterfeste Kappessorte zu kultivieren, möchten wir im folgenden Beitrag auf ein Datum hinweisen, das die Kontinuität des irischen Befreiungskampfes reflektiert: Am 5. Oktober jährt sich der Aufbruch des irischen Widerstandes zum zehnten Mal."

Am 5. Oktober 1968 ereigneten sich in Nordirland die ersten Bürgerrechtsmärsche gegen die soziale und kulturelle Apartheid der katholischen Minderheit unter dem Motto der Forderung nach „Volksdemokratie" (PD). Der Hintergrund der friedlichen massenhaften Manifestationen war die jahrhundertealte soziale Unterdrückung durch die britisch diktierten protestantischen Loyalisten und deren aktuelle Pogrome gegenüber den Katholiken, dem Niederbrennen ganzer Straßenzeilen im Gebiet von West Belfast und anderswo. Die Serie der anwachsenden und mächtiger werdenden Bürgerrechtsproteste kulminierte ein Jahr darauf, als die sektiererische RUC-Polizei den Burntollet-Marsch tausender von Katholiken auf freiem Feld überfiel und blutig niederschlug.

Den Rest der Zerstörung besorgte die schließlich eintreffende britische Armee im Zusammenhang der nun geltenden englischen Direktherrschaft: die „Friedensarmee" demolierte weitere Straßenzüge nach der Taktik der verbrannten Erde, trennte erst recht eigentlich Katholiken und Protestanten und führte 1971 die alte britische Politik der Internierung neu ein: Hunderte meist unbeteiligter Menschen wurden ohne Anklage und Gerichtsverfahren in das KZ Long Kesh gebracht oder nach Castlereagh und in andere Folterzentren, wo die ersten Experimente in sensorischer Deprivation an Menschen, den sogenannten „Meerschweinchen", unternommen wurden. Erst zu diesem Zeitpunkt entwickelte die IRA ihre eigentlichen militärischen Kampagnen gegen den britischen Imperialismus und zum Schutz der von Pogromen bedrohten katholischen Bevölkerung, die zu keinem Zeitpunkt daran dachte, einen angeblichen „Religionskrieg" zu führen, sondern einen Kampf gegen die loyalistische Unterdrückung, für die Wiedervereinigung Irlands, für Rätedemokratie und folgerichtig gegen den britischen und jeden anderen Imperialismus.

Seit der Zeit wird dieser Kampf ohne Unterbrechung durch eine relativ kleine, aber unglaublich geschundene Population ausgefochten: mit einem – gemessen an der Bevölkerungszahl – weltweiten Rekord an Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Folter, Mord und Immigrationserpressung. Kein schmutziges Mittel, das nicht gegen den irischen Widerstand und besonders gegen die IRA angewandt worden wäre: ein Testfeld moderner Antiguerilla- und Antisubversionsstrategien, ein Lehrstück der verwissenschaftlichten Counterinsurgency-Techniken des Generals Frank Kitson, dessen erste Tat 1971 die warnungslose Zerbombung von McGurks Bar in Belfast war. Dieses Blutbad, das 30 Menschen das Leben kostete, wurde der IRA angelastet, deren revolutionäre Moral auf diese Art diskreditiert werden sollte. Gerade in diesen Tagen, beinahe zehn Jahre danach, enthüllt sich vor einem Belfaster Gericht der Hintergrund der wahren Täterschaft, wird vor dem Straßburger Gericht die britische Regierung der Folter für schuldig erklärt. In Wahrheit also selber moralisch diskreditiert, greift der Imperialismus auf feinere und verdecktere Formen des konterrevolutionären Kampfes gegen die unschlagbare IRA zurück: Getarnte SAS-Spezialeinheiten als sogenannte „undercover gangs" verüben nachts in Nordirland heimtückische Morde, gleichzeitig wird den irischen Kriegsgefangenen der politische Status aberkannt und das Lager Long Kesh wird auf die Höhe des europäischen Niveaus à la Stammheim gebracht: In den H-Blocks des Lagers vegetieren die politischen Gefangenen fast nackt dahin, ohne daß ihre Moral gebrochen wäre. Ihre Zellen enthalten ein einziges Tuch und eine Matratze, sie bekommen keine Pakete, nicht eine einzige Zeitung, sie dürfen keine Uhr tragen und keine Zahnbürste besitzen und fast keine Besuche empfangen. Da sie sich zu hunderten entschieden weigern, die vorgeschriebene Gefängniskleidung zu tragen, dürfen sie nicht einmal die außerhalb der Zellen liegenden Toiletten benutzen, weswegen ihre Notdurft einmal pro Woche von Wärtern mit Schläuchen aus den Käfigen gespritzt wird. Tiere werden sorgsamer gehalten! Obendrein werden sie alle 14 Tage extra bestraft durch drei Tage „verschärften" Arrest der sogenannten Nummer 1 Diät: Wasser und Brot – Rauchen dürfen sie ohnehin nicht. Zur Zeit sind fast 400 Gefangene in den H-Blocks untergebracht und werden täglich mehr; Kieran Nugent, einer von ihnen, befindet sich seit dem 14.9.78 seit zwei Jahren in dieser unmenschlichen Situation: bekleidet nur mit einer Unterhose und zugedeckt von einem Bettlaken.

Gleichzeitig verstärkt der britische Apparat den Druck auf die legale Sinn Fein Partei, der die Unterstützung der IRA vorgeworfen wird: seit einem halben Jahr wird nach der Scheibchen-für-Scheibchen-Taktik deren Zeitschrift Republican News beschlagnahmt, Herausgeber, Journalisten und Drucker verhaftet, wie neulich Dan Morrisson, werden deren Büros zerstört, Maschinen und Geräte beschlagnahmt.

Unterstützt von den USA (Carter-Initiative zu Nordirland) und von der EG unter Anleitung der westdeutschen Sozialdemokratie, haben die schwachen Briten endlich den Rückhalt für neoimperialistische Lösungen in Irland gefunden, den sie lange Zeit nicht hatten: so wächst signifikant die Rate amerikanischer Investitionen in Ulster, saniert der EG-Regionalfond Counterprojekte, wird Druck auf die südirische Regierung ausgeübt, der NATO beizutreten und die Europäische Anti-Terrorismus-Konvention zu unterzeichnen, rühmt sich der westdeutsche BKA-Computer, zur Verhaftung verdächtiger Iren in Frankreich beigetragen zu haben. Zehn Jahre danach hat der Kampf in Irland eine andere Dimension angenommen, sind die Initiativen der IRA im Kontext der Gouvernementalisierung peripherer Länder Europas durch das Modell Deutschland und anderer (als nur britischer) Imperialisten zu verstehen, wie er seinen Ausdruck findet etwa in den jüngsten Attacken gegen Einrichtungen der britischen Rheinarmy in der BRD.

Eine Konferenz „über Irland", die Ende Oktober in Frankfurt stattfinden soll, versucht, diesen internationalen Zusammenhang von europäischer Unterdrückung und dem Widerstand dagegen zu thematisieren: bei Anwesenheit antiimperialistischer Solidaritätskomitees und internationen Befreiungsorganisationen. Anmeldungen sind an das **WISK zu richten: 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel.: 06171 / 73 212** – hier sind auch genauere Informationen über die geplante Konferenz verfügbar.
Ebenfalls vom WISK ist in Kürze eine Dokumentation (für ein paar Mark) über den Kampf der H-Block-Gefangenen in Long Kesh zu beziehen – und mehrsprachige Postkarten mit herausgeschmuggelten Zeichnungen der Gefangenen, die an den Straßburger Menschenrechtsgerichtshof gesandt werden können.
Up the IRA!

Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, 637 Oberursel 5, Postfach 35

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG GEGEN SOMOZA–DIKTATUR

FRANKFURT
10. Oktober 78

Nachdem in Frankreich ein Aufruf gegen die Diktatur des Somoza-Clans in Nicaragua von verschiedenen bekannten Leuten unterschrieben und in großen Tageszeitungen veröffentlicht worden ist, soll der Aufruf in deutscher Sprache auch in der BRD verbreitet werden. Hier die deutsche Übersetzung:

„Die Somoza-Diktatur in Nicaragua konnte und kann sich nur aufgrund der Unterstützung durch die Regierung der USA seit 43 Jahren an der Macht halten. Die für die Massaker in Leon, Estelí, Masaya und Chinandega verantwortliche Nationalgarde, auf die dieses Regime sich hauptsächlich stützt, wurde vollständig von der amerikanischen Armee ausgebildet und ausgerüstet. Die jetzigen gewaltsamen Auseinandersetzungen sind lediglich eine Folge der systematischen Intervention des Imperialismus in diesem Teil der Welt.

In dieser Situation erscheint eine Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Nicaragua für seine Selbstbestimmung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unerläßlich. Daher verurteilt das Internationale Komitee für die Freiheit des Volkes von Nicaragua im Bewußtsein, daß die „Sandinistische Nationale Befreiungsfront" (Frente Sandinista de Liberación Nacional) eine wesentliche Komponente der Volkskräfte in diesem Lande darstellt, im Einklang mit dieser:

1. Den von der Somoza-Diktatur gegen die Zivilbevölkerung praktizierten Völkermord;
2. Da die Weigerung der Somoza-Anhänger, den Vertretern des internationalen „Rote Kreuzes" den Zugang ins Kampfgebiet zu gestatten, um der Zivilbevölkerung Hilfe zu leisten;
3. Die Intervention ausländischer Söldner im Dienste der USA und ihrer Verbündeten;
4. Die Hilfe, die die Regierungen Israels und Argentiniens durch die Lieferung von Waffen an Nicaragua der Somoza-Diktatur zukommen lassen;

es fordert:

5. die internationale Öffentlichkeit auf, Druck auf die jeweiligen Regierungen auszuüben, sofort die diplomatischen Beziehungen zum Somoza-Regime abzubrechen;
6. die Organisierung von Lebensmitteln, Medikamenten- und Geldsammlungen, die von den nationalen Unterstützungskomitees des Volkes von Nicaragua in den einzelnen Ländem durchgeführt werden sollen;
7. daß die Gewerkschaften aller Länder zum Boykott aller Transporte zur See und auf dem Luftwege nach Nicaragua aufrufen."

Koordination der Unterschriften sammlung für die BRD: Arno Münster, 1, Rue Montbrun, 75014 Paris, Tel.: 587 02 22

AM ANFANG EINER BEWEGUNG – KERNKRAFTGEGNER IN IRLAND –

CARNSORE POINT
10. Oktober

Den Artikel hat ein deutscher Genosse geschrieben, der zur Zeit in Irland lebt und arbeitet:

Am 18./19. August fand in Carnsore Point, keine 7 Meilen vom Fährhafen Rosslare entfernt, die erste Anti-AKW-Großveranstaltung Irlands statt. Obwohl Irland reich an allen Arten natürlicher Energie ist – Wind, Sonne, Gezeiten – soll es jetzt durch eine ganze Reihe von Kernkraftwerken verseucht werden. Drahtzieher hinter dieser üblen Sache ist die amerikanische Firma WESTINGHOUSE CORPORATION, die eng mit Siemens liiert ist. Offensichtlich hat sie auch das 'Electricity Supply Board' (ESB), die irische Elektrizitätsgesellschaft, in der Tasche; sonst würde das ESB es kaum wagen, gerade jetzt ein Kernenergieprogramm durchzusetzen, wo sogar die Industrie zu der Einsicht gekommen ist, daß Kernenergie nicht rentabel ist und sich die Skandale über Betriebsunfälle und Schliessungen häufen. In Irland kann sich eh keiner vorstellen, was die mit der ganzen Energie anfangen wollen.

Das erste Kernkraftwerk soll gebaut werden!

Bis jetzt liegt gerade ein Baubeschluß vor: In Carnsore Point, am Südostzipfel Irlands, soll Ende nächsten Jahres mit dem Bau begonnen werden. Die Regierung hat die Pläne bereits genehmigt, zehn weitere sollen folgen. Das Gelände, fruchtbares Acker- und Weideland, ist auf einer Landzunge gelegen inmitten einer wunderschönen Küstenlandschaft.

Jedoch: Auch die Opposition ist nicht tatenlos geblieben. Seitdem der Standort bekannt ist, gibt es in Wexford eine ‚Nuclear Safety Society', in der sich lokale AKW-Gegner organisiert haben. Außerdem gibt es eine ganze Reihe von Gruppen in Dublin und anderswo, die den Kampf gegen das Kernkraftwerk zum Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gemacht haben : "Friends of the Earth", "The Resources Centre", "Hot Press", so eine Art irischer ‚Rolling Stone', „Dawn", eine pazifistische Zeitung, "Revolutionary Struggle", eine militante kommunistische Gruppe – und, last not least, die Dubliner und Belfaster Anarchisten – alle hatten sich zusammengefunden, ihre gesamten personellen und technischen Kräfte eingesetzt, um dieses Fest zu einem Erfolg zu machen. Viele verwendeten sogar ihren Urlaub darauf, den Platz herzurichten, die Bühne aufzubauen, dabei zu sein.

Außerdem lebt man in Irland nicht hinter dem Mond! So war es kein Wunder, daß eine große Anzahl von Musikern unentgentlich ihre Mitwirkung anboten. Schließlich war das Programm der Musikgruppen so reichhaltig und dufte, daß es sogar schon von der Musik her eine erhebliche Attraktion darstellte, was jedoch von den Organisatoren anfänglich gar nicht beabsichtigt war.

Ablauf des Festes

Die ganze Veranstaltung sollte übers Wochenende hinweg stattfinden. Kaum jemand kann sich die Spannung vorstellen, als es am Freitag Nachmittag endlich so weit war. Die Leute waren da, die Musiker waren da, Zelt und Bühne standen – nur die Klos machten noch etwas Schwierigkeiten; würde dies der Auftakt einer erfolgreichen Kampagne für ein atomfreies Irland sein? Für die Information war bestens gesorgt: Es gab eine Ausstellung alternativer Energiesysteme, über die Folgen der Kernenergiepolitik für Irland; zudem waren alle politischen Gruppen eingeladen, ihre Position zum Thema frei und ungehindert darzustellen.

Und sie kamen, die Massen! Freitagabend hatte sich das Fest bereits zu der reinsten Völkerwanderung ausgewachsen. Alle Straßen waren hoffnungslos verstopft! Nach Schätzungen der örtlichen Polizei bevölkerten 5 bis 8 000 Leute den Platz während der ganzen Zeit; ca. 25 000 statteten ihm einen Besuch am Wochenende ab, um eigene Eindrücke von dem Spektakel zu sammeln. Die örtliche Polizei war übrigens sehr kooperativ: es gab keinerlei Schwierigkeiten. Ganz im Gegenteil; sie hat uns sogar sehr bei der Umleitung des Verkehrs geholfen.

Der Musikant

Der Musikant Christy Moore eröffnete das Festival mit einem Programm, das seinen Schwerpunkt im Bereich Umweltschutz/ Umweltzerstörung hatte. Am Samstag gab es vor allem ge-

mischte Unterhaltung und allgemeine Information. Dies gab einem die Möglichkeit, sich zurechtzufinden, die Sache in den Griff zu kriegen, ohne daß man sich davon überwältigt fühlen mußte. Das Wetter war sehr schlecht; irgendwann mal gab es einen Punkt, wo man einfach nicht mehr nässer werden konnte, Von da an gings dann konstant bergauf.

Am Sonntag war das Wetter wieder besser. Das kam auch dem Programm zustatten, denn für den Nachmittag war eine offene Diskussion über den Stand der Dinge und mögliche Formen und Strukturen einer künftigen landesweiten Bewegung angesetzt. Sie sollte vor allem dazu dienen, gegensätzliche Standpunkte abzuklären und zusammenzutragen, was überhaupt an Solidarität zu erwarten war. Es beteiligte sich ein breites Spektrum von Sprechern an der Diskussion, das von Vertretern der Gewerkschaft bis zu Solidaritätsadressen von Anti-KKW-Gruppen auf dem Kontinent reichte. Den Abschluß dieser Diskussion bildete ein Schweigemarsch zu dem geplanten Bauplatz, wo jeder Teilnehmer einen Stein niederlegte und damit ein Denk- und Mahnmal für alle Opfer des Atomtods errichtete.

Ergebnisse

Die Frage der Gewalt stand immer wieder im Zentrum der Diskussion. Daß man sich gegen die Anfänge der Nuklearindustrie mit allen Mitteln ganz entschieden wehren wollte, war allgemeiner Konsens. Nur, wie weit die geforderte 'civil disobedience' gehen sollte (Widerstand durch breite, öffentlichte Aktionen) wurde nicht ganz klar. Sollte sie vor den Grenzen der Gesetze halt machen? Ein zentraler Punkt war die Frage, ob man zunächst ein öffentliches Hearing zur atomaren Sicherheit fordern sollte. Dem wurde jedoch entgegnet, daß man sich damit jeder Möglichkeit begibt, weitere Schritte zu unternehmen. Kommt eine 'neutrale' Kommission erst einmal zu dem Ergebnis, das Kernkraftwerk sei sicher, so werden sich kaum noch Leute finden lassen, die dann noch für ein Irland ohne KKWs auf die Straße gehen. Ähnlich strittig war die Frage der Militanz. Während ein Teil der Sprecher die Notwendigkeit absolut gewaltfreier Aktionen betonte, sagten andere eine notwendige Eskalation der Gewalt von Seiten des Staates voraus. Dies führte zu einigem Unmut bei den Zuhörern. Ein konkretes Ergebnis der Veranstaltung waren etwa 1 500 Adressen von Leuten, die bereit sind, lokale Gruppen aufzubauen. Dort wird es möglich sein, jene Fragen in aller Ruhe zu diskutieren. Zunächst einmal wurden Briefe an alle Koordinatoren der 'counties' verschickt, sie sollten ein Gruppentreffen einberufen und gleich einen Aktionstag im November ('Halloween"- Allerheiligen' 'Guy Fawkes Day') in Angriff nehmen. Alles weitere wird man auf einer Vollversammlung aller Kernkraftgegner in Dublin klären. Dann wird man auch sehen, welche Struktur die Bewegung sich geben wird — ob 'Massendemokratie', ob Delegiertenversammlung, ob Informationsbüros mit Hauptberuflichen oder ein Exekutivkomitee. Alle diese Fragen sind noch offen; die bisherigen Organisatoren sind zurückgetreten, um der Bewegung nicht von vornherein ihren Stempel aufzudrücken.

Hier zeigt sich noch eine andere Seite von Carnsore: Für Irland wird hier zum ersten Mal — abgesehen vom Republikanismus und den 'troubles' im Norden — ein Unmut mit der Politik der Regierung massenhaft offenkundig. Was Irland betrifft, bleibt die Studentenbewegung, der Pariser Mai 68, ungeschehen. Aber dieser Dissens, diese Unzufriedenheit, geht durch alle Klassen, Schichten und Altersgruppen hindurch. Und es gibt keine Gruppe, die ihn kanalisieren könnte; ja, es gibt noch nicht einmal Erfahrungen, auf die man zurückgreifen könnte. Dies macht die Sache für die Kernkraftgegner gleichzeitig schwieriger und einfacher: Schwieriger, denn niemand weiß so recht, wie er mit der komplexen Situation umgehen soll; und einfacher, denn man ist nicht mit den Hypotheken längst vergangener Geschichten belastet. Und der Staat hat sich auf seine neuen Gegner auch noch nicht eingeschossen ...

Ein besonderer Dank erging an die Unzahl von freiwilligen Helfern, die immer zur Stelle waren, wurden irgendwo Leute gebraucht, um den reibungslosen Ablauf des Festes zu gewährleisten. Namenlose deutsche Genossen und Umweltschützer taten sich besonders auf dem Parkplatz und bei der Sicherung des Straßenverkehrs hervor. Diese undankbaren Aufgaben hielten rund um die Uhr ca. 20 bis 30 Leute in Trab! "We need some more volunteers for the car park, please!" — so tönte es nicht selten noch um vier Uhr morgens aus den Lausprechern.

Offener Brief zum ID Nr. 246:

DIE MONTONEROS SIND NICHT TOT

ihr - conrad und richard vom id - müßt ein verdammt schlechtes gewissen gehabt haben. eine halbe seite habt ihr gebraucht, um euch für den abdruck des interviews mit horacio mendizabal zu entschuldigen. wie wollen euch nicht unterstellen, daß ihr - mescalero läßt grüßen - einen distanzierungskotau vor der staatsanwaltschaft als politisches statement tarnt. aber ihr wollt doch wohl nicht ernsthaft beanspruchen, mit dieser echt frankfurter sponti-sumpfblüte die diskussion um die argentinische situation zu beleben.

ihr beklagt euch, daß das interview auf wichtige fragen nicht eingeht. den vorwurf könnt ihr vielleicht an afrique-asie richten, die das gespräch geführt hat - wenn überhaupt. denn das verhältnis der montoneros zur argentinischen arbeiterbewegung - nach eurer interpretation vernachläßigt - behandelt mendizabal ausführlich am beispiel der kämpfe in der textilfabrik (gemessen an der kürze des interviews).
übrigens müssen wir - leser, die das original in afrique asie nicht kennen - euch einfach glauben, daß ihr nicht selbst wesentliches wegzensiert habt. die id-version ist ein verschnitt, und die kriterien nach denen ihr den artikel zusammengestrichen habt, bleiben geheime verschlußsache.

ihr hättet, statt den artikel zu kürzen, euch besser die denunziationen gegen die montoneros sparen sollen: die organisation "stalinistisch"; ihr sprecher ein großklotziger angeber, der - in der "tradition von selbstzensur und propagandalügen stehend" - sich 16 während der fußballweltmeisterschaft durchgeführte aktionen aus den fingern saugt. nichts anderes meint doch der spruch, daß die zahlreichen besucher von buenos aires nichts von den montonero-aktionen bemerkt haben.
welche besucher sollen das sein?
fußball-touristen, die zwischen stadien und hotelgettos hin- und hergekarrt wurden?
journalisten? ohne kontakt zur bevölkerung, unter den bedingungen rigider pressezensur dürften journalisten, die für ein paar wochen als sportreporter nach argentinien gekommen sind, kaum mehr von den ereignissen mitbekommen haben als normale touristen.

ihr könnt auch den vorwurf mendizabals an die europäische presse nicht einfach übergehen, daß sie die aktionen bewußt verschwiegen habe. wenigstens von den medien in der brd wissen wir, daß sie darin übung haben. außerdem: informationen, die von der argentinischen regierung unterdrückt werden, müßten sich ihre inoffiziellen wege selber bahnen. schon wegen der flächenausdehnung des landes braucht das seine zeit. ihr habt also nicht den allergeringsten anlaß, der stadtguerilla zu unterstellen, daß sie märchen erfindet, um damit ihre europäischen genossen aufs kreuz zu legen. es sei denn ihr habt vor, den id zum vehikel der propaganda videlas umzufunktionieren.

Zu dem vorwurf, die montoneros hätten ein paternalistisches verhältnis zu den massen, sagt mendizabal: es hieße vergessen, "daß wir nicht außerhalb der kämpfe der massen stehen, wir leben vielmehr in ihrem inneren." - was er, wieder am beispiel textilfabrik, so veranschaulicht, daß diese feststellung auch für den nachvollziehbar ist, der die situation in argentinien nicht so genau kennt. das hindert euch aber nicht, die organisation wegen ihres selbstverständnisses als avantgard des volkes und revolutionäre partei der arbeiterklasse anzugreifen: "als wenn es an solchen vorstellungen nicht genug kritik gegeben hätte!" - quakt da der sponti-frosch aus der tiefe seines brunnens. die montoneros werden auch in zukunft ihr organisatorisches selbstverständnis an den konkreten bedingungen in ihrem land bestimmen und nicht an den polemiken, die hierzulande gegen den kbw und andere freimaurerlogen abgefeuert wurden. es ist eine frage der praxis antiimperialistischen widerstands und nicht des wahren glaubens.

"die großspurige art, in der sie von ihrer feuerkraft berichten, steht in einem denkwürdigen gegensatz dazu, daß sie es bereits als 'ihren sieg' begreifen, nicht militärisch von der diktatur vernichtet worden zu sein." ihr habt vom wesen der militärdiktatur nichts begriffen. der putsch gegen das korrupte, handlungsunfähige nachperonistische regime war d i e initiative der imperialistischen hegemoniemacht usa und der argentinischen bourgeoisie gegen den befreiungskampf des argentinischen volkes. einziger zweck der machtübernahme durch die junta war die zerschlagung des widerstands, ihre ankündigung, die stadtguerilla zu vernichten, ist keine unverbindliche absichtserklärung, sondern ein politischer wechsel, den sie gegenüber den usa und der nationalen oligarchie einzulösen haben. gelingt es der guerilla, den volkskrieg auch unter den bedingungen schärfster repression fortzusetzen, platzt der wechsel. die diktatur ist im zugzwang, das scheitern ihrer vernichtungsstrategie entzieht ihrer existenz die ideologische legitimation gegenüber denjenigen kräften, in deren auftrag sie agieren. natürlich ist es ein sieg der montoneros, nicht vernichtet zu werden: weil es die niederlage der diktatur bedeutet.

wir fragen uns, was ihr mit euren denunziationen - die mit kritik nichts zu tun haben, weil sie auf unterstellungen und nicht auf tatsachen basieren - eigentlich bezweckt. entsolidarisierungsmanöver gegen stadtguerilla könnt ihr der staatsschutzpresse überlassen.

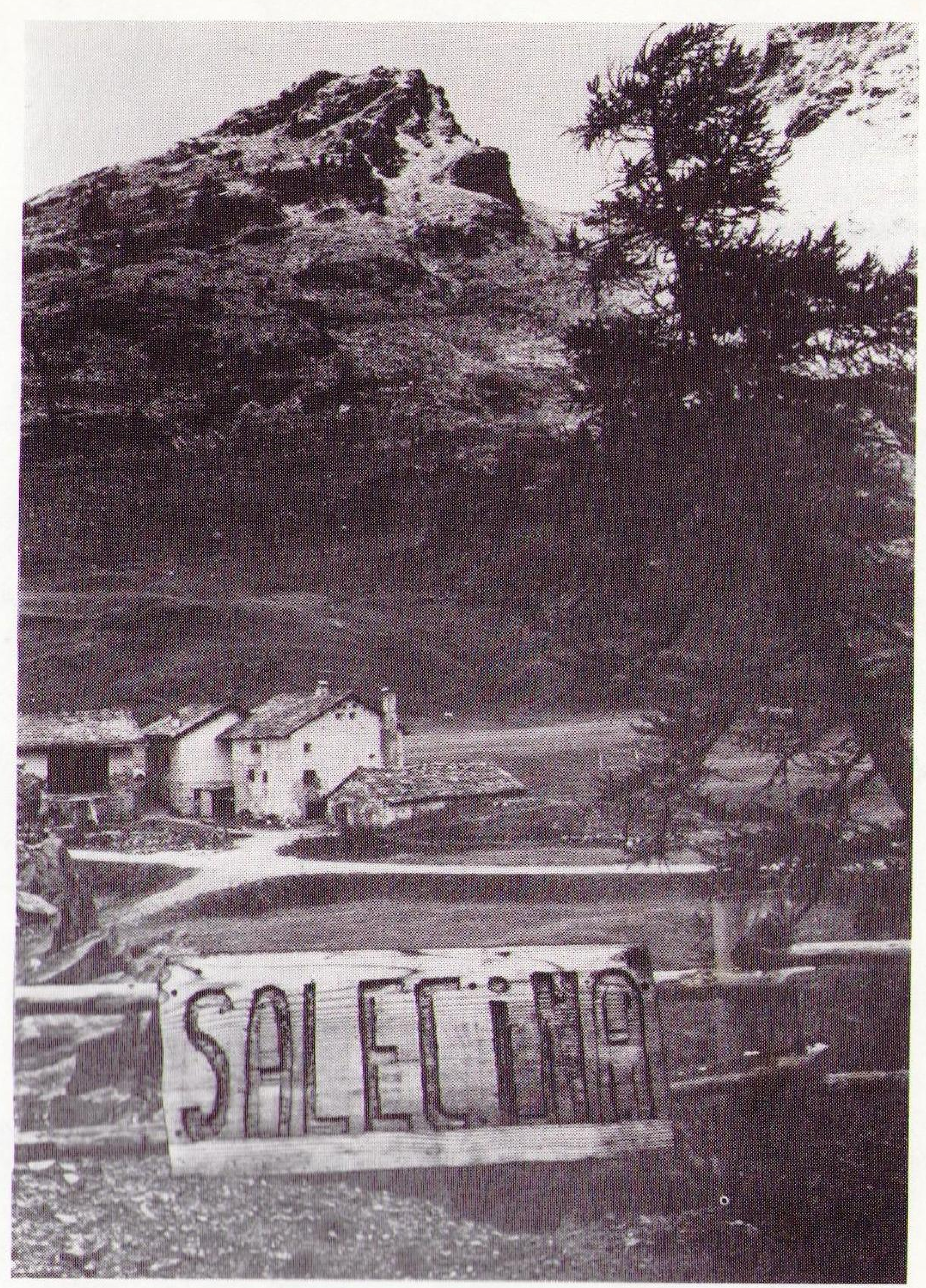
klaus dorff und jürgen tauras

DER ID IST NICHT AM ZEITUNGS–FIEBER ERKRANKT

In Salecina ist viel fantasiert worden, geträumt worden, über manches hat es Übereinstimmung gegeben, und einiges hat sich regelrecht konkretisiert. Darüber – über die „Ergebnisse" sozusagen – will ich hier was sagen. Das heißt nicht, daß die greifbaren Gedanken wichtiger wären als die spintisierten, die Ergebnisse wichtiger als die Überraschungen.

Einig waren wir uns alle darüber, daß wir nicht dem Zeitungsgründungsfieber verfallen. Daß wir an der Betroffenenberichterstattung festhalten, das heißt für uns: zweiseitige Kommunikation, die Sprache und die Inhalte der Betroffenen nicht als Rohstoff für eine journalistische Bearbeitung betrachten. Daß wir fragen, wer wem was mitteilen will, und in welchem Rahmen das wirksam werden kann – und nicht einfach UNSER Medium größer und dicker machen wollen.

Das bedeutet aber auch, daß wir unsere Produktionswirklichkeit veröffentlichen, mehr als in den bisherigen mageren Hausmitteilungen stand. Wir wollen deutlich machen, was wir



veröffentlichen und wie – also unsere „Zensur", die in den alltäglichen Arbeitsprozessen zustande kommt.

Wir wollen auch einen neuen Anlauf nehmen, um die sogenannte „Agentur"funktion des ID zu erweitern. Uns mit Alternativzeitungen zusammensetzen und erfahren, welchen Nutzen der ID für sie hat und sie für den ID. Warum sich so eine merkwürdige Arbeitsteilung eingeschlichen hat, daß bestimmte Nachrichten in den lokalen politischen Zusammenhängen der Stadtzeitungen gar nicht mehr erscheinen, sondern auf den ID „abgeschoben" werden. Vor allem die ungeliebten-notwendigen Meldungen aus der Welt der Knäste. Selbstverständlich wollen wir auch „Die Tageszeitung" mit den Basisnachrichten umarmen, und nicht zu wenig.

Vielleicht am wichtigsten: die Artikel im ID sollen lebendiger, authentischer werden. Das heißt z.B., wir wollen die Kluft zu denen, die nicht schreiben, sondern vielleicht „nur" reden, überbrücken: von uns aus aktiv werden, Interviews mit illegalen Ausländern machen, zu den Nachbarn des Uranbergwerkes Menzenschwand fahren. Wir wollen allen, die uns was schicken, so lange auf die Nerven gehen, bis ihre Meldungen Gesichter haben und nicht aussehen wie aus der Public-Relations-Abteilung. Bilder und Zeichnungen nicht als Füllsel ansehen, sondern als eigene Aussagen, zusammen mit den Texten. Mit den Benutzern des ID, den Berichteschreibern, einen engeren Kontakt halten. Der zweihundertste Berufsverbotsfall war für den, den er betroffen hat, kein bißchen langweilig. Warum zum Teufel soll er für den langweilig sein, der davon liest?

Ein bißchen Angst haben wir alle vor unserem Apparat, der im Lauf der Zeit ganz schön groß geworden ist. Der läuft und läuft und läuft –bestimmt er auch, was passiert? Leute kriegen Geld vom ID, und das heißt auch, sie haben eventuell Existenzängste. Dagegen hilft (vielleicht): wir wollen verbindlicher arbeiten, unser Chaos mehr durchschauen, Zuständigkeiten benennen können, wissen was wir tun. Und den ID wieder offener machen: du kannst hinkommen und was machen – da ist kein Apparat, der sich selbst genügt.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos	bez. bis ID Nr.	Exempl.
4400 E	256	1

UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 52 52 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten.
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

An alle Postöffner in den deutschen Knästen! Sollte auch dieser ID, wie es so oft geschieht, dem Gefangenen nicht ausgehändigt werden, so möchten wir den ID mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück haben. Aber: aushändigen ist besser – gell?

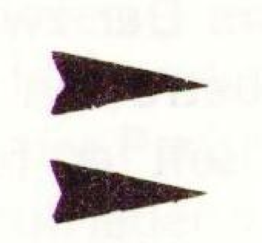
Hannover — Besetztes Haus in der Stärkestraße geräumt — 19
Hannover — Der Brief eines Hausbesetzers — 19
Hamburg — Morddrohung gegen einen Antifaschisten — 18
Lörrach — Plötzlich fehlte die BILD-Zeitung — 20
Bochum — Obdachlosenarbeit wird behindert — 22

ÖKOLOGIE
Bremen — Bürger gegen Ami-Panzer in der Garlstedter Heide — 6
Hamburg — Atommüll-Fässer rollen durch die Stadt — 6
Hamburg — Zahlungsbefehl gegen Grohnde-Demonstranten — 7
Hamburg — FREISPRUCH im Grohnde-Prozeß — 7
Hameln — Der Grohnde-Baustop vor Gericht — 8
Zwentendorf — HOCHZEIT vor der AKW-Kulisse in Österreich — 9
Gießen — Hessisches Treffen der Anti-AKW-Gruppen — 9
Freiburg — Gefahren des Uranabbaus – Gefahren bei der Beobachtung — 9
Köln — KLAUS DER GEIGER: Wenn wir merken, wer wir sind ! — 10
Hamburg — Der große Ratschlag über alternative Ökonomie — 10

KNAST
Frankfurt — Medizinische Behandlung für Werner Hoppe — 12
Hamburg — Brief an die behandelnden Ärzte von Werner Hoppe — 12
Frankfurt — Dorit Brücher ist seit fünf Monaten in Untersuchungshaft — 13
Frankfurt — Verhandlung gegen Wisniewski — 15
Essen — Karl-Heinz Dellwo im Knast mißhandelt — 16
Bochum — Norbert Fleschmann im Hungerstreik — 17
Nürnberg — Der Tod des Gefangenen Günther Braun und die Folgen — 23

BETRIEB
Stuttgart — Bei Daimler-Benz hat die IG-Metall verloren — 24
Frankfurt — Der Rüstungsfilz (Über den Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen) — 25
Frankfurt — Mogadischu und die Sicherheit in der Wirtschaft — 26
Frankfurt — Wildwest gegen den Betriebsrat beim toom-Markt – jetzt vor Gericht — 26

ÜBRIGENS: *Der ID ist nicht am Zeitungsfieber erkrankt – dazu liest der geneigte Leser die Seite...* 30



Neues aus dem Bilderdienst (*na, erstmal abwarten*)

Wir haben außer den Bildern, die in diesem ID abgedruckt sind, noch viel mehr vom Streik am Abendgymnasium Frankfurt und der Demo.

Außerdem haben wir bei uns im Archiv riesige Lücken (!) und nur ganz wenige Bilder zum Thema „Welt der Arbeit" und was so dazu gehört (Streiks, Arbeitsplätze und -bedingungen usw..). Wenn ihr irgendwas dazu habt, schickt es uns doch mal.